

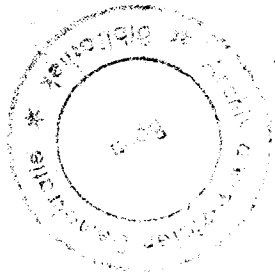
---

# Bremen Plan 87



**SPD**

-4970



A87-4970

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die SPD im Lande Bremen legt mit dem BREMEN-PLAN 87 das politische Programm für die kommenden Jahre vor.

Wir wollen, daß unsere Städte Bremen und Bremerhaven Zukunft haben, damit die älteren Frauen und Männer hier ihren verdienten Lebensabend genießen, damit Jüngere Lebenschancen bekommen, damit für alle mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der BREMEN-PLAN 87 zeigt die zukünftige Richtung und die neuen Wege unserer Politik und nennt die konkreten Programme in den einzelnen Politikbereichen.

An diesem Programm haben viele Organisationen und Verbände, Bürgerinitiativen und Gruppen unseres Landes mitgearbeitet; es hat viele Gespräche und lange Diskussionen gegeben. Am 13. Juni 1987 wurde der BREMEN-PLAN auf dem zuständigen Landesparteitag beschlossen. Jetzt wollen wir auch die Umsetzung dieses Programms gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten vorantreiben. Wir bitten um Ihre kritische Mitarbeit.

Wir wollen an der Zukunftsgestaltung unseres Bundeslandes Bremen weiter arbeiten.

Wir bitten um Ihr Vertrauen für die Bremer SPD am 13. September 1987.

Ihr

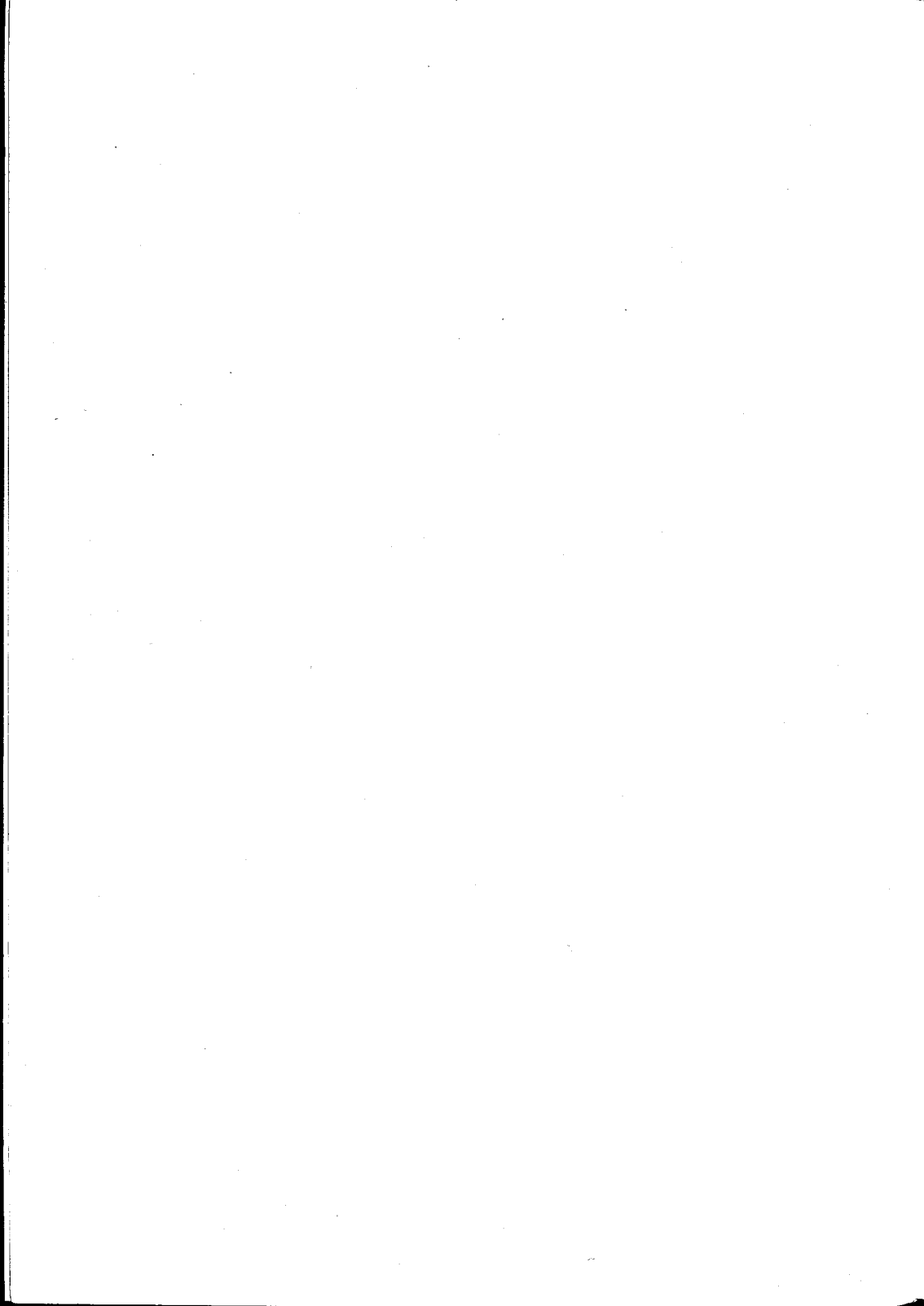


Herbert Brückner  
Landesvorsitzender

NS:

Neue Umfragen machen deutlich, daß viele Bremerinnen und Bremer meinen, die Wahl sei schon zugunsten der SPD gelaufen. Dies ist aber eine gefährliche Täuschung!

Ich habe daher die dringende und herzliche Bitte an Sie: Gehen Sie am 13. September 1987 zur Wahl, damit in Bremen nicht ähnlich schwierige Verhältnisse wie in Hamburg entstehen.





Bürgermeister Klaus Wedemeier und SPD-Landesvorsitzender Herbert Brückner auf dem Landesparteitag am 13. Juni 1987 im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack.



# G l i e d e r u n g

## Einleitung:

1.	Was wir wollen - unsere Ziele	Seite	4
2.	Was wir können - unsere Lage	Seite	6
3.	Was wir tun- unser Handeln	Seite	7

## I. "Politik für die Arbeit" mehr Beschäftigung - neue Wirtschaftskraft

1.	Ausganglage	Seite	9
2.	Unterstützung der Wirtschaft nur für mehr Arbeit	Seite	12
3.	Programme für Bremen und Bremerhaven	Seite	13
3.1	Strukturentwicklungspläne für Arbeits- plätze	Seite	15
3.2	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen unsere Politik für die Arbeit ergänzen und ver- stärken	Seite	16
3.3	Jugendwerkstätten - Entwicklungszentren neuer Arbeit	Seite	17
3.4	Wir wollen Arbeitsloseninitiativen und Arbeitslosenzentren unterstützen	Seite	18
3.5	Örtliche Beschäftigungsinitiativen - neue Formen der Arbeit	Seite	18
3.6	Weiterbildung als Politik für die Arbeit	Seite	18
3.7	Bremisches Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens	Seite	20
4.	Ökologische Erneuerung - Ökonomie und und Ökologie lassen sich nicht trennen	Seite	21
5.	Neue Wirtschaftskraft - sozialverträglicher Strukturwandel	Seite	23
6.	Technologiepolitik - Den Nutzen wahren	Seite	25
7.	Politik für kleinere und mittlere Unter- nehmen	Seite	27
8.	Entwicklung des Dienstleistungsbereichs	Seite	27
9.	Hafenpolitik - Kernpunkt bremischer Wirtschaftspolitik	Seite	28
9.1	Hafenlasten anerkannt	Seite	29
9.2	Hafenentwicklungsplan gegen den Wettbewerbsdruck	Seite	29
9.3	Modernisierung und Umstrukturierung	Seite	30
9.4	Europa-Schiff	Seite	30
9.5	Unser Potential hochqualifizierter Arbeitnehmer	Seite	31

#### IV. Finanzsituation und Finanzperspektiven

1.	Finanzsituation	Seite	95
2.	Finanzplanerische Perspektiven	Seite	96
3.	Die finanzpolitische Strategie der Zukunft	Seite	98
4.	Finanzausgleich - Gerechtigkeit für Bremen	Seite	99

V.	<u>Ausblick</u>	Seite	101
----	-----------------	-------	-----



## E i n l e i t u n g

Die großen Ziele sozialdemokratischer Politik sind Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Lebensqualität.

In dieser Zielsetzung wollen wir unsere Städte Bremen und Bremerhaven gestalten.

Dafür haben Frauen und Männer der Sozialdemokratie im Lande Bremen seit Jahrzehnten gearbeitet. Nach der Niederlage der Nazis mit den Folgen der Kriegszerstörung haben wir unter Bürgermeister Wilhelm Kaisen unsere Städte neu aufgebaut und mit Willy Dehnkamp und Hans Koschnick weiterentwickelt. Wir wollen jetzt mit Klaus Wedemeier an der Spitze an der Gestaltung der politischen Zukunft des Bundeslandes Bremen weiterarbeiten.

Für diese Aufgaben und Zielsetzungen hat die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger uns gewählt und uns seit 1971 die alleinige Regierungsverantwortung übertragen.

Am 13. September 1987 wird wieder gewählt.

Wir stellen unsere bisherige Politik der kritischen Betrachtung und dem Urteil der Bevölkerung. Wir bitten um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler für die nächsten vier Jahre.

Dafür legen wir dieses Programm vor: Den Bremen-Plan der SPD 1987. Wir versichern, daß wir alle Kraft, unsere Ideen, unseren Fleiß und unsere Überzeugung für die Zukunft Bremens und Bremerhavens einsetzen werden. Das wird nicht immer leicht sein. Es wird in manchen Politikfeldern ein Umdenken erfordern.

Wir wissen, daß unsere Politik nur sinnvoll entwickelt und wirksam werden kann, wenn auch die politischen Rahmenbedingungen, für die wir in der Bremer Landespolitik nicht zuständig sind, sich günstig für Bremen auswirken.

Das ist durch die konservative Politik der jetzigen Bonner Regierungskoalition nicht gewährleistet. Diese Politik benachteiligt das Land Bremen in unerträglicher Weise; trotz des Karlsruher Urteils hat die Bonner Regierung noch immer

nicht dafür gesorgt, daß Bremen die erforderlichen finanziellen Hilfen erhält. Auch die indirekten Folgen der Bonner Politik gefährden in wichtigen Bereichen Gegenwart und Zukunft unseres Landes.

- Wir brauchen **Frieden** und **Völkerverständigung** statt Rüstungswahn. Wir brauchen eine Eine-Welt-Politik statt Überfluß in einem Teil und Hunger und Elend in anderen Teilen der Welt. Die Ausweitung der Rüstungshaushalte und die Beteiligung Bonns am SDI-Programm sind eine Politik in die falsche Richtung. Die Finanzierung dieser Rüstungspolitik hat die Verschwendung natürlicher Lebensgrundlagen und zugleich den Sozialabbau zur Folge. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen auf allen Ebenen an einer neuen Offensive für die Friedenspolitik arbeiten. Denn: ohne Frieden ist Politik nichts wert.  
Wir wollen mit der Bevölkerung, mit der Friedensbewegung dafür kämpfen, daß die nächsten Jahre nicht zur Vorkriegszeit einer neuen Katastrophe werden, sondern der Beginn einer neuen Entwicklung für den Frieden in der Welt.

Deshalb unterstützen wir auch alle Abrüstungsvorschläge, die zur Nulllösung bei den Raketen führen.

- Wir brauchen mehr **Beschäftigung** und **mehr soziale Gerechtigkeit**. Die konservative Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik der jetzigen Bundesregierung bedeutet für Millionen von Menschen Arbeitslosigkeit. Diese Politik führt dazu, daß die Umverteilung von unten nach oben weitergeht und die Lebensbedingungen sich ständig verschlechtern.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, bei der die Arbeitsplätze, die Beschäftigung für Frauen und Männer Vorrang haben. Eine neue zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur und die Verkürzung der Arbeitszeit können dies mit entsprechender politischer Unterstützung erreichen. Mit den Gewerkschaften wollen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen für eine neue Gesellschaftsordnung

kämpfen, die mehr Beschäftigung und mehr soziale Gerechtigkeit bringt.

Deshalb fordern wir die soziale Grundsicherung und unterstützen die DGB-Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

- **Wir brauchen eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft!**

Die jetzige Bonner Regierungspolitik hängt noch einer Ideologie von "Wachstum um jeden Preis" an, obwohl die Grenzen des Wachstums erkannt sind und an vielen Stellen der Zuwachs zugleich Zerstörung und unzumutbare Belastung bedeutet und obwohl der traditionelle Fortschrittsglaube längst zur Debatte steht, weil er oft sinnentleert ist.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen Leben, Gesundheit und Natur - auch für die zukünftigen Generationen - bewahren vor der zerstörerischen Politik eines falsch verstandenen Fortschritts. Mit allen Bürgerinnen und Bürgern, die diesem neuen Denken gegenüber aufgeschlossen sind, mit der ökologischen und sozialen Bewegung in unserem Land, wollen wir unsere Städte, unsere Wälder, Flüsse, Böden, die Luft bewahren vor der Zerstörung durch sogenannte "Restrisiken", damit Leben auch in Zukunft möglich ist.

Wir haben eine Zukunftsvision:

Eine Welt in Frieden und ein Ende der atomaren Rüstung;  
eine neue Weltordnung; gerechte Strukturen in unserem Land, in denen Frauen und Männer ihre Lebensvorstellungen gleichberechtigt verwirklichen können, mehr Lebensqualität haben in unseren Städten, in Bremen und Bremerhaven!

Dafür lohnt es sich, politisch zu arbeiten.

## U n s e r e   P o l i t i k   f ü r   B r e m e n u n d   B r e m e r   h a v e n

### Was wir wollen - unsere Ziele

Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten brauchen wir politische Werte und Perspektiven. Wir brauchen Ideen und phantasievolles Handeln, Nachdenken und Diskutieren über die Zukunft - auch über die Zukunft unserer Städte.

Wie werden Bremen und Bremerhaven im Jahre 2000 aussehen?  
 Wie sollen dann unsere Kinder aufwachsen? Wie sollen unsere älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen leben?  
 Wie wird die Wirtschaft ihre Aufgaben erfüllen? Wie werden dann die Menschen Beschäftigung finden?  
 Welche öffentlichen Dienstleistungen soll es für Bremen und Bremerhaven geben?  
 Wie wollen wir im Jahr 2000 das Gesicht unserer Städte gestalten? Welche besondere Lebensqualität soll Bremen und Bremerhaven auszeichnen?

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen auf diese Frage eine Antwort finden.

Wir wollen heute die Stadtgesellschaft von morgen vorbereiten.

Wir wollen mit unserer Politik Einfluß auf die sich verändernden gesellschaftlichen Strukturen nehmen.

So hat die SPD auf dem Nürnberger Parteitag 1986 weitreichende Beschlüsse gefaßt zur ökologischen Erneuerung, zur Umstrukturierung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, zur Friedens- und Sicherheitspolitik, zum Ausstieg aus der Kernenergie und einer neuen Energiepolitik.

Auch wenn wir auf Bundesebene diese Ziele und Aufgaben zur Zeit nicht durchsetzen können, bleiben sie als Auftrag bestehen. Sie sollen möglichst dort verwirklicht werden, wo Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen an der Regierung sind.

Wir werden dies in Bremen in dem Rahmen tun, der dem kleinsten Bundesland trotz einer entgegengesetzten Bundespolitik verbleibt.

Wir verstehen unsere Ansätze als einen Umsteuerungsversuch mit dem Ziel, neue Arbeit und eine bessere Lebensqualität zu schaffen. In den folgenden Feldern werden wir unsere sozialdemokratischen Ziele und Aufgaben in Bremen verwirklichen:

- Wir werden mehr Arbeit und eine bessere Umwelt schaffen,

indem wir die Wirtschaft ökologisch erneuern, ein Aktionsprogramm **"Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt"** auflegen, Umweltschutz- und Umweltvorsorgeprogramme entwickeln und umsetzen, die Jugendarbeitslosigkeit durch weitere Maßnahmen abbauen und die Qualifizierungs-offensive weiter entwickeln.

- Wir werden mit diesem Programm stärker als bisher die Unterstützung von mittleren und kleineren Betrieben fortschreiben, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen. Wir werden keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen betreiben.
- Bremen soll zu einem **Innovationszentrum** im Norden werden, wo insbesondere ökologische und sozialverträgliche Forschungs- und Entwicklungsaufgaben durchgeführt und in einzelnen Bereichen konkret umgesetzt werden. Dazu ist ein Hochschulgesamtplan und ein Forschungsinfrastrukturplan zu verabschieden.
- Wir werden die Lebensqualität in den beiden Städten durch mehr **Bürgerbeteiligung**, durch kulturelle Entwicklung der Stadtteile, durch die Weiterentwicklung einer offensiven Bildungspolitik, durch den Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur, durch die Verbesserung des ÖPNV und durch ein Verkehrsberuhigungskonzept erhöhen.
- Wir werden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten unseres Bundeslandes die **liberalen Freiheitsrechte** stärken, den Schutz des Demonstrationsrechts garantieren, die sogenannten neuen Sicherheitsgesetze der jetzigen Bundesregierung ablehnen, den Strafvollzug liberal handhaben, das Asylrecht durch eine entsprechende Praxis positiv gestalten und das Kommunalwahlrecht für Ausländer einführen.
- Wir werden für das **Gleichstellungsrecht** der Frauen offensiv kämpfen und es in den öffentlichen Einrichtungen praktizieren. Wir werden vor allem in den Bereichen Aus- und Weiterbildung sowie in der Arbeitsmarktpolitik für die Gleichberechtigung der Frauen eintreten.
- Auch in den Feldern der **Eine-Welt-Politik** und der Friedenspolitik werden wir die bestehenden Ansätze weiterentwickeln. Dazu gehören vor allem die Förderung von Entwicklungshilfeprojekten und der Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen mit Ostblock- und Dritte-Welt-Ländern.

Unser Grundziel ist:

**Umsteuerungs- und Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen, um allen Menschen in unserem Lande eine materielle, soziale und kulturelle Lebensgrundlage zu geben.**

#### Was wir können - unsere Lage

Wir werden nicht alle großen Ziele in einer Legislaturperiode umsetzen können. Wir können unser Wollen nicht überall gleich verwirklichen.

Wir sind umgeben von Währungsproblemen, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit. Unser finanzieller Rahmen ist eng.

Die Bundespolitik erfüllt Bremens Anspruch auf zusätzliche Finanzhilfen nach dem Karlsruher Urteil immer noch nicht. Die Steuerpolitik sowie die ungerechte Sozialpolitik der Bundesregierung belastet Länder und Kommunen ständig mehr, um die Verschuldungspolitik des Bundes für Rüstung und sinnlose Subventionen auf diesem Wege zu verschleiern.

In den vergangenen Jahren bestand unsere Politik in Bremen schwerpunktmäßig darin, durch oft schmerzliche Kürzungen der öffentlichen Haushalte und durch hohe Kreditaufnahmen (mit jahrzehntelangen Folgen für Zins und Tilgung), die schwere Strukturkrise unserer Wirtschaft - die sich besonders in Norddeutschland und in der Industrie im Lande Bremen auswirkte - zu mindern.

Mit staatlicher Hilfe, durch die Anstrengung von Arbeitnehmern und Unternehmern haben wir in der Krise den Zusammenbruch der bremischen Wirtschaft verhindert. Wir sind aber noch nicht "über den Berg".

Es gibt positive Anzeichen für neue wirtschaftliche Aktivitäten, auch für neue Beschäftigung. Aber wir müssen die Konsolidierung öffentlicher Ausgaben fortsetzen, um langfristig die öffentlichen Leistungen des Landes und der Stadtgemeinden an den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den rückläufigen Bevölkerungszahlen zu orientieren und neue finanzielle Handlungsspielräume zu gewinnen.

Es gilt, die jährliche Nettokreditaufnahme zu verringern und damit ein weiteres schnelles Wachsen der Zinslast zu verhindern. Diesem Ziel der Haushaltskonsolidierung dienen die Kürzungen in verschiedenen Bereichen.

Art, Inhalt und Umfang der Konsolidierungsmaßnahmen werden unter politischen Gesichtspunkten bestimmt. Ziel ist es, grundlegende sozialdemokratische Positionen, wie sie in diesem Programm beschrieben werden, langfristig zu sichern.

Es gilt, wichtige Reformpositionen zu verteidigen, öffentliche Gestaltungsspielräume zu erhalten oder auszubauen, Schwerpunkte zu setzen zugunsten der Arbeitssuchenden und aller Benachteiligten in unseren Städten sowie Arbeitsplätze in der bremischen Wirtschaft zu sichern und zu schaffen und die oberzentrale Funktion Bremens und Bremerhavens zu erhalten und auszubauen.

So können wir mit unserer Politik Wege aus der Gefahr aufzeigen und nutzen, den Handlungsspielraum ausbauen für eine zukunftsorientierte Politik.

Unsere Politik soll einen Beitrag leisten, soll ein Modell sein zur Überwindung wirtschaftlicher Krisen und gesellschaftlicher Veränderungen.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben den Ehrgeiz, am Beispiel Bremens und Bremerhavens zu zeigen, wie eine Großstadt, eine Region, sich den Problemen stellt, die Schwierigkeiten meistert und zugleich die Zukunft gestaltet.

### Was wir tun - unser Handeln

An unseren grundsätzlichen Zielsetzungen ausgerichtet, die Schwierigkeiten und Probleme analysierend, so werden wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen unser Handeln gestalten.

Trotz aller Widersprüche und Zwänge, trotz der finanziellen Probleme und mangelnder Unterstützung von Bonn, werden wir auf allen Feldern der Politik Zeichen setzen.

Dieser Bremen-Plan zeigt an einer Fülle von Beispielen unser konkretes politisches Handeln. So wollen wir zum Beispiel

- mehr Beschäftigung finanzieren - Unterstützung der Wirtschaft nur für mehr Arbeit;
- Umwelttechnologie fördern - und damit eine Industrie der Verträglichkeit mit Leben und Umwelt unterstützen;

- Niedervieland III im jetzigen Zustand erhalten - und nicht einer ungewissen Ansiedlungspolitik opfern;
- Tempo 30 in den Wohnstraßen einführen - und damit Wohnen ruhiger und Leben angenehmer machen;
- Stadtökologie mit Inhalt füllen - arbeiten, wohnen und leben in umweltfreundlichen Städten ist möglich.

Solzialdemokraten und Sozialdemokratinnen suchen den Dialog mit allen Interessierten und Beteiligten. Verbände und Organisationen, Bürgerinitiativen, Gruppen und Parteien, Kammern und Gewerkschaften sind aufgerufen zu gemeinsamem Handeln für Bremen und Bremerhaven.

Nur gemeinsam werden wir es schaffen!

Um der Zukunft unserer Städte wegen sollten alle bereit sein, Gegensätze zurückzustellen und Gemeinsamkeiten hervorzuheben.

Auch dieser Bremen-Plan der SPD 1987 ist nach einem Prozeß der Diskussion, des Streitgesprächs und der Erörterung mit vielen Interessierten entstanden.

**Wir wollen eine Koalition mit allen Bürgerinnen und Bürgern für die Zukunft Bremens und Bremerhavens.**



# I. Politik für die Arbeit

## mehr Beschäftigung - neue Wirtschaftskraft

### 1. Ausgangslage

Trotz aller bisherigen bremischen Bemühungen, die seit Beginn der 80er Jahre sich dramatisch verschärfende Krisensituation zu überwinden, ist die wirtschaftliche Lage unseres Landes nach wie vor ernst.

Sie wird bestimmt durch eine Häufung von "Problembranchen" in der norddeutschen Küstenregion. In den vergangenen Jahren mußte das Land Bremen im Schiffbau, in der Schifffahrt, in der Fischwirtschaft, in der Stahlindustrie, in der Tabakverwertung hohe Arbeitsplatzverluste hinnehmen. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der amtierenden Bundesregierung hat zur Verringerung der Strukturschwächen im norddeutschen Raum bisher keinen wesentlichen Beitrag geleistet.

In unserem Bundesland liegt die Arbeitslosenquote durchschnittlich bei 15 Prozent. Die Dunkelziffer der nicht gemeldeten Arbeitslosen ist darin nicht enthalten. Die Zahl der Dauerarbeitslosen steigt. Inzwischen müssen wir von einer neuen Armut sprechen, die Selbstwertgefühl zerbricht und Hoffnungslosigkeit entwickelt.

In den letzten zehn Jahren sind im Lande Bremen über 10 Prozent der Arbeitsplätze durch Firmenzusammenbrüche oder Rationalisierung vernichtet worden. Die 40 000 gemeldeten Arbeitslosen und deren Familien brauchen ständig wachsende Sozialhilfeleistungen, die von den Kommunen Bremen und Bremerhaven aufzubringen sind. Die Sozialabbau-Politik der Bundesregierung kann aber nicht durch bremische Politik ausgeglichen werden.

Im Bundesgebiet kosteten 1985 die ca. 2,3 Millionen Arbeitslosen an Mehrausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Versicherungsbeiträge 25,8 Mrd DM. Dazu kommen die Mindereinnahmen an Steuern und ausbleibenden Versicherungsbeiträgen von 31,0 Mrd DM.

In Bremen und Bremerhaven stiegen die Sozialhilfeausgaben von 1980 - 1986 von ca. 315 Mio DM auf über 500 Mio DM.

Diese Entwicklung ist jedoch nicht durch bremische Politik verursacht. Sie ist Folge der Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Sie wird durch die Politik der Bundesregierung noch zusätzlich verschärft.

Es finden gigantische Umverteilungsprozesse in der Gesellschaft statt, die ungerechte Strukturen verstärken und damit auch die Länder- und Gemeindehaushalte negativ beeinflussen.

"Steuerreformen" haben die Finanzkraft des kleinsten Bundeslandes, der beiden Gemeinden Bremen und Bremerhaven, bereits in der Vergangenheit geschwächt.

Auch die neuen "Steuerreformpläne" der Bundesregierung drohen die Region an der Unterweser zu schwächen. Einnahmeausfälle in der Größenordnung von jährlich 200 Mio DM für die bremischen Haushalte sind zu erwarten.

Die bisherige Praxis des Finanzausgleichs zwischen den Ländern hat verhindert, daß ein durch die Politik des Bundes mitverursachtes Ungleichgewicht in der Entwicklung der Bundesländer ausgeglichen wurde.

Die unsoziale Politik des Bundes beutet die Städte und Gemeinden aus.

Mit blankem Zynismus geht die Bundesregierung über das Schicksal von Millionen Arbeitslosen hinweg. Ihre massenhafte Ausgrenzung in die Neue Armut und zum Teil sogar in die Verelendung wird von der Bundesregierung, von CDU/CSU/FDP, bewußt in Kauf genommen. Vom Aufschwung der Wirtschaft zu reden, solange noch Millionen das Recht auf Erwerbsarbeit verweigert wird, ist soziale Unbarmherzigkeit.

Hinter den mit zahlreichen Tricks bereinigten Arbeitslosenstatistiken stehen Menschenschicksale. Immer mehr Arbeitslose fallen nach einem Jahr Arbeitslosigkeit als Langzeitarbeitslose aus dem Bezug von Arbeitslosengeld heraus und haben nur noch Anspruch auf die niedrigere Arbeitslosenhilfe. Nur noch 27 Prozent der registrierten Arbeitslosen erhalten Arbeitslosengeld. Dagegen steigt der Anteil derer, die infolge von Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind.

Rund 13 Prozent der registrierten Arbeitslosen bekommen Sozialhilfe. Unter den Bedingungen der Arbeitslosenhilfe muß eine Arbeitnehmerfamilie mit durchschnittlich knapp 1000 Mark im Monat auskommen. Die Opfer der anhaltenden Arbeitsmarktkrise leiden jedoch nicht nur materiell, sondern auch gesundheitlich und seelisch unter den Folgen der Arbeitslosigkeit.

Diese Spaltung in eine Zwei-Drittel-Gesellschaft, die ein Drittel der Gesellschaft als Konsequenz andauernder Massenarbeitslosigkeit an die Grenze der Armut herunterdrückt, ist für die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die entscheidende innenpolitische Herausforderung.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden den bewußt von der Rechtskoalition in Bonn kalkulierten Weg in die Entsolidarisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen bekämpfen.

Erwerbstätigkeit ist unentbehrliche Grundlage zur Sicherung materieller Existenz, zum Erhalt des Selbstwertgefühles und zur Entwicklung der Persönlichkeit eines jeden Menschen. Dies ist für Frauen in unserer Gesellschaft immer noch keine Selbstverständlichkeit, da aufgrund der herrschenden patriarchalischen Strukturen Hausarbeit und Kindererziehung überwiegend zu ihren Lasten gehen.

Das Recht auf Arbeit muß wieder hergestellt werden. Arbeit ist nicht nur eine Existenzgrundlage zur Absicherung materieller Lebensbedingungen. Sie ist gleichzeitig ein Stück Lebensqualität und ein Weg zur Selbstverwirklichung. Das erfordert die gesellschaftliche Mitverantwortung all derer, die Arbeit und Einkommen haben. Wir benötigen mehr Solidarität, eine neue Solidargemeinschaft.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben 1986 in Nürnberg Beschlüsse zur Verhinderung des weiteren Sozialabbaus und zur ökologischen Erneuerung der Wirtschaft gefaßt. Langfristige Veränderungen und ein Abbau der Massenarbeitslosigkeit können nur durch eine bundesweite Umstrukturierung der Wirtschaft erreicht werden. Aber wir werden in Bremen und Bremerhaven alle Kräfte aufwenden, um auf der Grundlage dieser Beschlüsse eine ökologische Erneuerung der Wirtschaft im Bundesland Bremen zu erreichen.

Eine allein auf Wachstum und Selbstheilungskräfte des Marktes setzende Wirtschaftspolitik wird die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Was wir brauchen, ist eine neue Wirtschaftspolitik, eine Politik für die Arbeit, die Beschäftigung und den Ausgleich von Ökonomie und Ökologie in den Mittelpunkt stellt. Technischer Fortschritt erfordert eine Umverteilung der Arbeit über Arbeitszeitverkürzung. Neue Arbeit muß in kleineren und mittleren Betrieben und im wachsenden Dienstleistungsbereich geschaffen werden.

## 2. Unterstützung der Wirtschaft nur für mehr Arbeit

Wir wollen im Lande Bremen alle Möglichkeiten ausschöpfen, die verhängnisvolle Koexistenz zwischen Wirtschaftswachstum und andauernder Arbeitslosigkeit zu durchbrechen. Wir fördern die Wirtschaft nicht um ihrer selbst willen, sondern um finanzielle Handlungsspielräume durch mehr Steuereinnahmen wiederzugewinnen und vor allem Arbeit zu schaffen und zu sichern. Die Wirtschaftspolitik steht somit in erster Linie im Dienst einer aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Nur wenn die Gewähr dafür geboten wird, daß gefährdete Arbeitsplätze gesichert oder neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sind wir bereit, öffentliche Mittel für Wirtschaftsförderung einzusetzen.

Die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze stehen im Mittelpunkt unserer Entscheidungen. Dabei werden wir uns nicht auf vage Versprechungen der Unternehmen verlassen, sondern zur Sicherung von Arbeitsplätzen auch in Zukunft besondere Vereinbarungen (mit entsprechenden Auflagen) treffen. Das Votum der Betriebsräte der betroffenen Unternehmen soll dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte und der durch sie bewirkten Sparpolitik ist insbesondere eine Förderung von finanzkräftigen Großunternehmen nur dann vertretbar, wenn Förderungsmaßnahmen mit Auflagen verbunden werden, die sicherstellen, daß das geförderte Unternehmen

- Dauerarbeitsplätze schafft
- in besonderer Weise Frauen und Jugendliche fördert
- Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl bereitstellt und
- durch Einsatz umweltfreundlicher Verfahren und umweltfreundlicher Materialien bei der Produktion umweltverträglich produziert.

Politik für die Arbeit kann und muß aber nicht in jedem Fall unmittelbar und kurzfristig mit einer Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze verknüpft sein. Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur (Standortvoraussetzungen) z.B. im Bereich der Verkehrspolitik, der Attraktivitätssteigerung der Stadtzentren, der Forschungs- und Technologieförderung, der Beratung, aber auch der beruflichen Qualifizierung sollen mittelbar und in mittelfristiger Sicht Chancen für neue Arbeitsplätze eröffnen.

Hier müssen Vorleistungen für die Schaffung von Arbeit erbracht werden. Aber auch hier gilt nicht blindes Vertrauen

auf Modernisierung und Technologie, sondern ein klarer Kurs für neue, zukunftssträchtige Arbeitsplatzstrukturen.

Ein besonderes Problem für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ist die Rüstungsindustrie im Lande Bremen. Ca. 10 000 Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt davon abhängig. Hierin liegt für uns ein grundsätzlicher Widerspruch zu unserer Friedens- und Abrüstungspolitik, den wir von Bremen aus allein nicht lösen können. Langfristig streben Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen eine Umsteuerung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter an. Dafür ist eine konsequente Abrüstungspolitik und eine Umstrukturierung des Verteidigungshaushalts eine wichtige Voraussetzung. In Bremen werden wir an dieser Umsteuerung mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln mitwirken. Wir werden aber dadurch keine neue Arbeitslosigkeit erzeugen.

Wir werden:

- Gewerkschaftliche und betriebliche Arbeitskreise zur Rüstungskonversion unterstützen.
- Forschung zur Rüstungskonversion an der Bremer Universität fördern.
- Durch Änderung der Förderpraxis den Umsteuerungsprozeß auf zivile Güter beschleunigen.

### 3. Programme für Bremen und Bremerhaven

Wir Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen kapitulieren nicht vor dem Problem der Arbeitslosigkeit. Solange wir den notwendigen Handlungsspielraum für eine aktive Beschäftigungspolitik auf Bundesebene nicht zurückgewinnen können, müssen wir auf Landes- und Kommunalebene alle unsere finanziellen und kreativen Kräfte auf eine "Politik für die Arbeit" konzentrieren.

Wir wollen aktive Arbeitsmarktpolitik, Lohn statt Lohner-satzleistungen.

Wir können keine große Lösung versprechen. Die kann nur auf Bundesebene eingeleitet werden. Aber wir können auf Landesebene wichtige Schritte vollziehen, von denen wir Beschäftigungseffekte erwarten. Dem dienen:

- a) Das Aktionsprogramm "Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt" für das Land Bremen mit

- dem Strukturfonds,  
der durch die Modernisierung bestehender Betriebe  
und Schaffung neuer Produktionseinheiten  
zur Herausbildung eines gesunden Industriekerns  
führt;

dem Technologiefonds,  
der in der Kooperation von Wirtschaft und  
Wissenschaft zukunftsorientierte Technologiepolitik  
mit dem bremischen Innovationsprogramm betreibt;

- dem Ökologiefonds, der Anreize bietet, den Markt der  
Umwelttechnologien stärker zu erschließen und die  
Entwicklungsstruktur sowie die Beratungsaktivitäten  
verstärkt;
- dem Mittelstandsfonds,  
der ergänzende Maßnahmen und Hilfen für kleine und  
mittlere Unternehmen  
(Mittelstandsförderungsprogramm), auch für  
Kooperativen, Gewerbezentren und örtliche  
Beschäftigungsinitiativen bereithält;
- dem Standortfonds, der zur Verbesserung der  
überregionalen Attraktivität der beiden Standorte  
Bremen und Bremerhaven führt.

Dieses Programm umfaßt die Maßnahmen zum Erhalt beste-  
hender und zur Schaffung zukunftsorientierter Ar-  
beitsplätze im Bereich der privaten Wirtschaft. Die  
Möglichkeiten dieser Politik sind begrenzt. Die Ent-  
scheidung über Umfang und Inhalt von Produktion und  
Dienstleistungen und damit auch über die Zahl der Ar-  
beitsplätze und den gesellschaftlichen Nutzen bleibt  
den Kapitaleignern überlassen.

Wir wollen aber mit diesem Programm eine Politik für  
eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur  
entwickeln. Wir wollen auch auf die privaten  
Unternehmen durch staatliches Handeln auf regionaler  
Ebene mit Hilfe von direkter und indirekter Führung und  
damit verbundenen Auflagen einwirken.

- b) Das Sonderprogramm Bremerhaven
- c) Hafenentwicklungsprogramm für Bremen und Bremerhaven
- d) Programm "Arbeit und Umwelt"

- e) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, zusätzliche Programme für Langzeitarbeitslose, Jugendwerkstätten, zur beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung und zur Förderung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen und selbstverwalteten Betrieben.

### 3.1 Strukturentwicklungspläne für Arbeitsplätze

Wir werden die vorliegenden Programme auf der Grundlage integrierter Zukunftsplanungen zu einem regionalen Strukturentwicklungsplan aufeinander abstimmen und fortschreiben. Damit wollen wir einen Rahmen abstecken, innerhalb dessen wir unsere regionalpolitischen Handlungsspielräume einer Politik für die Arbeit festlegen, weiterentwickeln und einer laufenden Erfolgskontrolle auf Arbeitsplatzauswirkungen unterziehen.

Diesen Prozeß einer regionalen Entwicklungsplanung wollen wir in enger Kooperation mit den Tarifvertragsparteien, Kammern und Verbänden vorantreiben. Nur in einer von möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen getragenen gemeinschaftlichen Anstrengung werden wir das Ziel, Arbeit zu schaffen und Ökonomie und Ökologie auszugleichen, erreichen.

Dem Willen zu einer verstärkten Kooperation mit der Grundausrichtung einer Politik für die Arbeit werden wir mit der Bildung eines regionalen Strukturbeirats besonderen Nachdruck verleihen. Dieser Strukturbeirat soll sich zu je einem Drittel aus Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Öffentlichen Hand zusammensetzen. Er soll ein möglichst kleines, arbeitsfähiges Gremium sein, in dem ein ständiger Dialog über Fragen strukturpolitischer Programmatik geführt und frühzeitige Abstimmung organisiert werden soll.

Dazu können bei der Bearbeitung einzelner Themen weitere Verbände, z.B. Umweltverbände, beteiligt werden.

Der Strukturbeirat soll zusätzlich zu den bestehenden Kooperationsformen mit Kammern, Verbänden, Einzelgewerkschaften gebildet werden, um eine noch engere Verklammerung auch auf der Ebene regionaler Strukturentwicklungsplanung herzustellen. Wir werden auch prüfen, ob eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors, z.B. durch Gründung öffentlicher Unternehmen oder durch Ausweitung staatlicher Beteiligung an privaten Unternehmen zu erreichender strukturpolitischer Ziele beitragen können.

### 3.2 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen unsere Politik für die Arbeit ergänzen und verstärken

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind kein Ersatz für eine aktive Beschäftigungspolitik, sie können dies weder auf Bundes-, Landes- noch kommunaler Ebene sein.

ABM können notwendige Programme zur Arbeitsplatzsicherung und -neuschaffung lediglich verstärken, ergänzen und flankieren. Da die Bundesregierung ihrer Verpflichtung nicht nachkommt, die Massenarbeitslosigkeit vor allem in strukturschwachen Regionen mit beschäftigungsorientierten Strukturprogrammen zu bekämpfen, müssen auf regionaler Ebene im Sinne zweitbesten Lösungen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Wir wollen vor allem solche AB-Maßnahmen fördern, die nicht nur vorübergehende Hilfestellung leisten, sondern möglichst auch Perspektiven für unbefristete Arbeitsverhältnisse entwickeln.

Dies ist wegen der fehlenden Mittel des Bundes und der rechtlichen Rahmenbedingungen von ABM ein schwieriges Unterfangen. Wir wollen aber alle Kräfte auf dieses Ziel konzentrieren, auch mit einer weiteren Aufstockung von Landeskomplementärmitteln.

Wir fordern auf Bundesebene mehr Arbeitsförderungsmittel für Bremen. Wir wollen damit Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen entwickeln, in denen wir mehr Arbeitssuchende nach einer bestimmten Dauer (spätestens nach einem Jahr) ihrer Arbeitslosigkeit aufnehmen können, damit sie nicht zu Langzeitarbeitslosen werden. Um die Vermittlungschancen Langzeitarbeitsloser zu erhöhen und die Sozialhaushalte der Kommunen zu entlasten, fordern wir von Bonn, die Förderungsdauer in AB-Maßnahmen auf 5 Jahre auszuweiten. Grundlage für die Zuweisung zusätzlicher Mittel soll die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Regionen sein.

Wir werden in dem Umfang, in dem diese Mittel von der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt werden, entsprechende neue, zukunftsorientierte Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme gemeinsam mit allen geeigneten und gemeinnützigen Trägern entwickeln. Eine Planungsgruppe soll die Entwicklung solcher Programme vorbereiten.

Wir wollen im Zuge des Ausbaus Schwerpunkte setzen



- mit dem Aktionsprogramm "Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt", einschließlich Recycling;
- mit Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und städtischen Infrastruktur.

Wir werden solche Maßnahmen so anlegen, daß sie auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet sind, daß sie unseren strukturpolitischen Zielen dienen, und daß sie Menschen beruflich qualifizieren. Vor allem arbeitslosen Jugendlichen, die nach Abschluß ihrer Berufsausbildung wegen fehlender Übernahmebereitschaft der privaten Wirtschaft vor einer zweiten Schwelle stehen, sowie Frauen, die sich um einen Wiedereinstieg in das Berufsleben bemühen, wollen wir mit ABM-Programmen berufliche Fortbildung ermöglichen und Überbrückungs- und Eingliederungshilfen geben.

ABM können immer nur dann die Rolle einer arbeitsmarktpolitischen Ergänzung und Verstärkung übernehmen, wenn mit ihr auch tatsächlich zusätzliche - über Haushaltsplanungen nicht abgesicherte - Aufgaben wahrgenommen werden. Grundsätzlich dürfen ABM nicht als Ersatzstrategie angesichts des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst eingesetzt werden und auch nicht die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft beeinträchtigen.

### 3.3 Jugendwerkstätten - Entwicklungszentren neuer Arbeit

Mit dem bremischen Jugendwerkstättenprogramm haben wir in Bremen und Bremerhaven reguläre Ausbildungsplätze und ein weit verzweigtes Netz von Angeboten für arbeitslose Jugendliche nach dem Modell "Arbeiten und Lernen" geschaffen. Diese im wesentlichen mit Hilfe von ABM aufgebauten Werkstattkapazitäten wollen wir zu Entwicklungszentren für neue Arbeit, auch verbunden mit Maßnahmen der Zusatz- und Anpassungsqualifizierung, ausbauen und zum Teil umgestalten. Dort sollen neue Aufgabenfelder, die von der Privatwirtschaft nicht oder noch nicht wahrgenommen werden, als Ansatz zur Unterstützung gesellschaftlicher Innovationen erprobt und weiterentwickelt werden: ökologische Innovationen, Eine-Welt-Projekte, Energiesparen. Das Pilotprojekt "Recycling-Hof Findorff" der Jugendwerkstätten e.V. Bremen ist ein gelungener Versuch in diese Richtung. Es soll abgesichert und auf andere Stadtteile übertragen werden.

Diese Ansätze werden verstärkt durch einen deutlich höheren Anteil der Ausbildungsplätze für Mädchen sowie durch Maß-

nahmen, die Mädchen an qualifizierte technische Berufe heranführen.

### 3.4 Wir wollen Arbeitsloseninitiativen und Arbeitslosenzentren unterstützen

Wir wollen alle Bemühungen unterstützen, die einer gesellschaftlichen Ausgrenzung von Arbeitslosen entgegenwirken. Deshalb begrüßen wir die Initiativen von Arbeitslosen zur Bildung von Zentren, Treffs und Beratungseinrichtungen. Solche Zentren, die aufgrund des Engagements von Betroffenen entstehen, sind als Ergänzung zu amtlichen Einrichtungen notwendig.

Die entsprechenden Initiativen und Arbeitslosenzentren werden wir weiterhin fördern.

### 3.5 Örtliche Beschäftigungsinitiativen - neue Formen der Arbeit

Neue Formen der Arbeit, Existenzgründungen durch Arbeitslose, selbstverwaltete Betriebe auf genossenschaftlicher Basis, Belegschaftsfirmen, werden wir mit unserem Landesprogramm zur Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen weiterhin unterstützen. Neben Darlehensförderung sollen auch Zuschüsse, betriebswirtschaftliche Beratungsangebote und Beteiligungsformen für wirtschaftliche Existenzgründungen eingesetzt werden. Wir wollen diese Betriebe mit Hilfe neuer kommunaler Beteiligungsformen fördern und beraten. Dabei wollen wir die Gründung und Beratung von Genossenschaften in Bremen erleichtern.

### 3.6 Weiterbildung als Politik für die Arbeit

Bei der Zielgruppenarbeit der bremischen Weiterbildungspolitik bleibt der Schwerpunkt Weiterbildung für Arbeitslose strukturbildend. Dabei wird das Weiterbildungs-Angebot insbesondere der folgenden Gruppen intensiviert:

- arbeitslose Frauen
- arbeitslose Jugendliche
- langfristig Arbeitslose
- arbeitslose Hochschulabsolventen

- ausländische Arbeitslose
- ältere Arbeitslose

In diesem Konzept wird die Ausgabe von Weiterbildungsgutscheinen an Arbeitslose uneingeschränkt gesichert.

Frauen haben einen Anspruch auf gezielte Förderung.

Die beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen werden qualitativ und quantitativ weiterhin ausgebaut. Dabei kann es sinnvoll sein, die Landesmittel zur Unterstützung der Qualifizierungsoffensive zu erhöhen,

- um als notwendige Impulsinvestition zum Gewinn möglicher Drittmittel zu dienen und
- um drittmittelfinanzierte Qualifizierungsmaßnahmen durch Landesprogramme zu flankieren.

Die an den Interessen von Arbeitnehmern orientierte politische Bildung wächst qualitativ und quantitativ mit dem Ausbau der beruflichen Qualifizierung.

Innerhalb der Weiterbildungsaktivitäten muß die kulturelle Bildung in Teilfeldern neu konzeptiert werden. Dazu gehört:

- Die psychosoziale Stabilisierung und Berufsorientierung von arbeitslosen Arbeitnehmern durch kulturelle Bildung.
- Die Integration kultureller und politischer Bildung.
- Die Förderung kreativer Eigentätigkeit insbesondere junger Arbeitnehmer.
- Der Bildungsurlaub als Einstieg und Zugang in Weiterbildungsprogramme. Er hat für bildungsbenachteiligte Schichten nach wie vor einen großen Stellenwert. Er muß als Recht für alle erhalten und die Inanspruchnahme muß ausgeweitet werden.

Der Arbeitsschwerpunkt Weiterbildung muß auch in der nächsten Legislaturperiode unter den gegebenen Umständen seinen besonderen Stellenwert behalten; dem wird der Mittelansatz entsprechen.

### 3.7 Bremisches Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben und Verwaltungen des Landes Bremen soll durch ein bremisches Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens gefördert werden. In dieses Programm sind vorhandene Aktivitäten einzubringen, Maßnahmen neu zu initiieren oder zu verstärken.

Dabei sind folgende Zielsetzungen zu beachten:

- Stärkung des Arbeitsschutzes und der Gewerbeaufsicht, Verbesserung des medizinischen Arbeitsschutzes, (z.B. stärkere Kontrolle beim Umgang mit gesundheitsgefährdenden Arbeitsstoffen);
- Einrichtung eines betriebsärztlichen Dienstes für den öffentlichen Dienst,
- Unterstützung eines Forschungsverbundes zum Problemfeld menschengerechte Arbeits- und Technikgestaltung.

#### 4. Ökologische Erneuerung - Ökonomie und Ökologie lassen sich nicht trennen

Die weitere Entwicklung unserer Stadtgesellschaften im Lande Bremen muß ökonomischen und ökologischen Notwendigkeiten gleichermaßen entsprechen. Arbeitsplätze und Einkommenssicherung sowie Schutz unserer natürlichen Lebensbedingungen sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander. Ökologische Probleme in hochindustrialisierten Gesellschaften bedürfen zu ihrer Lösung ökonomischer Mittel. Die wirtschaftliche Entwicklung wird ohne Sicherung der Umwelt an Grenzen stoßen.

Eine auf die Sanierung der Umwelt, die Verhütung weiterer Umweltschäden und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit gerichtete Politik muß daher die investiven und personellen Möglichkeiten der öffentlichen Unternehmen sowie des öffentlichen Dienstes voll nutzen. Deshalb ist die Koordinierung der wirtschafts- und umweltschutzpolitischen Maßnahmen des Senats und ein gemeinsames Handeln derjenigen Unternehmen erforderlich, deren Eigentümer oder Miteigentümer das Land oder die Stadtgemeinde Bremen ist. Eine Holding für die öffentlichen Unternehmen kann diese Koordinierung leisten.

Wir werden dabei einerseits Wege zur regionalen Umweltvorsorge und kostengünstigen Altsanierung beschreiten und andererseits die Möglichkeiten verbessern, Bremen als ökonomischen Standort für ökologische Produktionen und Dienstleistungen zu stärken.

Dazu gehört die Förderung sozial- und umweltverträglicher Technologie:

- Förderung von Forschung und des Transfers im Bereich der Umwelttechnologien,
- Förderung der Forschung, Entwicklung und Herstellung ziviler Zukunftstechnologien (z.B. Elektronik, Transportwesen, Produktionstechnik, Meerestechnik),
- Förderung der Forschung über die sozialen Folgen, die Gestaltbarkeit sowie die gesellschaftliche Kontrolle neuer Technologien,
- Ablehnung sozial- und umweltschädlicher Technologien (z.B. Kernenergie, Rüstungstechnologien, bestimmte Formen der Gentechnologie).

Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung wird das Aktionsprogramm "Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt" haben, das klare Aufgabenschwerpunkte sozialdemokratischer Politik für das Land Bremen benennt.

Für den Bereich Arbeit und Umwelt zählen dazu das

- das Aktionsprogramm zur Umweltsanierung und Umweltvorsorge mit den Schwerpunkten
  - Luftreinhaltung,
  - Lärmschutz,
  - Gewässer- und Grundwasserschutz,
  - Abfallwirtschaft,
  - Bodenschutz- und Stadtökologie,
  - Wohnumfeldverbesserungen,
  - Naturschutz und Landschaftspflege,
- Aktionsprogramm zur Nutzung umweltschonender Energietechnik mit den Schwerpunkten
  - konsequente Nutzung aller sinnvollen Energieeinsparungsmöglichkeiten (u.a. Wärmedämmung, Kraft-Wärme-Kopplung, Abwärme),
  - Ausbau der Nah- und Fernwärme,
  - Nutzung regenerativer Energiequellen (Sonnen-, Bio- und Windenergie),
  - Einbau von Entschwefelungsanlagen bei vorhandenen und Einsatz von Wirbelschichttechnologie bei neuen Kraftwerken.

Grundlage für die gesamte Bremer Energiepolitik bleiben die Ziele der Eigenversorgung und der Unabhängigkeit von überregionalen Stromlieferanten.

Zu unserem Schwerpunkt Arbeit und Umwelt gehören auch die Programme zur Verkehrspolitik sowie für eine menschenrechte Stadt.

Zum Politikfeld Ökologie/Ökonomie verfolgen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen folgende Ziele:

- die bremische Wirtschaft zu motivieren, sich verstärkt dem expandierenden Umwelt-Markt zuzuwenden und dabei gleichzeitig zur Lösung bremischer Umweltprobleme beizutragen,

- die angewandte Umweltforschung im Lande Bremen zu verstärken,
- die Anwendung neuer Energietechnologien zu fördern,
- die ökologischen Aspekte bei der Gewerbeförderung besonders zu berücksichtigen,
- bedarfsorientierte Gewerbeflächenpolitik statt Vorraterschliessungen zu betreiben, insbesondere verstärkte Wiedernutzung von Gewerbebrachen,
- eine Stadtentwicklungsplanung, die ökologische und ökonomische Ziele zur Deckung bringt,
- ökologisch orientierte Beschäftigungsinitiativen und -kooperativen zu stärken,
- einen besonderen umwelttechnologischen Akzent in Bremerhaven zu setzen,
- aus Mitteln des Aktionsprogramms "Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt" eine Pilot-Anlage zum Recycling von Kunststoffabfällen aus Hausmüll zu errichten.

##### 5. Neue Wirtschaftskraft - sozialverträglicher Strukturwandel

Es ist die zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik im Lande Bremen, insbesondere ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes zu erhalten und zu stärken, den technischen Fortschritt sozialverträglich zu gestalten und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und zu erhalten.

Für die langfristige Entwicklung der Region ist eine Konzeption erforderlich, die vorhandene Strukturen verbessert, ausbaut und, soweit erforderlich, neue Strukturen entwickelt.

Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes liegt in

- der Modernisierung bestehender und der Ansiedlung neuer Betriebe,
- der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bremischer Unternehmen, damit diese verstärkt neue

Produkte und Verfahren entwickeln und dadurch neue Märkte erschließen,

- der zukunftsgerichteten Wirtschaftsstrukturpolitik, in der der Umweltschutz eine Grundlage wirtschaftlichen Handelns ist,
- der Anpassung der Hafenanlagen an die zukünftige Entwicklung,
- der Bestandspflege, Neugründung und Neuansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen,
- der Sicherung und dem marktgerechten Ausbau der oberzentralen Funktionen der beiden Standorte,
- verstärkten zusätzlichen Anstrengungen für die Seestadt Bremerhaven.

Vorrangige Ansätze unseres Handelns sind die Stärkung und Erweiterung bestehender zukunftsträchtiger Betriebe und die Ansiedlung neuer Unternehmen, um das Branchenspektrum im Lande Bremen zu ergänzen und damit krisensicherer zu machen. Es sind neue Entwicklungsmöglichkeiten für energiesparende und umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren zu eröffnen. Allerdings bleibt die Eröffnung neuer Märkte und die Schaffung neuer Produktlinien ureigene Aufgabe der Unternehmen, die vom Staat nur mit flankierenden Hilfen begleitet werden kann.

Gegen den Strukturwandel darf nicht ansubventioniert werden; reine Erhaltungssubventionen sind keine Mittel sozialdemokratischer zukunftsorientierter Strukturpolitik.

Die Bundesrepublik kann auf eine deutsche Handelsschifffahrt, den Schiffbau, eine eigene Stahlindustrie und die Fischwirtschaft nicht verzichten. Der Bund darf sich aus der Mitfinanzierung in diesen Bereichen nicht abmelden. Die vorgesehenen Hilfen des Landes Bremen für den Schiffbau sollen die Bemühungen der Unternehmen um Erhaltung und Steigerung ihres in der Regel hohen Leistungsstandards stützen und damit Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftszweig auf Dauer sichern.

Wir werden uns darüber hinaus möglichst gemeinsam mit den anderen norddeutschen Küstenländern mit aller Kraft dafür einsetzen, daß durch die Bundesregierung aber auch durch die EG sichergestellt wird, daß der Schiffbau und die Schifffahrt im Rahmen der maritimen Verbundwirtschaft (allein in Bremen 93.000 Arbeitsplätze) als nationale Auf-



gabe garantiert und die Struktur der Küstenregion durch ein beschäftigungsorientiertes Küstenstrukturprogramm gesichert wird.

Dazu gehören:

- die Verbesserung der Rahmenbedingungen zugunsten der Beschäftigung der deutschen Handelsflotte,
- verstärkte Fortführung der Schiffbauhilfen des Bundes,
- Strukturhilfen für Werftstandorte zum Aufbau neuer Arbeitsplätze, zur Qualifikationsverbesserung und zum Ausgleich der Nachteile der Infrastruktur für Forschung und Entwicklung.

Nicht nur in diesem Bereich sehen wir neben Zuschüssen und Bürgschaften auch in Beteiligungen ein wirksames Instrument, um Unternehmen bei strukturpolitisch wichtigen Entscheidungen zu stützen; dies jedoch nur dann, wenn es um Entscheidungen mit Schlüsselfunktion für die Entwicklung der Wirtschaft im Lande Bremen geht. Staatliche Beteiligungen dürfen im übrigen keinesfalls als Existenzgarantie wirtschaftlicher Unternehmen mißverstanden werden.

## 6. Technologiepolitik - den Nutzen wahren

Technologiepolitik muß darauf gerichtet sein, den technischen Fortschritt zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, zur Verminderung der Umweltbelastung und zur Sicherung des Rechtes auf Arbeit einzusetzen.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen verfolgen dabei vorrangig folgende Ziele:

- Schaffung neuer Arbeitsplätze, Erhalt einer höheren Beschäftigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
- eine ökologisch und sozial verträgliche Herstellung von Gütern und Dienstleistungen.

Die Zukunftsfelder unserer Technologiepolitik sind:

- Umwelttechnologie,
- Meeresforschung/Meerestechnik,
- Mikroelektronik,

- Werkstofftechnik/Materialforschung/Oberflächentechnik/  
Lasertechnik,
- Luft- und Raumfahrttechnologie,
- Verkehrstechnologie und Logistik,
- Produktions- und Verfahrenstechnik,
- Lebensmitteltechnologie und -produktion,
- Informations- und Kommunikationstechnologie,
- Energietechnik.

Eine wichtige Aufgabe staatlichen Handelns sehen wir darin, dazu beizutragen, daß neue technologische Entwicklungen human und sozialverträglich gestaltet werden. Grundsätzlich gilt für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, daß niemand durch die technische Entwicklung ins berufliche Abseits gedrängt werden darf. Der technologische und strukturelle Wandel darf nur mit den Bürgern und Bürgerinnen und nicht gegen sie vollzogen werden.

Wir wissen, daß technologieorientierte Existenzgründungen häufig mit hohem Risiko verbunden sind. Wir werden deshalb einen Beitrag dazu leisten, einen Risiko-Kapitalfonds für technologieorientierte Aktivitäten aufzubauen. Vorrangig sind jedoch auch hier Banken und die private Wirtschaft gefordert, so daß Bremen sich auf eine komplementäre Rolle beschränken wird.

Mikroelektronik und Computertechnologie bewirken tiefgreifende Veränderungen in vielen Bereichen unseres Lebens. Angesichts dieser technischen Entwicklungsmöglichkeiten stehen wir vor gesellschaftlichen Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen nicht nur auf Arbeitsmarkt- und Industriestruktur unseres Landes.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologie, wie Glasfasertechnik und Satellitentechnik, sind vor allem für die Wirtschaftsstruktur des Landes wichtig. Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ist die Modernisierung der kommunikationstechnischen Infrastruktur als Zukunftsaufgabe von besonderer Bedeutung. Der Handelsplatz Bremen/Bremerhaven braucht hoch entwickelte Techniken und Transportsysteme für die geschäftliche Kommunikation. Wir wollen der Wirtschaft Impulse geben und die qualitativen Wachstumschancen, die in den neuen Informations- und Kommunikationstechniken liegen, entschlossen nutzen. Da in der

betrieblichen Praxis sich vielen Unternehmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, bei der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken noch Hemmschwellen in den Weg stellen, werden wir bremischen Firmen gezielt bei der Einführung und Anwendung dieser Technologie helfen.

## 7. Politik für kleinere und mittlere Unternehmen

Um den zu niedrigen Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen im Lande Bremen anzuheben, werden wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen weiterhin gezielte Förderprogramme bereithalten und sie notfalls ergänzen, weil kleine und mittlere Unternehmen insgesamt ein wichtiger Garant für den Wettbewerb sind, konjunkturelle Schwankungen besser als Großbetriebe ausgleichen und große Leistungen für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und für die berufliche Ausbildung erbringen.

Über die Zukunft der Arbeit wird wesentlich in den kleinen und mittleren Betrieben entschieden. Von mittelständischen Betrieben gehen auch immer häufiger kreative Innovationen und neue technologische Entwicklungen aus. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden die Existenz kleiner und mittlerer Betriebe sichern und Neuerrichtungen fördern.

Entsprechend dieser Zielsetzung ist das mittelstandspolitische Förderungsinstrumentarium ausgerichtet. Es setzt sich aus den Elementen der direkten Förderung kleiner und mittlerer Betriebe, der Zurverfügungstellung ausreichender Gewerbeflächen und der verstärkten Hilfe zur Erleichterung der Kooperation in Gewerbe und Dienstleistungsbereich zusammen.

## 8. Entwicklung des Dienstleistungsbereichs

Bremen und Bremerhaven weisen gegenüber vergleichbaren Großstädten in allen wichtigen überregionalen Dienstleistungszweigen Defizite auf. Auch da, wo bundesweit hohe Expansionsraten festzustellen sind, nämlich im sogenannten "sonstigen privaten Dienstleistungsbereich", in dem sich die spezialisierten privaten Dienstleister konzentrieren, sind im Lande Bremen zu wenige Arbeitsplätze ausgewiesen.

Wir wollen die überregionale Attraktivität unserer Standorte daher weiter verbessern. Nur dadurch können die festgestellten Defizite im überregionalen Dienstleistungsbereich beseitigt werden.

Dazu gehört, daß unsere Städte

- ihre internationale Funktion als Außenhandelsdrehscheibe festigen und weiter ausbauen,
- den internationalen Dienstleistungsmarkt stärker erobern und
- die oberzentrale Funktion im norddeutschen Raum noch deutlicher zur Geltung bringen.

Da der Dienstleistungssektor traditionell und auch zukünftig besonders viele Frauenarbeitsplätze zur Verfügung stellt, lassen sich insbesondere durch den Ausbau dieses wichtigen Sektors die hohe Frauenarbeitslosigkeit abbauen und die Wünsche von heute nicht berufstätigen Frauen nach Arbeitsplätzen erfüllen.

Durch die Verbesserung der Qualität der überregional wirksamen Einrichtungen wollen wir die Oberzentren Bremen und Bremerhaven stärken. Diese Einrichtungen ziehen Besucher in das Land Bremen, sorgen aber auch dafür, daß Bremer und Bremerhavener sich ihrem Standort verbunden fühlen. Es geht darum neben der Unternehmensförderung auch um die Bereiche Tourismus, Freizeit und Sport sowie um überregional bedeutende Kultureinrichtungen, die gerade unter wirtschaftspolitischen Aspekten einer besonderen Pflege bedürfen.

Als internationales Außenhandelszentrum wollen wir Bremens Chancen im Markt für Messen, Tagungen und Veranstaltungen konsequent ausschöpfen. Die Stadt Bremen hat mit ihren verschiedenen Sonderfunktionen trotz des verstärkten Ausbaus von Ausstellungs- und Tagungskapazitäten an anderen Standorten hervorragende Marktchancen.

#### 9. Hafenpolitik - Kernpunkt bremischer Wirtschaftspolitik

Die Zukunft Bremens steht und fällt politisch wie wirtschaftlich mit den Häfen. Die Häfen mit ihren rund 220 im Kern gesunden, zumeist mittelständischen Betrieben, in denen etwa 21 000 Menschen Beschäftigung finden, sind ein existentieller Faktor der bremischen Wirtschaft.

Hafenpolitik bleibt ein integraler Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik. Nur aufeinander abgestimmte, in sich verzahnte Entscheidungen helfen, die bremische Wirtschaftskraft zu stärken und die Arbeitsmarktlage zu verbessern.

### 9.1 Hafenlasten anerkannt

In den letzten Jahren mußte die Investitionstätigkeit in den Häfen wegen nicht gewährter, wenn auch verfassungsrechtlich gebotener Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich auf das Notwendigste beschränkt bleiben. Die aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Anrechnung der Hafenlasten im Länderfinanzausgleich zu erwartenden Mehreinnahmen werden wieder stärkere Investitionen in die Häfen ermöglichen.

### 9.2 Hafenentwicklungsplan gegen den Wettbewerbsdruck

Zur Konkretisierung des Hafenentwicklungsplanes für den Finanzplanungszeitraum bis 1991 wird ein Investitions- und Umstrukturierungskonzept entwickelt, das dem u.a. von den Westhäfen ausgehenden Wettbewerbsdruck im Investitionsbereich Rechnung trägt, die Funktionsfähigkeit der bremischen Häfen sichert und der überregionalen Bedeutung unserer Häfen für den deutschen Außenhandel entspricht.

In diesem Zusammenhang wird

- die Aufgabenverteilung zwischen den Hafengruppen innerhalb des funktionalen Gesamtzusammenhangs der Bremischen Häfen untersucht und prognostiziert,
- ein dieser Aufgabenverteilung entsprechendes Investitionsprogramm aufgestellt,
- eine Flächennutzung vorbereitet, die neben den hafenpolitischen Notwendigkeiten auch eine Erhöhung der Loco-Quote berücksichtigt,
- die Weiterentwicklung hafenbezogener EDV-Systeme gefördert,
- eine erhebliche Verstärkung der Mittel für die weltweite Akquisition für die Bremischen Häfen vorgesehen, so z.B. für den pazifischen Raum,
- gegenüber dem Bund darauf hingewirkt, daß die maritime Verbundwirtschaft hinsichtlich der staatlichen Finanzierungsmittel mit den Westhäfen gleichgestellt wird.

### 9.3 Modernisierung und Umstrukturierung

In diesem Zusammenhang ist beispielsweise zu prüfen, ob die alten Hafenanlagen so umgestaltet werden können, daß sie für Industrie- und Gewerbebetriebe, die eine Lage am seeschifftiefen Wasser brauchen, attraktiv sind oder neuen Nutzungen wie z.B. Importzentren von Ländern der Dritten Welt zur Verfügung gestellt werden können. Die modernen Verkehre wie Containerumschlag, Ro/Ro und massenhaftes Stückgut würden dann in den weiter auszubauenden Neustädter Hafen verlagert.

Für Bremerhaven haben vor allem zwei Projekte Priorität: Um die bereits heute auf die Kaiserhäfen laufenden Verkehre - insbesondere Kfz-Transporte - reibungslos und sicher abfertigen zu können, ist zunächst die Durchfahrt zwischen dem Verbindungshafen und den Kaiserhäfen zu verbreitern. Desweiteren sind die Anlagen der Halbinsel ABCD den mengenmäßigen und strukturellen Erfordernissen im Automobilumschlag, im Ro-Ro-Verkehr und im kombinierten Con-Ro-Verkehr anzupassen.

Die modernen Verkehrssysteme sind in zunehmendem Maße auf die Unterstützung durch die elektronische Datenverarbeitung angewiesen.

Die Bremischen Häfen verfügen seit über 10 Jahren über gut funktionierende EDV-Systeme, die nun in die Beförderungskette hinein erweitert werden müssen. Die Bedeutung der Informatik als fünfter Verkehrsträger ist auch in den Konkurrenzhäfen erkannt worden.

Der Bund ist aufgefordert, die bereits begonnene Förderung des Forschungsvorhabens "Innovative Seehafentechnologien" weiter sicherzustellen.

### 9.4 Europa-Schiff

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Bremischen Häfen zu stärken, ist gemeinsam mit dem Bund und den interessierten Bundesländern die Anpassung der Mittelweser für das vollabgeladene Europaschiff voranzutreiben. Es ist anzustreben, daß die Arbeiten zeitgleich mit der Fertigstellung des Mittellandkanales für das Europaschiff im Jahre 1992 abgeschlossen werden. Ungeachtet dessen, daß es sich hierbei um eine Bundesaufgabe handelt, ist Bremen bereit, sich im Interesse der davon abhängigen Arbeitsplätze und der Hinterlandanbindung der Häfen finanziell zu engagieren.

### 9.5 Unser Potential hochqualifizierter Arbeitnehmer

Der wichtigste Garant für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen ist ein Stamm hochqualifizierter Arbeitnehmer. Hafenarbeit ist keine regelmäßige Tätigkeit. Sie fällt an in Abhängigkeit von Schiff und Ladung und führt entsprechend zu zeitweise hohem bzw. niedrigerem Bedarf an Arbeitskräften. Zum Ausgleich der Beschäftigungsspitzen wurde 1950 das Instrument des Gesamthafenbetriebes als Arbeitgeber für alle Hafendarbeiter geschaffen. Dieses Instrument hat sich bewährt. Bremen steht weiterhin dazu und wird seinen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze leisten. Ebenso bestehen wir auf einer Fortsetzung der qualifizierten Ausbildung der Hafendarbeiter.

### 9.6 Maritimer Umweltschutz

Auch auf dem Gebiet der Seeschifffahrt gewinnt der Umweltschutz mehr und mehr an Gewicht. Der maritime Umweltschutz muß in den Häfen einsetzen. Es wird deshalb ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen sein, das die Entsorgung der Schiffe von Schiffsmüll regelt, sowie öl- und chemiehaltige Abfälle betrifft. Der Bund, der die internationalen Übereinkommen zur Reinhaltung der Meere gezeichnet hat und damit die Verpflichtungen eingegangen ist, muß sich allerdings an den Kosten beteiligen.

### 9.7 Maritime Verbundwirtschaft stärken

Für Bremen und für die gesamte norddeutsche Küstenregion hat die Schiffbauindustrie und die Zulieferindustrie herausragende Bedeutung für den regionalen Arbeitsmarkt. Die Sicherung des Schiffbaus stellt ebenso wie die der deutschen Seeschifffahrt eine nationale Aufgabe dar, weil die Bundesrepublik Deutschland aus Sicherheits- und Versorgungsgründen auf einen eigenen Schiffbau nicht verzichten kann und als eine der bedeutendsten Handelsnationen eine eigene Handelsflotte unterhalten muß. Der Bund ist aufgefordert, staatliche Unterstützungsmaßnahmen für die maritime Verbundwirtschaft in den Rang vergleichbarer Unterstützungsmaßnahmen wie in den Bereichen Kohle, Stahl und Landwirtschaft zu erheben, und zwar auf der Basis eines staatlichen Strukturprogramms.

Angesichts der dramatischen Situation in der deutschen Seeschifffahrt, die mit dem Verlust von Arbeitsplätzen für deutsche Seeleute einhergeht, besteht zwischen allen an der

der Seeschifffahrt Beteiligten Einvernehmen, daß schnelle und wirksame Hilfe zur Vermeidung bruchartiger Entwicklungen dringend erforderlich ist. Erfolgversprechende Verbesserungen lassen sich jedoch nur dann erreichen, wenn schiffahrtspolitische Maßnahmen zumindest EG-weit durchgesetzt werden können.

Zwischenzeitlich bleibt nur die Möglichkeit nationaler Hilfestellungen. Wesentlicher Punkt ist dabei der Abbau von "hausgemachten", also durch nationale Besonderheiten hervorgerufenen Wettbewerbsnachteilen zu den Konkurrenzflotten. Bremen wird gegenüber dem Bund weiterhin sehr nachhaltig dafür eintreten, daß wirksame Maßnahmen, für die Vorschläge seit Jahren auf dem Tisch liegen, endlich umgesetzt werden.

Eine wichtige Funktion für die maritime Verbundwirtschaft hat der Hinterlandverkehr von und zu unseren Häfen. Die deutschen Häfen sind wegen der nationalen Verkehrsordnung und auch der nationalen Steuerpolitik in vielfältiger Weise gegenüber ihren Konkurrenten in Belgien und den Niederlanden benachteiligt.

Im Kampf gegen diese Wettbewerbsverzerrungen konnten wir zusammen mit den anderen Küstenländern erste Erfolge erzielen. So wurde Anfang 1984 bei der Bundesbahn und Mitte 1986 beim Güterkraftverkehr die Preisbildung wesentlich flexibler gestaltet, was einer Verringerung der Wettbewerbsnachteile gleichkommt.

Zukünftig wird es vor allem darauf ankommen, die aus der Bildung eines gemeinsamen europäischen Verkehrsmarktes bis 1992 resultierenden Probleme in den Griff zu bekommen. Voraussetzung einer Liberalisierung der europäischen Verkehrspolitik muß die Harmonisierung der Rahmenbedingungen wie z.B. die Angleichung der steuerlichen Belastung der Verkehrsträger sein. Dafür werden wir uns einsetzen.

#### 9.8 Flughafen sicherer machen

Bremen kann als Wirtschaftszentrum der nordwestdeutschen Region auf eine Anbindung an den internationalen Flugverkehr nicht verzichten. Eine Belebung des Luftverkehrs, insbesondere die direkte Anbindung an kontinentale Wirtschaftszentren, wird unterstützt.



## 10. Besondere Anstrengungen für die Seestadt Bremerhaven

Die Entwicklungsnachteile Bremerhavens und die sich daraus ergebenden besonderen Problemstrukturen verlangen nach der konsequenten Umsetzung eines besonderen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Programms. In einer großen Gemeinschaftsanstrengung aller betroffenen Körperschaften, unter Einbeziehung von Forschung und privaten Investoren, mit Hilfe des Bundes und der Europäischen Gemeinschaft, muß der Rückstand Bremerhavens aufgeholt werden.

Als mittelfristige Ansätze sehen wir insbesondere

- eine noch stärkere Investitionspriorität zugunsten Bremerhavens,
- die Verstärkung qualitativ hochwertiger Forschungs- und Hochschuleinrichtungen in Bremerhaven und
- ein deutliches Fördergefälle zwischen Bremen und Bremerhaven.

Es kann dabei nicht darum gehen, marktwidrige Funktionen von Bremen nach Bremerhaven zu verlagern. Es kommt ganz im Gegenteil darauf an, den positiven Standortfaktor Bremerhaven, nämlich die direkte Lage an der Nordsee, in zusätzliche Aktivitäten für die Seestadt umzusetzen.

Angesichts der problematischen Wirtschaftsstruktur und kaum erkennbarer Ansatzpunkte für neue Arbeitsplatzinitiativen werden wir in Form eines "Sonderprogramms Bremerhaven" gezielte Anstrengungen unternehmen, um die Wirtschaftsstruktur Bremerhavens zu verbessern.

In den letzten Jahren ist mit dem Ausbau der Hochschule Bremerhaven - zu nennen sind hier insbesondere die Studiengänge Systemanalyse, Lebensmitteltechnologie und Verfahrenstechnik - und mit der Fusion des Alfred-Wegener-Instituts mit dem Institut für Meeresforschung zu einem international bedeutsamen Zentrum der Polar- und Meeresforschung eine - an der Größe der Stadt gemessene - respektable Forschung- und Entwicklungsinfrastruktur geschaffen worden.

Nun wird es darauf ankommen, die Bedingungen für einen effizienten und intensiven Technologie- und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowohl innerhalb Bremerhavens, wie auch zwischen der Bremerhavener Wirtschaft und den Forschungseinrichtungen in der Stadt Bremen ent-

scheidend zu verbessern. Dabei müssen infrastrukturelle Maßnahmen in Bremerhaven vorrangig dort ansetzen, wo durch gezielte, schwerpunktmäßige Ergänzungen vorhandener Forschungseinrichtungen die Zusammenarbeit mit der Bremerhavener Wirtschaft verbessert werden kann.

Wir denken dabei insbesondere an:

- den Aufbau eines Innovations- und Technologiezentrums in Bremerhaven,
- den Ausbau der Hochschule Bremerhaven,
- den Aufbau eines Zentrums für angewandte Meeresforschung,
- die Verstärkung der F+E-Anstrengungen bei der Modernisierung der Lebensmittelindustrie durch einen besonders finanzierten Kristallisationskern an der Hochschule Bremerhaven,
- die Schaffung von universitären Arbeitsgruppen im Rahmen der Projekte "Euromar" und "Geomar".

Ein wichtiges Anliegen ist es, die Seestadt Bremerhaven schrittweise zu einem Zentrum für moderne Produktion weiterzuentwickeln. Dazu können die Ergebnisse der "Fischereihafen-Arbeitsgruppe" dienen.

Zur Modernisierung und Umstrukturierung des Fischereihafens zu einem leistungsfähigen Industriehafen wollen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die folgenden Maßnahmen einsetzen:

- Sanierungsmaßnahmen im Fischereihafen zur Aufrechterhaltung seiner Funktionsfähigkeit. Diese werden im Hafenentwicklungsplan Berücksichtigung finden.
- Einrichtung eines Außenhandels- und Dienstleistungszentrums in Bremerhaven, in das Außenhandels-, Speditions-, Makler-, Versicherungsunternehmen und andere am Außenhandel beteiligten Firmen einbezogen werden. Dies steht in engem Zusammenhang zu der im Hafenentwicklungsplan zu finanzierenden EG-RoRo-Zentrale. Durch eine Förderung eines solchen Zentrums wird außerdem kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit gegeben, sich selbständig am Außenhandel zu beteiligen.
- Schaffung einer Qualitäts- und Marketingzentrale. In einem zentralen Servicegebäude, das im Anschluß an das FBG-Verwaltungsgebäude errichtet werden kann, sollen

alle in Bremerhaven ansässigen Einrichtungen, die sich mit Qualität und Marketing von Lebensmitteln befassen, zusammengefaßt werden.

- Aufbau eines Instituts für Fischqualität und Fischstandards, das Anforderungen für Qualitätsstandards bei Rohwaren und Fertigprodukten entwickelt und Anlieferungen und Produkte aus Betrieben der Lebensmittelverarbeitung hinsichtlich der Erfüllung der verschiedenen Standards untersucht.
- Modernisierung der Infrastruktur im Fischereihafen.
- Fortlaufende Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der Kutterfischerei
- Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft für den Fischereihafen

Alle Bemühungen zur regionalen Umstrukturierung über FuE oder die Modernisierung des Fischereihafens dürfen die übrigen grundlegenden Voraussetzungen für Ansiedlungserfolge nicht außer acht lassen. Hierzu zählen Erschließungsmaßnahmen, Investitionszuschüsse und moderne Infrastrukturen.

Im einzelnen werden im Sonderprogramm Bremerhaven deshalb weiter berücksichtigt:

- die Erschließungsmaßnahmen in Bremerhaven in den verschiedenen Stadtteilen; darin sind auch einzelfallbezogene Resterschließungsmaßnahmen, aber vor allem die gezielte Wiedernutzbarmachung von Industriebrachen enthalten;
- der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Luneort;
- die Offenhaltung der Option für die Nutzung der Luneplate.

Außerdem werden wir das touristische Infrastruktur-Angebot in Bremerhaven weiter abrunden. Die Erfolge im Zusammenhang mit dem Deutschen Schifffahrtsmuseum oder der "Sail '86" machen deutlich, daß hier erhebliche Marktchancen gegeben sind. Insgesamt gilt es, die vor Jahren ausgegebene Parole, daß "Bremerhaven mit dem Wasser wuchern" müsse, nach wie vor umzusetzen.

Deshalb muß Bremerhaven seine Marktchancen in diesem Bereich weiterhin offensiv nutzen und insbesondere seinen See- und Hafenbezug als Standortfaktor für den Tourismus

verstärkt herausstellen. Dabei müssen die bisherigen sehr erfolgreichen Maßnahmen um das Schiffahrtsmuseum unter Einbeziehung der umliegenden, zum Teil veralteten Strukturen weitergeführt werden.

## II P o l i t i k f ü r d i e S t a d t

(für Bremerhaven gilt ergänzend das Wahlprogramm der Bremerhavener SPD)

Das Bundesland Bremen mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven bietet Lebensqualität und Urbanität. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das.

Bremen steht für republikanische Traditionen, steht für freiheitlichen Geist, für internationale Kontakte, für Hafen, Handel und Wandel und immer mehr auch für Wissenschaft und neue technologische Entwicklungen. Den historischen Reiz und Charakter zu bewahren und zugleich die ökonomische und ökologische Erneuerung der Lebensstrukturen in unseren Städten Bremen und Bremerhaven voranzutreiben, dies ist das Ziel unserer Politik.

### 1. Für Urbanität und Lebensqualität

Bremen ist eine Stadt, in der sich Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen, die schön ist, in der man gern lebt und gern zu Gast ist:

- weil sich in Bremen vieles miteinander harmonisch vereint: die historische Innenstadt, die älteren Wohnquartiere, die Neubaugebiete, die Stadtteilzentren, viel Grün für Freizeit und Erholung,
- weil Bremen trotz seiner Funktion als Großstadt und Oberzentrum für die Bremer und Bremerinnen überschaubar geblieben ist,
- weil Anonymität und Uniformität vieler vergleichbarer Städte und Ballungsräume hier kaum anzutreffen sind.

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, werden wir Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen unsere Stadtentwicklungspolitik mit Blick auf sich verändernde Bedingungen und Anforderungen fortentwickeln.

Wir wollen, daß die Stadt Lebensraum für alle ist. Wir wollen eine Stadt, in der man gesund leben und arbeiten kann. Wir wollen, daß sich in der Stadt die vielfältigsten Interessen und Lebensweisen begegnen und daß sie miteinander leben können. Wir wollen, daß alle notwendigen Unterschiede in der Entwicklung der verschiedenen Bereiche nicht zu Be-

nachteiligungen einzelner Gruppen oder einzelner Stadtteile werden. Wir werden weiterhin den Besonderheiten einzelner Stadtteile, wie z.B. der Stadtteile in Bremen-Nord, Rechnung tragen.

Wir wollen in Bremen auf die rapiden strukturellen Veränderungen des auslaufenden 20. Jahrhunderts, die heute alle großen Städte treffen, mit neuen ökonomischen und ökologischen Antworten reagieren. Es wird in Bremen, wie in vielen anderen Städten, zukünftig weniger Menschen geben. Wir sehen darin aber nicht nur die Gefahren des Schrumpfens, sondern auch die Chancen und die Herausforderung, neue Strukturen für das Leben in der Zukunft zu gestalten.

### 1.1 Oberzentrale Funktionen stärken

Bremens oberzentrale Funktion ist weiter zu erhalten und zu stärken. Die City hat als Oberzentrum der Region für Handel, Kultur und Dienstleistungen ihre besondere Bedeutung.

Wir wollen eine lebendige Stadt, die nicht nur zum Einkaufen dient. Die Innenstadt muß attraktiv sein für Einzelhandel und Dienstleistungen, für Kultur und Kommunikation für den Tourismus und auch für das Wohnen.

Zur Attraktivität gehört das Wohlbefinden. Das Stadtbild muß interessant und schön sein, der Aufenthalt bequem, die Ziele in der Stadt müssen leicht erreichbar sein.

Es hat sich viel getan in der Innenstadt. Und wir wollen weiter daran arbeiten, die City vielfältig zu beleben: Der Domshof wird neu gestaltet, der Hauptbahnhof wird einen Nordausgang erhalten. Der Bahnhofsvorplatz wird umgestaltet. Die Stadthalle wird zu einem Tagungs- und Veranstaltungszentrum erweitert. Die Fußgängerzonen werden nochmal erweitert. Schlüsselkorb, Violenstrasse und Domsheide werden fertiggestellt. Wir haben dadurch attraktivere Fußgängerzonen und Plätze bekommen. Wir werden auch dafür sorgen, daß Fußgänger leichter ans Weserufer gelangen können.

Das letzte verfügbare große freie Grundstück in der Innenstadt, die Teerhofinsel, werden wir so nutzen, daß dadurch eine Steigerung der Attraktivität der Innenstadt bewirkt wird.

Die SPD unterstützt deshalb sämtliche Bestrebungen, für den Teerhof eine Nutzungskonzeption zu entwickeln, die neben

Wohnungsbau und gewerblicher Nutzung auch die öffentliche, insbesondere die kulturelle Funktion der Weserinsel gleichrangig berücksichtigt.

Der Teerhof soll im Sinne des Wortes eine Brücke zwischen beiden Teilen der Innenstadt auf dem rechten und dem linken Weserufer sein.

Vor einem endgültigen Beschluß wird allen Interessierten die Möglichkeit gegeben, z.B. durch Anhörungen, ihre Vorstellungen in den Planungsprozeß einzubringen. Dabei werden wir auch sicherstellen, daß bei allen Nutzungsbereichen (Wohnungsbau, gewerbliche und kulturelle Nutzung) die Planung in konzeptioneller, finanzieller und baulicher Hinsicht parallel fertiggestellt wird.

In der Innenstadt werden wir so oberzentrale Dienstleistungen und Kultureinrichtungen vermehren und die touristische Attraktivität steigern. Stadtkultur im umfassenden Sinn zu fördern, heißt, die urbane Qualität zu stärken.

## 1.2 Stadtteilzentren gleichwertig weiterentwickeln

Stadtentwicklungspolitik wird sich aber nicht nur auf die zentralen Bereiche Bremens konzentrieren. Wir wollen den berechtigten Belangen aller Stadtteile in Bremen Rechnung tragen. Die Stadtteile Bremens sind zu lebendigen Nebenzentren zu entwickeln.

Hierzu werden wir gezielte Förderungsprogramme aufstellen und deren Finanzierung absichern.

In unserem Modell der dezentralen Stadtentwicklung wollen wir auch weiterhin die Stadtteile in allen Funktionen stärken, weil sie der Lebensraum des Alltags der Bremer und Bremerinnen sind. Die Stärkung stadtteilbezogener bürgernahe Politik wird fortgesetzt.

Nach den gelungenen Sanierungen in Vegesack und im Oster-torviertel werden wir in enger Zusammenarbeit mit den Beiräten schwerpunktmäßig andere Stadtteile modernisieren.

## 1.3 Wohnen in der Stadt

In Bremen gibt es genügend Wohnungen. Aber es verändern sich die Ansprüche. Es besteht der Wunsch nach mehr Wohnfläche, nach preiswertem Wohneigentum, nach besserer Woh-

nungsausstattung und nach einem attraktiven und gesunden Wohnumfeld.

Die Bürger wollen nicht nur schlicht "wohnen". Sie wollen in ihrem Wohnquartier und in ihrem Stadtteil miteinander umgehen.

Wir werden dazu beitragen, die Trennung von Wohnen, Freizeit, Arbeit und Einkaufen zu verringern. Wir wollen damit dem Bedürfnis nach Kommunikation im Stadtviertel Rechnung tragen. Wir wollen, daß öffentliche stadtteilbezogene Leistungen besser genutzt werden können.

Mit der quantitativ ausreichenden Versorgung mit Wohnraum haben wir in Bremen ein entscheidendes wohnungspolitisches Ziel erreicht. Seit 1948 wurden in Bremen ca. 190 000 Wohnungen gebaut. Das sind etwa 70 Prozent aller heutigen Wohnungen.

Unsere Wohnungspolitik wird daher in der kommenden Legislaturperiode vor allem auf Erhaltung und Verbesserung des Wohnungsbestandes ausgerichtet. Die Modernisierung von Wohnungen wird dabei durch Verbesserung des Wohnumfeldes und Verkehrsberuhigung begleitet und unterstützt.

Mit Hilfe von Bund und Land soll erreicht werden, daß das Wohnumfeld schöner wird. Mietergärten, genutzte Grünflächen zwischen den Wohnblocks und gemeinsame Aktionen der Mieter sind Möglichkeiten für ein kreatives Miteinander.

Unser Ziel ist es auch, die Mitwirkung der Mieter zu stärken, damit die Kontakte der Mieter untereinander, zur Hausverwaltung und zu ihrem Umfeld verstärkt werden. Die Selbsthilfe der Mieter muß sich dabei auch positiv auswirken.

Vor allem die Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse in belasteten älteren Stadtteilen und Wohngebieten - nicht zuletzt aber auch in den Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre - ist unser Ziel.

Die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik soll zugleich einer Abwanderung ins Umland entgegenwirken.

Wir Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden auch weiterhin aktiv für die Sicherung der langfristigen Sozialbindungen öffentlich geförderter Wohnungen eintreten. Wir werden entschieden alle Versuche abwehren, durch Aufweichung des Mieterschutzes, Abschaffung des Vergleichsmietensystems oder Anpassung der Kostenmieten an die sogenann-



ten Marktbedingungen die soziale Absicherung der Mieter auszuhöhlen.

Selbstverständlich bleibt es dabei: wir werden unser bewährtes und funktionierendes System bremischer Leistungen für sozialverträgliche Mieten, wie die Mietobergrenzenregelung, aufrechterhalten.

Wir werden zielstrebig weiterhin versuchen, durch eine Regionalisierung den umfangreichen Mietwohnungsbestand der Neuen Heimat (einschließlich der sog. BGI-Wohnungen) im Lande Bremen dauerhaft in der Sozialbindung zu halten. Wir wollen Sicherheit für die Mieter durch eine Regionalgesellschaft nach dem Vorbild der alten bremischen "Gewoba". Wir brauchen dazu als Voraussetzung die konstruktive Mitarbeit der Gewerkschaften und Banken.

#### 1.4 Stadt und Verkehr

Ziel sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik ist die Erhaltung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt. Die Verkehrspolitik ist dabei ein entscheidender Faktor.

Die miteinander konkurrierenden Verkehrsmittel sollen so beeinflußt werden, daß

- die Umwelt optimal geschont wird,
- die unterschiedlichen Verkehrsmittel wirtschaftlich und mit vertretbarem finanziellen Aufwand genutzt werden,
- die städtebauliche Substanz bewahrt und deren Entwicklung gefördert wird.

Dieses Verkehrssystem muß auch dem aus der oberzentralen Funktion Bremens resultierenden regionalen Verkehr gewachsen sein. Am Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs halten wir fest. Das ist auch ein Beitrag zu konkreter Umweltpolitik.

#### 1.5 Leistungsfähiges Straßennetz

Für ein leistungsfähiges Straßennetz haben in den nächsten Jahren unter Berücksichtigung der Verkehrskonzepte besondere Priorität:

Die Verbesserung der Situation in Hemelingen, vor allem durch den Bau der wohnstraßenfreien Verbindung zwischen Osterholzer/Sebaldsbrücker Heerstraße und dem Autobahnzubringer Hemelingen und die Verkehrsberuhigung des Hemelinger Kernbereichs.

Das gilt gleichrangig für die Entlastung der Wohnbezirke des Bremer Westens durch den Bau der Autobahnneckverbindung A 281, der Hafenrandstraße und durch die Fertigstellung des Nord-West-Knotens sowie durch die Lärmschutzmaßnahmen an der A 27 (Blocklandautobahn) und an der B 75 im Bereich Grolland/Huchting. Ebenfalls werden wir in der nächsten Legislaturperiode den Ausbau der B 74 in Richtung Farge fortsetzen.

#### 1.6 Öffentlicher Personennahverkehr ist Umweltschutz

Im Interesse einer menschlichen Stadt haben Straßenbahn und Busse für uns Vorrang. Sie bedeuten weniger Lärm und mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Die "Bremer Karte" ist ein Erfolg. Die teilweise drastische Reduzierung der Tarife ist eine Antwort auf die verkehrs- und umweltpolitischen Notwendigkeiten.

Um die Attraktivität unserer öffentlichen Verkehrsmittel weiter zu erhöhen, werden zusätzliche Maßnahmen realisiert, die unsere Bahnen und Busse schneller und sicherer fahren lassen - ohne dabei die berechtigten Interessen der anderen Verkehrsteilnehmer zu vernachlässigen.

Zu den weiteren Maßnahmen gehören:

- kurzfristige Beseitigung einzelner Behinderungen für Bahnen und Busse auf einzelnen Streckenabschnitten, wobei weiterer Straßenbau auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt bleibt.
- Beschleunigung der öffentlichen Verkehrsmittel durch eine ÖPNV-abhängige Ansteuerung von Lichtsignalanlagen.
- Berhindertengerechter Ausbau des ÖPNV.
- Ausbau des P&R-Systems.
- Weitere Modernisierung des Fahrzeugparks.

An jedem Arbeitstag hat Bremen-Stadt etwa 90 000 Berufs- und Ausbildungspendler aus dem niedersächsischen Umland

aufzunehmen. Hiervon kommen mehr als 65 Prozent mit dem PKW in die Stadt. Daraus wird überdeutlich, welche Bedeutung die Stärkung des ÖPNV-Anteils auch im Pendlerverkehr hat.

In den nächsten Jahren wollen wir aus der bestehenden Verkehrsgemeinschaft eine neue Verkehrsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (VBN) gründen. Dabei wollen wir auch die Regionalbuslinien in die Kooperation einbeziehen. Damit entsteht ein Verbundsystem aus schienengebundenem Personennahverkehr und Busverkehr. Dadurch realisieren wir ein weiteres Stück konkrete Umweltpolitik. Erforderlich ist die Zustimmung und Mitfinanzierung durch die niedersächsischen Umlandgemeinden und Kreise.

### ÖPNV ist Umweltschutz

Wir werden dafür eintreten, daß zur Sicherung der oberzentralen Funktion Bremens und Bremerhavens und aus Umweltschutzgründen die Anbindung unserer Städte an das bundesweite IC-Netz erhalten bleibt. Die Bundesregierung darf auch insoweit die gemeinwirtschaftliche Aufgabenstellung der Deutschen Bundesbahn nicht in Frage stellen.

### 1.7 Verkehrsberuhigung - Tempo 30 in den Wohngebieten

Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sind ein wichtiger Teil unserer Kommunalpolitik. Wir werden sie in enger Kooperation mit den Betroffenen durchführen.

Wir möchten in allen Wohngebieten erreichen, daß die Autofahrer ihre Geschwindigkeit an die Wohnsituation anpassen. Niedrige Geschwindigkeiten sorgen für einen ruhigeren Verkehrsablauf in den Wohngebieten.

Durch Ausweisung von "Tempo 30" Gebieten erwarten wir mehr Sicherheit vor allem für die Kinder und die älteren Mitbürger sowie weniger Lärmbelästigung für die Bewohner von Wohnquartieren. Nur wenn aus dem Selbstverständnis und Verantwortungsbewußtsein heraus beim Autofahrer das Signal "Tempo 30" sofort auslöst: "Wohngebiet - langsam fahren!", werden unsere Wohnstraßen sicher.

### 1.8 Fahrradgerechte Stadt

Wir wollen das Netz der Fahrradwege weiter ausbauen. Das Fahrrad ist unter ökologischen Gesichtspunkten und aus Kosten- und Gesundheitsgründen eine sinnvolle Alternative zum motorisierten Straßenverkehr. Bremen besitzt ein Radwege-

netz, das im Vergleich mit anderen Großstädten an der Spitze steht. In diesem Radwegenetz werden wir die noch vorhandenen Lücken beseitigen. In Zusammenarbeit mit den Interessenverbänden der Radfahrer werden wir das "Konzept zur Förderung des Fahrradverkehrs in Bremen - Fahrradverkehrsplan" weiterentwickeln.

## 2. Umweltschutz und ökologische Stadtentwicklung

Umweltschutz und Stadtökologie sind Kernfragen der Zukunft unserer Städte. Wir Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen stehen für eine vorsorgende Umweltpolitik in Bremen und Bremerhaven, für die Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden, für die Erhaltung und Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt.

Unser Ziel heißt, Bremen und Bremerhaven beispielhaft für Möglichkeiten ökologischer Stadtentwicklung werden zu lassen. Wir wollen Orientierungen für künftige städtische Lebensformen unter ökologisch erneuerten Bedingungen entwickeln.

### 2.1 Umweltschutz in der Verfassung

Wir haben Ende 1986 den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, den Schutz der Umwelt und den Ausgleich von Schäden als Staatsziel in der Bremer Landesverfassung verankert.

Umweltschutz ist, so wie wir ihn verstehen, mehr als nur Reparatur. Die Sicherung unserer bedrohten Lebensgrundlagen verlangt einen ökologischen Wandel der Politik und Gesellschaft. Sie verlangt Umorientierung und Umorganisation weiterer Lebensbereiche.

Die bisherige Praxis der Industriegesellschaft, Natur, Rohstoffe und Energie verschwenden zu müssen, um arbeiten zu dürfen, führt auf Dauer in den Abgrund. Es gibt zu dieser "Sackgassenpolitik" sinnvolle Alternativen. Diese erfordern Mut und Phantasie. Sie erfordern die Mitarbeit aller Bürgerinnen und Bürger und sie verlangen auch Opferbereitschaft. Umweltschutz gibt es nicht zum "Nulltarif". Doch wir sind den künftigen Generationen auch unbequeme und schwierige Entscheidungen schuldig.

Die wichtigste Aufgabe in den nächsten Jahren wird es sein, über den Ausbau und den konsequenten Vollzug der Umweltgesetze hinaus, die Umweltvorsorge und die Umweltplanung zu verstärken. Ökologische Stadtpolitik heißt: Energiepolitik,

Verkehrspolitik, Stadtplanung und Wohnungsbau, aber auch die Wirtschaftspolitik müssen sich künftig an ihrer Umweltverträglichkeit messen lassen.

Vor allem in einem Zwei-Städte-Staat wie Bremen sind die Anforderungen an Natur und Umwelt besonders hoch. Dies verlangt zum Schutz des Naturhaushaltes besondere Anstrengungen und eine intensive ökologische Planung und Stadtentwicklung.

## 2.2 Natur schützen und Landschaft entwickeln

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen, daß Stadtentwicklung und Schutz der Natur keine Gegensätze bleiben.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden durch kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen dafür sorgen,

- daß notwendige Planungen nur nach Erfassung, Bewertung und Berücksichtigung der ökologischen Gegebenheiten durchgeführt werden; unsere Zielsetzung dabei ist: den Landschaftsverbrauch zu verringern,
- daß trotz einer dem Bedarf an zukunftssicheren Arbeitsplätzen entsprechenden Gewerbeflächenentwicklung die Tier- und Pflanzenwelt durch Ausgleichsmaßnahmen geschützt wird,
- daß für unumgängliche Veränderungen des Naturhaushaltes ein Ausgleich geschaffen wird, indem zusätzliche Flächen vorrangig für den Biotop- und Artenschutz ausgewiesen, gestaltet und langfristig gesichert werden,
- daß das Landschaftsprogramm mit der Kartierung aller Grün- und Freiflächen sowie einer Stadtbiotopkarte beschlossen wird,
- daß die Niederungsgebiete und weitere Naturschutzgebiete ausgewiesen werden, wie z.B. an der Wümme, Eispohl in Blumenthal und im Rahmen der weiteren Arbeit auch die Wattflächen vor Weddewarden, ebenso die Außendeichsflächen an der Lesum und die "UNI-Wildnis",
- daß in den Feucht- und Naturschutzgebieten stets die erforderliche Wasserhaltung zur Gewährleistung des ökologischen Gleichgewichts gegeben ist,

- daß Landschaftspläne für die bedrohten Bereiche erarbeitet werden,
- daß weitere Schäden an den Wald- und Gehölzbeständen durch immissionsmindernde Maßnahmen möglichst verhindert und neue Waldflächen geschaffen werden,
- daß die Flußufer und die Außendeichsbereiche besonders der Weser, Ochtum, Lesum und Geeste wieder naturnäher gestaltet werden und standortgemäßes Auengebüsch und -wald wieder entstehen kann, die diese Flüsse wieder regenerations- und selbstreinigungsfähiger machen,
- daß Nutzungsmodelle für eine naturschutzorientierte Landbewirtschaftung entwickelt und durchgeführt werden, um die Lebensräume der bedrohten Arten und Gemeinschaften zu sichern (Entwicklung eines systematischen Konzeptes zur Renaturierung der Wasserläufe).
- daß ein Konzept zum Flächenrecycling erarbeitet wird,
- daß im Hollerland keine weiteren Flächen für Wohnen und Gewerbe zugelassen werden.

Die beabsichtigte Umwidmung zur Erhaltung des Niedervieland III im jetzigen Zustand zählt für uns zu den Konsequenzen aus ökologischen Lernprozessen.

Trotz seiner geringen Größe kommen dem Bundesland Bremen grundlegende Aufgaben beim Natur- und Umweltschutz zu. Die natürliche Lage am Unterlauf der Weser und an den Nebenflüssen mit ihren Niederungen stellt uns vor wichtige Aufgaben bei der Erhaltung entwicklungsfähiger Lebensräume. Gleiches gilt für den Mündungsbereich der Weser mit der Verbindung zum Wattenmeer Bremerhaven.

Auch wenn die grundlegenden Probleme der Landwirtschaft nicht von Bremen aus gelöst werden können, so will die Bremer SPD ihren Beitrag zur Vereinbarung von Naturschutz und Landwirtschaft leisten.

Wir wollen gerade in Bremen und Bremerhaven beweisen, daß die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der landschaftlichen Qualitäten langfristig Chancen und nicht Hemmnisse für städtische Entwicklungen sind.

### 2.3 Sauberes Wasser

Die Verringerung der Abwasserbelastung und die Sicherung der Gewässergüte besitzen für sozialdemokratische Umweltpolitik erste Priorität. Mit dem Bau und Betrieb der biologischen Klärstufe in Seehausen, der Inbetriebnahme der zentralen Kläranlage Bremerhaven und der Ausweisung des Wasserschutzgebietes Blumenthal wurden entscheidende Schritte getan. Weitergehende Verbesserungen folgen, insbesondere bei der Kläranlage Seehausen.

Vordringliche Maßnahme ist die Realisierung des Programms "Mischwasser 90" zur Verminderung der Gewässerbelastung. An diese erste Stufe werden sich weitere Kanalbaumaßnahmen in Bremen und Bremerhaven anschließen, um die Weser und insbesondere die kleineren Oberflächengewässer schrittweise vollständig zu entlasten.

Die Meß- und Überwachungsprogramme für die Gewässergüte werden weiter ausgebaut. Das besonders schutzwürdige Grundwasser steht im Vordergrund.

Die Weser als Lebensader Bremens muß von ihrem hohen Salzgehalt befreit werden. Das Land Bremen hat die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen des Bundes mit der DDR geschaffen. Unser Ziel ist es, wieder einen gesunden Fluß zu erhalten.

### 2.4 Reinhaltung der Luft

Aufgrund seiner Industriestruktur hat Bremen eine relativ geringe Grundbelastung an Schwefeldioxid. Durch die bereits vollzogenen bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Rauchgasentschwefelung bei den Kraftwerken verringert sich die Emission von Schwefeldioxyd drastisch. Weitere Schritte zur Schadstoffreduzierung, insbesondere der Stickoxide, müssen folgen.

Ein großer Produzent von Stickstoffdioxiden ist auch der Straßenverkehr. Wir werden daher weiter verkehrsentlastende Maßnahmen ergreifen sowie den öffentlichen Personennahverkehr und den Fahrradverkehr fördern. Dies ist gleichzeitig ein bedeutender Beitrag zum Lärmschutz. Daneben setzen wir uns dafür ein, daß endlich strengere Abgasnormen für Kraftfahrzeuge eingeführt werden.

Auch das umweltgerechte Energieversorgungskonzept, das wir entwickeln werden, wird entscheidend zur Reduzierung der Schadstoffe an ihrer Quelle beitragen.

## 2.5 Lärmschutz

Aus stadtökologischer Sicht muß der negativen gesundheitlichen Beeinflussung der Bevölkerung durch Lärm verstärkt begegnet werden. Wir werden uns im Rahmen unserer Städteplanung für die aktive Reduzierung des Lärms, aber auch für den passiven Lärmschutz, einsetzen.

(Sanierung durch Möglichkeiten neuer Verkehrsführungen, Gebäudeisolierungen, lärmindernde Straßenbeläge).

Zum Schutze der Bevölkerung vor Fluglärm wird auf strikte Einhaltung und Kontrolle der Flughöhen und Einflugschneisen, besonders für Schulflugzeuge und für Hubschrauber der BW, gedrungen. Ggf. sind bestehende Vorschriften so zu ändern, daß die Bevölkerung nicht stärker als unbedingt notwendig belästigt wird.

## 2.6 Entlastung des Bodens

Dem Bodenschutz wurde bundesweit bisher zu wenig Beachtung geschenkt. Bestes Beispiel dafür sind die "Altlasten", die durch unkontrollierte Deponierung von Abfällen und frühere Produktionsstandorte entstanden sind. Für die Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen besitzt die Erfassung, Überwachung und Sanierung dieser Schadstoffquellen zum Schutz des Grundwassers und zur Wiedernutzung von Flächen besondere Bedeutung.

Wir werden ein Bodenschutzprogramm erstellen. Gleichzeitig werden wir das Bremer Bodenkataster vervollständigen und verfeinern und die Schadstoffgehalte flächendeckend ermitteln.

Die Bemühungen, unnötig bebauten und verfestigten Boden zu entsiegeln, um wertvolles Regenwasser zu nutzen und Straßenbäume zu schützen, werden vorangetrieben.

Wir wollen ein Konzept entwickeln, wie für das Land Bremen in Zusammenarbeit mit der Universität Bremen ein Baustoff-Recycling-Center zur Aufbereitung und Wiederverwendung von Bauschutt, Straßenbaumaterialien und ähnliche Abfälle errichtet werden kann.

## 2.7 Grünes Bremen - Freizeit und Erholung

Bremen ist eine Stadt im Grünen - mit seinen Parks, seinen Kleingärten, seinen Sportanlagen, Badeseen, Grünzügen. Diese Tradition, die wir Bremer gepflegt haben, prägt heute



das Stadtbild. Grünflächen und Landschaftsräume bestimmen ganz wesentlich den Reiz dieser Stadt, geben ihr den hohen Freizeit- und Erholungswert, der inzwischen sogar schon ein Standortfaktor geworden ist.

Auch bei der Pflege öffentlichen Grüns steht der ökologische Aspekt im Vordergrund.

In Bremen sind die Kleingärten Teil des öffentlichen Grüns. Sie werden als Freiräume vielfacher Aktivität und Erholung vor allem von jenen geschätzt, die kein Haus mit eigenem Garten haben. Rund 24 000 Familien haben in Bremen einen Kleingarten, den sie nutzen und pflegen. Die Neuanlagen von Kleingärten im Bremer Osten sowie die kontinuierliche Sanierung von Gartenanlagen stehen in den nächsten Jahren im Vordergrund unserer Arbeit.

Diese besondere Lebensqualität Bremens muß erhalten und entwickelt werden und bleibt Bestandteil unserer Stadtentwicklungspolitik. Wir werden unser Augenmerk verstärkt auf die Begrünung der Wohnbereiche und Verbesserungen im Wohnumfeld legen. Die Bemühungen um den Erhalt des Baumbestandes und um neue Anpflanzungen werden gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern fortgesetzt. Mit dem Neubau des Werdersees entsteht in unmittelbarer Nähe zur Stadt ein ungewöhnlich attraktiver Bereich für Grün, Freizeit, Erholung und Sport.

## 2.8 Wir wollen mündige Umweltbürgerinnen und Umweltbürger

Das Umweltbewußtsein in Bremen wie auch in Bremerhaven ist überdurchschnittlich hoch. Diese günstige Ausgangslage wollen wir durch gezielte Maßnahmen weiter nutzen.

Dazu gehört

- eine verstärkte Aufklärungsarbeit durch die senatorischen Dienststellen
- eine gezielte Unterstützung von Umwelt- und Verbraucherverbänden
- die Konzeption der Umweltberatung, wie sie im Aktionsprogramm "Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt" vorgesehen ist.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Arbeit der Ökologiestation in Bremen-Nord, die bereits 1980 als erste derartige Einrichtung in Deutschland gegründet wurde und eine

Ausstrahlung weit über Bremen hinaus hat. Der bisherige Erfolg der Station zeigt, daß sich ein durchgehendes Umwelterziehungskonzept von der Schulklasse bis zur Erwachsenenbildung realisieren läßt.

In ähnlicher Weise ist der Recycling-Hof Findorff eine wichtige Einrichtung für Aufklärung und Umwelterziehung.

## 2.9 Abfallwirtschaft statt Abfallbeseitigung

Die öffentlichen Entsorgungsdienste können wirksame Beiträge zum Umweltschutz leisten. Wir wollen Abfall vermeiden, Schadstoffe reduzieren und Wertstoffe wiedergewinnen.

Abfall ist Rohstoff am falschen Platz. Auch in diesem Bereich setzt sozialdemokratische Umweltpolitik an der Quelle an.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Bremen werden den bereits beschrittenen Weg von der Abfallbeseitigung durch ausschließliche Verbrennung hin zur Abfallwirtschaft konsequent fortsetzen.

Abfallvermeidung, Abfallverminderung und Wiederverwertung, Schadstoffreduzierung sowie emissionsarme und umweltschonende Beseitigung der restlichen Abfälle sind dabei die Hauptaufgabenfelder des kurzfristig vorzulegenden Abfallwirtschaftskonzeptes.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen mit diesem Abfallwirtschaftskonzept einen Stufenplan vorlegen um folgende Ziele zu verwirklichen:

- Eine flexible, flächendeckende, getrennte Sammlung aller Wertstoffe. Es soll noch 1988 mit der Umsetzung dieses Programms in den Großwohnanlagen sowie mit der Getrenntsammlung des organischen Hausmülls in einer großen Zahl von Haushalten begonnen werden. Die generelle Ausgabe des 120-Liter-Eimers kann dann einstellt werden.
- Die Intensivierung des Einsammelns der Giftstoffe aus Haushalten.
- Bis 1990 Aufbau einer kommunalen Verwertungsgesellschaft, die mit den privaten Verwertungsfirmen in Bremen kooperiert.

- Bis 1992 Recycling-Höfe für alle Stadtteile nach dem Modell Findorff unter Einbeziehung der Betriebshöfe.
- Bis 1992 Schaffung der technischen Voraussetzungen für die dezentrale Aufbereitung der Wertstoffe (vorzugsweise bei den Recycling-Höfen, z.B. Kompostieranlagen, Flaschenreinigungsanlagen).
- Vorlage eines Konzeptes zur Initiierung und Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Universität Bremen.
- Schließung der Müllverbrennungsanlage (MVA) Bremen zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber 1995, der nicht wiederzuverwertende Restmüll soll in der auf den neuesten technischen Stand gebrachten Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven verbrannt werden.
- Ausrüstung der MVA für die Übergangszeit mit einer Rauchgaswäsche; Anpassung der MVA Zug und Zug an die verminderten Mengen des nicht wiederverwertbaren Restmülls.
- Vorlage eines differenzierten Maßnahmenkataloges für die Probleme, die sich aus dem Sonder- und Giftmüll ergeben, und die nicht allein in Bremen gelöst werden können, in Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Ländern. Ziel ist die ökologisch verantwortbare Beseitigung.
- Fortsetzung unserer Bemühungen zur Abfallvermeidung sowohl durch Initiativen für bundesgesetzliche Maßnahmen (z.B. Recycling- Steuer, Einwegverpackungen, Verbundmaterialien) als auch durch Handeln in Unternehmen der öffentlichen Hand in Bremen.

Die Realisierung einer solchen radikal verändernden, ökologisch notwendigen Abfallwirtschaftspolitik ist eine gewaltige Aufgabe.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen sie anpacken und die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen schaffen. Wir können diese Aufgabe aber nur erfolgreich bewältigen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger Bremens aktiv daran beteiligen.

## 2.10 Umweltfreundliche Energie ist möglich

Nicht erst seit Tschernobyl treten wir für den Ausstieg aus der Atomenergie durch schrittweises Stilllegen der Kernkraftwerke ein.

Nach Tschernobyl haben wir verstärkt Initiativen ergriffen, um für Bremen und Bremerhaven ein zukunftsorientiertes, ökologisches und ökonomisches Vorstellungen entsprechendes Energieversorgungskonzept zu erstellen.

Bremen hat den weiteren zusätzlichen Bezug von Atomstrom abgelehnt und dem Bau eines Kohlekraftwerks mit 130 MW elektrischer Leistung und 130 MW auskoppelbarer Fernwärmeleistung durch die Stadtwerke zugestimmt. Diese Lösung sichert die absehbare Stromnachfrage bis zum Ende der 90er Jahre. Anders als beim Fremdbezug von Strom können außerdem weite Teile des Bremer Ostens wirtschaftlich mit Fernwärme versorgt werden. Später soll ein solches Konzept auch für den Bremer Westen realisiert werden.

Zugleich wurde ein Energiebeirat aus namhaften Wissenschaftlern, Energieexperten und Vertretern von Wirtschaft und Gewerkschaften eingesetzt. Er soll ein langfristiges Energieversorgungskonzept für Bremen und Bremerhaven erarbeiten. Dabei sollen für die Region Bremen die Möglichkeiten der intelligenten Energienutzung und die Möglichkeiten der Deckung des künftigen Energiebedarfs durch energie-technische Optimierung einschließlich regenerativer Energiequellen untersucht werden.

Ein besonderes Schwergewicht der Arbeit des Bremer Energiebeirats wird auf dem Sektor "Energieeinsparung" und "rationelle Energienutzung" liegen. Dies ist unbestritten die größte Energiequelle. Seit den beiden Ölpreisschocks von 1973 und 1979 ist allgemein die Einsicht gewachsen, daß der sparsame Umgang mit Energie nicht notwendigerweise Wohlstandseinbußen mit sich bringt, daß aber ein ungehemmtes Anwachsen des Energieverbrauchs zu vielfältigen Schäden führt, die auf lange Sicht - wenn nicht gar auf Dauer - irreparabel sind. Energiesparen wird von uns als öffentliche Aufgabe verstanden.

Die Arbeit des kürzlich vom Senat eingerichteten Bremer Energiebeirates werden wir besonders fördern. Seine Empfehlungen werden wir vor künftigen energiepolitischen Entscheidungen in Bremen und Bremerhaven einholen und besonders berücksichtigen. In Verbindung zur Universität werden wir die Aufgaben des Energiebeirates auch durch Forschungsprogramme langfristig ausbauen.

Die bereits begonnene Weiterentwicklung der Stadtwerke Bremen zu einem modernen Energie-Dienstleistungsunternehmen wird verstärkt.

Mit einer umweltschonenden Verringerung unseres Energieverbrauchs werden gleichzeitig positive Effekte für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt unserer Region erzielt.

Es gilt, die energiepolitischen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. Das Energieversorgungskonzept muß die Abkopplung vom Atomstrom bewirken und eine umweltschonende Energieversorgung sichern. Die Einsparung von Energie, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und die Nutzung sanfter Energieformen sind Schwerpunkte.

Den Bremer Westen werden wir durch Auskoppelung von Wärme im Kraftwerk Hafen und durch Wärmeinseln aus Blockheizkraftwerken mit Fernwärme versorgen. Die Wärmeinseln werden später (in 10 - 20 Jahren) an Ringleitungen größerer Kraftwerke angeschlossen.

Wir bleiben dabei: eine umweltschonende Energieversorgung ohne Kernkraft ist notwendig und möglich.

## 2.11 Arbeit und Umwelt

Wir bleiben auch dabei: Arbeit und Umwelt dürfen keine Gegensätze sein.

Das "Aktionsprogramm Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt" zeigt einen Weg auf, wie Ökonomie und Ökologie in einem Zweistädtestaat auch unter beschäftigungswirksamen Gesichtspunkten als Einheit konzipiert werden können. Einen ökologischen Schwerpunkt in der Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik setzen heißt für uns:

- Anreize zu geben, damit sich Unternehmen im Lande Bremen mehr als bisher mit Umwelttechnologie beschäftigen können, um so besser ihre Chancen auf diesem wichtigen wirtschaftlichen Wachstumsmarkt wahrnehmen und zugleich zur Lösung bremischer Umweltprobleme beitragen zu können;
- Stärkung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten für umwelttechnologische Innovationen;
- Ausweitung bereits begonnener Aktivitäten zur Luftreinhaltung, zur Abwasserreinigung, zur Energieersparnis und zur Wohnumfeldverbesserung.

Wer die Überwindung der scheinbaren Gegensätze zwischen Ökonomie und Ökologie will, der muß die ökologische Aufwertung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen so organisieren, daß sie langfristiger und damit dauerhafter Bestandteil des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels wird. Eine erfolgreiche ökologische Orientierung der Wirtschaft setzt daher voraus, daß öffentliche Hilfen überwiegend dort gewährt werden, wo mittel- und langfristige Struktureffekte zu erwarten sind.

### 3. Kulturelles Leben in der Stadt

Unsere Bemühungen sind darauf ausgerichtet, unsere Stadt gleichermaßen wirtschaftlich, ökologisch und sozial wie auch als Stätte der Bildung, der Wissenschaft und der Kunst zu stärken und mit neuen Perspektiven weiterzuentwickeln.

Gerade in unserer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher, technischer und kultureller Umbrüche bieten kulturelle Betätigung und die mit ihr verbundene Schärfung der Sinne große Chancen, Phantasie und Kreativität für die Gestaltung des täglichen Lebens in allen Schichten unserer Bevölkerung zu entfalten. Das gilt sowohl in der Arbeitswelt als auch für den Freizeitbereich.

Kultur weckt die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen, schafft soziale Einfühlsamkeit, befähigt zu selbstbestimmtem Handeln. Sie hilft den Menschen, Gegengewichte gegen Vereinzelung, Passivität und kritiklosen Konsum zu entwickeln. Das ist wichtig, wenn die Freizeit weiter zunimmt. Es ist doppelt wichtig, wenn "Freizeit" durch Arbeitslosigkeit erzwungen wird. Kunst und Kultur müssen immer mehr Menschen zugänglich sein.

Die Arbeiterbewegung hat eine bedeutende, eigenständige Kultur hervorgebracht. An diese Traditionen müssen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen anknüpfen. Wir wollen zusammen mit den Gewerkschaften dazu beitragen, daß die Arbeitnehmer verstärkt an den kulturellen Angeboten der Stadt teilhaben. Kulturelle Aktivitäten von Arbeitnehmergruppen in Betrieben, in Geschichtswerkstätten oder bei gewerkschaftlichen Festen und Demonstrationen müssen - wo es nur geht - unterstützt werden.

#### 3.1 Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik

Ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Kulturpolitik ist es, die Menschen durch den Umgang und die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu befähigen, Selbstbestimmung

gegen Fremdbestimmung, Aktivität gegen Konsum zu setzen. In diesen selbstbestimmten Lebensprozessen sehen wir auch ein wichtiges Fundament für eine neue politische Kultur, mit der der zunehmenden Ausgrenzung gesellschaftlicher Minderheiten entgegengewirkt wird und ein Klima entsteht, in dem Toleranz, soziale Verantwortung und Lebensmut gedeihen können.

Das bestehende dichte und breitgefächerte kulturelle Angebot in Bremen ist für diese Entwicklung eine gute Voraussetzung.

### 3.2 Volksbildung notwendiger denn je

Der Umgang mit Kunst und Kultur im täglichen Leben setzt die Beherrschung der kulturellen Techniken und sinnvolle Nutzung der Medien voraus. Bremen hat sich seit jeher um eine breite kulturelle Volksbildung bemüht.

Auch unter den jetzigen schwierigen Finanzierungsbedingungen werden wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen diese Tradition fortführen. Wir werden die bürgernahe, dezentrale Versorgung durch Volkshochschule, die Jugend- und Volksmusikschule und die Stadtbibliothek sicherstellen. Hierbei ist eine Zusammenfassung der zentralen Dienste der Stadtbibliothek erforderlich.

Zur Verstärkung dieser kulturellen Dienste ist eine enge Zusammenarbeit der Volksbildungseinrichtungen mit den allgemeinbildenden Schulen und den Hochschulen sinnvoll und notwendig.

### 3.3 Offene Kulturarbeit im Dienste nachbarschaftlicher Solidarität

Politische Kultur soll sich gerade auch in den Quartieren entwickeln, wo die gesellschaftlichen Widersprüche, die Orientierungslosigkeit zumeist jüngerer Bewohner und die Massenarbeitslosigkeit am deutlichsten zu spüren sind. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden am Aufbau und der Verdichtung kultureller Netze in unseren Stadtteilen mitwirken. Wir wollen so dazu beitragen, daß Nachbarn in ihrem Umfeld ein menschenwürdigeres, solidarisches Leben führen und dort ihre Interessen auch artikulieren können - auch wenn es sich dabei um Minderheitenmeinungen handelt.

### 3.4 Bremens Kulturprofil weiterentwickeln

Laienkultur, Breitenkultur und Volksbildung könnten auf Dauer in einer Stadt nicht bestehen, wenn nicht hochkulturelle Einrichtungen die künstlerischen Maßstäbe immer aufs Neue setzten.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden daher den Fortbestand der großen Museen, insbesondere des Überseemuseums, der Theater und des Orchesters sichern. Wir wollen sie auch durch kulturpädagogische Hilfen für einen noch breiteren Personenkreis zugänglich machen. Ein Museum für zeitgenössische Kunst in der Weserburg soll das qualifizierte Angebot in der Stadt ergänzen. Eine Verlagerung des Focke-Museums in die Innenstadt wäre als Angebot an die bremische Bevölkerung und als touristische Attraktivität im Rahmen des neuen Innenstadtkonzeptes wichtig.

Kunst und Kultur sind ohne eine Förderung der Künstler nicht denkbar. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Probleme haben Künstler große Existenzprobleme. Wir werden daher auch weiterhin ihre Arbeit unterstützen. Bewährte Programme, wie Kunst im öffentlichen Raum, die freien Theatergruppen, sowie die Populärmusikszene in Bremen müssen weiter gefördert werden.

Die Verbindung von hochkulturellen, künstlerischen, breiten- und laienkulturellen Engagements macht letztlich das originäre Kulturprofil Bremens aus. Es korrespondiert mit einer historisch gewachsenen Stadtlandschaft, die durch denkmalpflegerische und architektonische Leistungen sowie durch Wandmalereien ganz individuell geprägt ist. In dieser Besonderheit wirkt Bremen anziehend auf die Bürger der Stadt, Besucher und Ansiedlungswillige, und weist Bremen als bedeutendes Oberzentrum in der nordwestdeutschen Region aus.

Zur Stärkung dieser kulturellen Vielfalt wollen wir einen "Kulturfonds Bremen" einrichten. Dieser Kulturfonds kann - aus Mitteln der Wirtschaftsförderung - nur mit einer Grundeinlage versehen werden. Er muß durch privates Engagement und durch Mäzenatentum ergänzt werden.

### 3.5 Bürgerhäuser

Die Struktur Bremer Bürgerhäuser ist in Krisenzeiten stärker gefordert, aber auch stärker gefährdet. Die personelle Struktur der Bürgerhäuser beruht sehr stark auf ehrenamtli-



cher oder nebenamtlicher Tätigkeit. Bürgernähe und Bürgerengagement werden hier vorbildhaft praktiziert.

Im einzelnen wollen wir folgende Ziele verwirklichen:

- Der Bestand und die inhaltliche Arbeit aller Bremer Bürgerhäuser werden finanziell gesichert. Privatisierung lehnen wir ab. Kommerzialisierungstendenzen sind einzuschränken.
- Zusätzliche Aufgabenbereiche können den Bürgerhäusern nur übertragen werden, wenn ihnen gleichzeitig zusätzliche Ressourcen zufließen. Voraussetzung bleibt dabei, daß ihr Charakter als Bürgerhäuser gewahrt bleibt.
- Wir wollen die Weiterbildung der ehren-, neben- und hauptamtlichen Mitarbeiter ermöglichen und besonders fördern.
- Zur Vermittlung von kulturellen Impulsen soll eine projektbezogene Kooperation von zentralen Kultureinrichtungen und den Bremer Bürgerhäusern besonders gefördert werden.
- Wir werden Grundsätze zur Förderung ehrenamtlicher Arbeit in Bürgerhäusern aufstellen. Damit wollen wir selbstorganisierte und selbstbestimmte Freizeitkultur im Wohnumfeld und Stadtteil unterstützen.

### 3.6 Medien

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sehen in der Meinungsfreiheit eine der wichtigsten Grundlagen unserer Demokratie. Deshalb kämpfen wir für die Meinungsvielfalt der Presse und für die öffentlich-rechtliche Struktur unseres Rundfunksystems. Pressekonzentration und die zunehmende Kommerzialisierung der elektronischen Medien durch private Großkonzerne stellen eine Bedrohung für das Grundrecht der Meinungsfreiheit dar. Nur eine journalistische Tätigkeit, die unabhängig von wirtschaftlicher Macht, politischem Einfluß und mächtigen Interessengruppen ist, ermöglicht die Freiheit der Meinung in Presse, Funk und Fernsehen.

Radio Bremen hat als selbständiger Sender für unser Bundesland eine wichtige Aufgabe. Mit dem Medienstaatsvertrag ist es uns gelungen, diesen Sender als öffentlich-rechtliche Einrichtungen unabhängig und selbständig zu erhalten. In diesem Medienstaatsvertrag mußte jedoch auch die Realität

der privaten Rundfunksendungen anerkannt werden. Es wurde ein ordnungspolitischer Rahmen für private Veranstalter festgelegt, nach dem auch in Bremen private Sendungen zu empfangen sind.

Wir werden ein neues Landesmediengesetz schaffen, in dem es beim Vorrang der öffentlich-rechtlichen Struktur bei Hörfunk und Fernsehen in Bremen bleibt.

Neben den zentral organisierten elektronischen Medien muß der regionalen Filmkultur und einzelnen Medieninitiativen gleichsam als "Gegengewicht von unten" eine besondere Aufmerksamkeit und Förderung zukommen. Die Förderung des Kommunalkinos bietet einen guten Anknüpfungspunkt für eine lebendige Kinokultur.

#### 4. Freundschaften zwischen Städten

Weltoffenheit und internationale Kontakte gehören zum Profil von Hafen- und Handelsstädten wie Bremen und Bremerhaven. Sie prägen Leben und Geist unserer Stadt.

Auf dem Weg der Verständigung, den Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nach dem zweiten Weltkrieg zielstrebig beschritten haben, konnten wir inzwischen vielfältige Beziehungen Bremens zu zahlreichen Städten dieser Welt entwickeln.

Enge Kontakte zu Städten in Großbritannien und Frankreich waren der Anfang. Für unseren Beitrag zur Versöhnung mit Israel stehen nicht zuletzt die festen, freundschaftlichen Beziehungen, die zu Haifa aufgebaut werden konnten.

Bremen hat als erste Stadt der Bundesrepublik mit einer Stadt in der Volksrepublik Polen einen Kooperationsvertrag geschlossen. Durch die Rahmenvereinbarung mit Gdansk wurde ein politisches Zeichen gesetzt, dem inzwischen viele Städte in der Bundesrepublik gefolgt sind.

Die im Jahr 1985 abgeschlossenen Rahmenvereinbarungen mit Riga war ein weiterer Schritt zur Förderung der Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR.

Als eines der ersten Bundesländer hat Bremen auch die Chance einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China ergriffen. Die Rahmenvereinbarung mit der Hafenstadt Dalian hat zu einem regen Austausch geführt.

Wir möchten nun auch zu einer Stadt in der DDR engere Beziehungen knüpfen.

##### 5. Entwicklungszusammenarbeit und Solidarität mit Städten in der sogenannten Dritten Welt

Eine "Eine-Welt-Politik" verlangt von uns, daß wir den Prozeß der Befreiung von Not und Unterdrückung fördern und unterstützen. Deshalb werden wir die bisherigen Bemühungen in der Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen und ausbauen. Bremen kann durch seine Beispiele ein Vorbild für eine neue Konzeption der Nord-Süd-Arbeit werden.

Die bisherigen Ansätze der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik sind oft ausbeuterisch und müssen überwunden werden. Der Frieden und die Schöpfung können nur bewahrt werden, wenn wir die Menschen in der Dritten Welt als Partner behandeln und ihnen helfen, die für eine langfristige Zusammenarbeit erforderlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Es gehört noch immer zu den klassischen Methoden, die Armen d o r t gegen die Armen hier auszuspielen. Das wird die SPD nicht zulassen.

Deshalb werden wir in Bremen und von Bremen aus folgende Formen der Entwicklungszusammenarbeit fördern und unterstützen:

- Fortführung und Unterstützung der Projektarbeit in Nicaragua, in der West-Sahara, in Indien und Gambia,
- Fortsetzung der "Städtesolidarität mit Pune (Indien)", Unterstützung der "Städtesolidarität Bremen - Corinto,"
- Solidarisierung mit den Völkern, die gegen Apartheid, Unterdrückung und ausländische Interventionen kämpfen,
- Einflußnahme auf die nationale Entwicklungspolitik der Bundesregierung mit dem Ziel, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu entwickeln und die ausbeuterische Entwicklungspolitik zu beenden,
- Unterstützung der Solidaritätsgruppen in Bremen und Anerkennung ihrer Bildungs- und Informationsarbeit,
- Ausbau der politischen und materiellen Unterstützung des ANC in Südafrika, der SWAPO in Namibia, der Kontakte zu Nicaragua und den Sahauris in der West-Sahara,

- Umsetzung der Bundesparteitagebeschlüsse auf kommunaler Ebene, soweit das von den Entscheidungskompetenzen her möglich ist.

#### 6. Friedenspolitik auf Landesebene

Friedenspolitik ist nicht nur Außenpolitik. Sie darf sich deshalb nicht in Stellungnahmen zu den Verhandlungen zwischen den Großmächten und dem Handeln der Bundesregierung erschöpfen. Sie muß bei dem Bewußtsein jedes Einzelnen ansetzen und alle Möglichkeiten nutzen, die im Rahmen der föderaktiven Struktur der Bundesrepublik für die Städte Bremerhaven und Bremen und für das Bundesland Bremen gegeben sind. Dazu gehören u.a.:

- die Förderung des Jugend- und Sportaustausches mit der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten, auch auf örtlicher Ebene,
- den Aufbau von Partnerschaften mit Städten der DDR und Osteuropas,
- die Verstärkung des Kulturaustausches,
- die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter,
- den Ausbau der Friedenserziehung in den bremischen Schulen,
- die Förderung allern Institutionen, die sich für Abrüstung und Frieden einsetzen und die Zusammenarbeit mit ihnen.

### III. Politik für die Bürgerinnen und Bürger

#### Mehr Demokratie, Bürgerbeteiligung, Mitwirkung

##### 1. Selbstverwirklichung des Einzelnen in einer solidarischen Gesellschaft

Politik für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, immer zugleich Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten. Unsere gemeinsame Politik soll die Voraussetzungen für die Selbstverwirklichung der Menschen in unseren Städten schaffen. Wenn Selbstverwirklichung aber nicht nur die Selbstverwirklichung von Privilegierten sein soll, dann kann sie nur in einer solidarischen Gesellschaft gefördert werden.

Grundvoraussetzungen der Selbstverwirklichung von Menschen sind die Freiheit von Not und Armut, die Realisierung des Rechts auf Arbeit, die soziale Chancengleichheit und die nicht nur rechtliche, sondern tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann.

Mit Sorge betrachten wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen den von der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung systematisch betriebenen Prozeß der Spaltung der Gesellschaft. Er ist verknüpft mit einer zunehmenden Privatisierung und Individualisierung in der Bevölkerung. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden die Entwicklung zu einer Ellenbogengesellschaft politisch und gesellschaftlich bekämpfen. Unser Ziel ist die solidarische Gesellschaft.

Gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten müssen alle Bürgerinnen und Bürger das Recht und die Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben haben. Deswegen werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, schulische, berufliche und andere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, bis hin zur aktiven Teilnahme am kulturellen Leben, zu ermöglichen. Nur so können wir das gemeinsame Verständnis und die Verantwortung aller für unsere Stadt sichern und ausbauen. Für uns gelten weiterhin die Ziele der Arbeiterbewegung. Sie gilt es neu zu beleben, fortzuführen. Geborgenheit und Solidarität unter den Bürgern Bremens sind die wichtigsten Voraussetzungen für wirtschaftliche Erneuerung und Friedenssicherung.

## 2. Bildung für morgen

In einer Zeit, in der starke Tendenzen der Ausgrenzung in unserer Gesellschaft deutlich werden, muß sozialdemokratische Bildungspolitik entschiedene Antworten dafür formulieren, wie dieser gesellschaftlichen Herausforderung begegnet werden soll. Das Recht auf eine umfassende Bildung muß gerade auch für die Benachteiligten verwirklicht werden.

Darüberhinaus muß Bremen angesichts seiner wirtschaftlichen Lage ein hohes Bildungsniveau seiner Bevölkerung anstreben. Bildung wird ein wichtiger Standortfaktor für das Land Bremen sein.

Auch in der kommenden Legislaturperiode steht sozialdemokratische Bildungspolitik in der Kontinuität der bisherigen schulpolitischen Entwicklung im Lande Bremen. Deren Richtschnur sind und bleiben die Bremische Landesverfassung und das Bremische Schulgesetz.

Nach wie vor gelten die großen Ziele der Bildungsreform der 70er Jahre. Daneben sind neue Herausforderungen getreten: Medienerziehung, verstärkte Friedenserziehung und Umwelterziehung.

Den besonderen gesellschaftlichen Anforderungen des Umweltschutzes und der Friedenssicherung wird über eine weiterhin intensive Unterstützung des Unterrichts in diesen Feldern Rechnung getragen. Dabei wird ein alle Schulstufen und Bildungsgänge umfassendes "Konzept einer ökologischen Erziehung" (neue Umweltethik) entwickelt. Hierbei sind die in den Schulen bereits vorhandenen Ansätze einzubeziehen.

Zur Überwindung der traditionellen Rollenfixierung müssen Lehrmaterialien überarbeitet werden (siehe Studie der Gleichstellungsstelle). Im Unterricht müssen Mädchen und Jungen gleiche Entwicklungschancen und gleiche Handlungsmöglichkeiten offengehalten werden.

Ein Gesamtkonzept für die Einbeziehung der Informationstechnologie in den Unterricht wird in den kommenden Jahren zu planen und schrittweise zu realisieren sein.

Dabei müssen die technologischen Aspekte mit den gesellschaftspolitischen verbunden, beide müssen gemeinsam vermittelt werden. Die sprachlichen Fähigkeiten zu fördern und zu stärken ist als Gegengewicht gegen die Computerisierung unseres Lebens ebenso wichtig, wie den Schülern mehr und intensivere Beschäftigung mit Kunst und Kultur zu ermögli-

chen. Für die einzelnen Schulstufen werden in der kommenden Legislaturperiode die folgenden Maßnahmen verwirklicht.

## 2.1 Primarbereich

Auch die Grundschule ist in dieser unheilen Welt nicht heile Welt. Das ist in den Schulen ganz offenkundig, in denen der Anteil der sozial Benachteiligten sehr hoch ist. Hier werden die Ursachen der Erschwernisse der Unterrichts- und Erziehungsarbeit besonders deutlich. Die Konzentrationschwäche vieler Schüler und Schülerinnen, die Zweitfernseher im Kinderzimmer, der Besitz von Video-Recordern, der unkontrollierte Konsum von Fernsehprogrammen und Video-Filmen bis nach Mitternacht, die große Zahl der übermüdeten Kinder schon in der Vorklasse, die geringe oder fehlende Mitarbeit des Elternhauses und die Unfähigkeit mancher Eltern, Kindern bei persönlichen Problemen und in schulischen Fragen helfen zu können.

Um so wichtiger ist deshalb, daß die Grundschule dem Kind Geborgenheit, Sicherheit und Freude vermittelt. Vertraute Bereiche seiner unmittelbaren Umwelt, eigene Erfahrungen und Erlebnisse sind dabei ebenso Ausgangspunkt der schulischen Arbeit wie das Anknüpfen an die persönlichen Bedürfnisse und an Aktivitäten, die dem jeweiligen Alter der Schülerinnen und Schüler entsprechen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß in der Grundschule Kinder mit Altersgefährten zusammenkommen, deren sozialer Hintergrund von ihrem eigenen unterschieden ist. Hierzu gehört auch der Umgang mit ausländischen Kindern. Deshalb werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

- Die wohnortnahe Grundschule wird erhalten.
- Die Grundschulen mit einem hohen Ausländeranteil werden gezielt gefördert.
- Sozialdemokratisches Ziel ist das selbstbestimmte Lernen. Daher werden Versuche zur Weiterentwicklung der Grundschule durch Einführung offener Lehr- und Lernformen unterstützt und ausgewertet, um entscheiden zu können, wie weit diese Elemente generell in die Grundschularbeit einzubeziehen sind. Die Lehrerinnen und Lehrer werden ermutigt, offene Lehr- und Lernformen zu erproben.
- Die Schulen müssen zur Arbeitswelt hin geöffnet und in das kommunale Leben eingebunden werden. Ein Klima, in dem Kinder gerne lernen, kann nicht staatlich verordnet werden, aber es kann vor Ort wachsen. Schule,

insbesondere die Primarstufe, ist kein Ort, an dem die Kinder von ihren Eltern abgeliefert werden, sondern Mittelpunkt örtlicher Gemeinschaft. Dazu ist die Identifikation von Schülern und Eltern mit der Schule Voraussetzung.

- Wir wollen - nach entsprechender Vorbereitung - weitere Integrationsklassen (Behinderte und Nichtbehinderte) stadtteilbezogen einrichten. Daneben sind im Rahmen eines umfassenden Konzeptes zur schulischen Förderung behinderter Kinder die pädagogischen Bedingungen für die weitere Entwicklung solcher Klassen festzulegen.
- An einigen Schulen wird für türkische Kinder muttersprachlicher Unterricht angeboten. Dieser Modellunterricht für die größte Gruppe der ausländischen Kinder in Bremen soll uns helfen, eine gerechtere, chancengleiche Unterrichtsform für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer zu finden.
- Die Erfüllung der Lehrplaninhalte muß weiterhin gewährleistet sein. Der dafür benötigte Lehrerberuf ist sicherzustellen.

## 2.2 Sekundarbereich I

Die Gesamtschule ist weiterhin die Leitidee bremischer Schulpolitik. Das bremische Schulgesetz fordert für den Sekundarbereich I die Integration von Haupt-, Realschule und gymnasialer Mittelstufe.

Diese drei Bildungsgänge sind in allen Schulzentren der Sekundarstufe I anzubieten.

Eine wichtige Voraussetzung für die Integration des Sekundarbereichs I ist die Einführung des 10. Hauptschuljahres. Die positiven Ergebnisse mit dem freiwilligen 10. Hauptschuljahr rechtfertigen seine verbindliche Einrichtung.

Die Berufsvorbereitung mit Werkstattarbeit ist ein bestimmendes Element des 10. Hauptschuljahres.

Defizite im Erziehungs- und Bildungsbereich können gemildert und ausgeglichen werden, z.B. durch eine Verlängerung der Grundbildungszeit. Dies gilt insbesondere für Hauptschüler, denen bei nur neun Pflichtschuljahren die geringste Zeit zum Erwerb einer Grundbildung zur Verfügung steht. Hauptschüler sind zu einem großen Teil "Spätentwickler" und



"Spätentwicklerinnen", für die durch die Einführung des verbindlichen 10. Schuljahres zeitlich günstigere Voraussetzungen geschaffen würden, um einen höherwertigen Abschluß zu erwerben.

Im Sekundarbereich I werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

- Vorhaben zur Verbesserung der Kooperation der Bildungsgänge an einzelnen Schulzentren bis hin zu integrativen Unterrichtsvorhaben werden durch die eingesetzte Initiativgruppe unterstützt und gefördert. Durch Auswertung kooperativer Integrationsformen in anderen Ländern der Bundesrepublik wird geprüft, wie weit die Kooperation aus fachlicher und rechtlicher Sicht vorangetrieben werden kann.
- Das 10. Pflichtschuljahr für alle Schülerinnen und Schüler ist in der nächsten Legislaturperiode verbindlich einzuführen.
- Die Erfahrungen mit der Orientierungsstufe werden aufgearbeitet. Eine Rückkehr zu starren Differenzierungsformen wird es jedoch nicht geben.
- In einem Modellversuch (ab Schuljahr 1988/89) wird die Fortführung der Integration von behinderten und nichtbehinderten Kindern über die Grundschulzeit hinaus geprobt. Die Planung zu diesem Schulversuch wird unverzüglich eingeleitet. Dieser Schulversuch wird sinnvollerweise in einem Huchtinger Sek I-Zentrum durchgeführt.

### 2.3 Sekundarbereich II

In allen Bildungsgängen des Sekundarbereichs II wird allgemeine und berufliche Bildung vermittelt. Berufliche Qualifizierung wird unmittelbar deutlich an den Bildungsgängen der beruflichen Schulen, die zu einem berufsqualifizierenden Abschluß führen, aber auch an den Leistungsfächern der Gymnasialen Oberstufe, die in besonderer Weise in wissenschaftliche Verfahrens- und Erkenntnisweisen einführen.

Schule hat also u.a. die Aufgabe, in dem von ihr zu verantwortenden Bereich optimal beruflich zu qualifizieren oder auf die berufliche Qualifizierung vorzubereiten. Sie muß ohne Modernitätsrückstand die jeweiligen Spezialkenntnisse und die dafür notwendige Grundbildung vermitteln.

Im Sekundarbereich II werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

a) Für die Berufsschulen

- die Umsetzung (materielle und personelle Absicherung) der Neuordnung der Elektro- und Metallberufe sowie der beabsichtigten Neuordnung der kaufmännischen Berufe.
- Erarbeitung und Umsetzung des Konzeptes einer neuen Allgemeinen Berufsschule, in die jetzige Allgemeine Berufsschule und die entsprechenden Hauswirtschaftlichen Berufsschulen eingehen. Alle Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag sollen diese Vollzeitschule besuchen. Dabei ist die Verknüpfung von AVJ/BGJ und BFS/qu zu in sich geschlossenen Bildungsgängen vorzusehen. Eine soziale Absicherung der Auszubildenden wird angestrebt.
- Programmgemäß sind staatliche Maßnahmen zur Reduzierung des Ausbildungsplatzdefizites mit seiner Überwindung einzustellen. Zu prüfen bleibt, ob für besondere Bereiche (zukunftsorientierte Ausbildungsprofile) und besondere Betroffenen- gruppen vollqualifizierende Ausbildungsgänge bereitzuhalten sind.
- Die stärkere Verbindung von Berufsschule und den verschiedenen Bereichen der Weiterbildung, wobei die Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetz auszuschöpfen sind.

Außerdem wird Bremen sich weiterhin auf Bundesebene für eine Ausbildungsplatzabgabe einsetzen.

b) Für die gymnasiale Oberstufe

Die 1972 neu gestaltete "gymnasiale Oberstufe" hat sich grundsätzlich bewährt. Sie sieht die Verbindung gymnasialer Fächer mit beruflichen Inhalten, die Aufnahme beruflicher Fächer in den traditionellen gymnasialen Fächerkanon und die Weiterentwicklung der Sekundarstufe II, die die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung anstrebt, vor. Allgemeinbildung ist mehr als der traditionelle Fächerkanon des Gymnasiums. Eine neue Vereinbarung muß solche Formen sichern und ihre Weiterentwicklung ermöglichen.

- Wir werden auf Absprachen und Festlegungen zur Profilbildung bei den Oberstufen innerhalb einer bestimmten Region hinwirken, um ein

optimales Kursangebot sicherzustellen.

- Bremen wird sich auf Bundesebene für die Wiedereinführung des Schüler-Bafög für berufliche Vollzeitschüler und Gymnasiasten einsetzen.

#### 2.4 Sonderschulen

Das Ziel eines weitgehend gemeinsamen Unterrichts von Behinderten und Nichtbehinderten kann nur schrittweise erreicht werden. Wie schnell dies gelingt, ist nicht nur davon abhängig, inwieweit die dafür notwendigen Mittel bereitgestellt werden können, sondern auch von einem umfassenden Konzept, das kurzfristig erarbeitet werden kann.

- Ein Anfang dieser Entwicklung ist die räumliche Zuordnung der Sonderschulen für Lernbehinderte zu den allgemeinen Schulen mit dem Auftrag, über Schritte der zunehmenden Kooperation zur Integration zu kommen.
- Darüber hinaus werden wir die Stütz- und Fördermaßnahmen und den Einsatz von Sonderpädagogen in der Regelschule für Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf ausbauen.

#### 2.5 Erwachsenenschule in der Stadt Bremen

Aufgabe der Erwachsenenschule ist es, zu den Abschlüssen der allgemeinbildenden Schulen zu führen und Nichtschülerprüfungen abzunehmen.

Die Abendhaupt- und Abendrealschule und das Abendgymnasium werden zu einer Erwachsenenschule in Abend- und Tagesform zusammengefaßt.

#### 2.6 Lehrerbedarf/Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den allgemeinbildenden und in den beruflichen Schulen geht auch in den kommenden Jahren noch ganz erheblich weiter zurück, auch wenn in den Grund- und Sonderschulen und in den unteren Klassenstufen der Sekundarstufe I bereits der Tiefstand erreicht ist. Dieser Rückgang der Schülerzahlen macht einen Schulentwicklungsplan für die 90er Jahre erforderlich, der die Sicherung des notwendigen Unterrichtsangebotes zum Ziel haben muß. In diesem Zusammenhang wird in der nächsten Le-

gislaturperiode ein Einstellungskorridor für Lehrer und Lehrerinnen geschaffen.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen kann dabei eine Unterrichtsversorgung sein, die sich in den letzten Jahren überwiegend verbessert hat. Wir haben seit 1983, trotz unserer Konsolidierungsmaßnahmen im allgemeinbildenden Bereich der Schulen die beste Lehrerversorgung unter allen Ländern erreicht. Im Bereich der Berufsschulen werden wir Verbesserungen insbesondere durch Fort- und Weiterbildung von Lehrern realisieren müssen. Entlastung werden uns hier allerdings auch die mittelfristig stark rückläufigen Schülerzahlen bringen.

Wie im übrigen öffentlichen Dienst kommt auch der Fort- und Weiterbildung der Lehrer eine immer größere Bedeutung zu. Die Qualifikation der Lehrer muß mit den sich verändernden Anforderungen an die Schule schritthalten.

Da die Kapazitäten des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis (WIS) und der Universität absehbar immer weniger für Erstausbildung benötigt werden, sind dort die Möglichkeiten von Fort- und Weiterbildung verstärkt zu nutzen.

- Wichtiger denn je ist für die augenblickliche Situation die Fort- und Weiterbildung der jetzt tätigen Lehrer. Für die Lehrerweiterbildung bedarf es dabei umfassender Planungen, und zwar sowohl quantitativer als auch qualitativer Art.
- Der Lehrerbedarf ist für die 90er Jahre so zu berechnen, daß die volle Unterrichtsversorgung der zu bildenden Klassenverbände sichergestellt wird.
- Die ausreichende Versorgung der Schulen bzw. Schüler mit Lehr- und Lernmitteln ist sicherzustellen.
- Bis einschließlich Klasse 10 muß jede Klasse außer den zur Verfügung stehenden Fachräumen auch einen eigenen Klassenraum besitzen.

### 3. Wissenschafts-, Hochschul- und Forschungspolitik

Sozialdemokratische Hochschulpolitik in Bremen muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Hochschulen ihren Beitrag zu Gerechtigkeit und Chancengleichheit in der Gesellschaft leisten, sich inhaltlich den gesellschaftlich relevanten Problemen zuwenden und sich den benachteiligten Sozialschichten öffnen können.

Die Hochschulen können umso eher einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Region leisten, je mehr sie mit ihrer Leistungsfähigkeit auch überregionale Anerkennung finden.

Wir wollen eine umfassende Wissenschaftspolitik, die ein integriertes Zusammenspiel von Hochschul- und Forschungspolitik verfolgt, weiter ausbauen. Wir erwarten, daß die wissenschaftliche Arbeit der Hochschulen auch zu Innovationen in der Region führt. Mit der Orientierung an überregionalen wissenschaftlichen Standards und an langfristigen gesellschaftlichen Problemlagen leistet unsere Wissenschaftspolitik ihren Beitrag zum dringend erforderlichen wirtschaftlichen Strukturwandel in der Region und damit zur Sicherung der ökonomischen Basis und der oberzentralen Funktion Bremens.

Auch auf der Grundlage einer solchen Wissenschaftspolitik wird Bremen sich als Oberzentrum behaupten können. Wesentliche Voraussetzung dafür und wesentlicher Bestandteil der oberzentralen Infrastruktur ist eine ausgebaute, leistungsfähige und qualitativ hochstehende wissenschaftliche Infrastruktur als neue ökonomische Basis der in der Zukunft sich behauptenden Oberzentren, deren Entwicklung eine hohe Qualifikation der Arbeitnehmer erfordert.

Wir werden mit dem Aufbau eines wissenschaftlichen Innovationspotentials in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen fortfahren, in Kooperation u.a. mit der Wirtschaft sowie mit den Gewerkschaften. Die dafür erforderlichen Entwicklungsschritte hat der Senat mit dem Hochschulgesamtplan 1987 - 1991, sowie dem damit inhaltlich verbundenen Forschungs-Infrastrukturplan 1987 vorgelegt. Dabei ist die Verbindung zu dem Aktionsprogramm "Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt" herzustellen.

### 3.1 Ziele sozialdemokratischer Hochschulpolitik

Sozialdemokratische Hochschulpolitik in Bremen muß

- sicherstellen, daß die Hochschulen des Landes überregional konkurrenzfähig sind und ein eigenständiges wissenschaftliches Profil entwickeln können;

- diejenigen Inhalte wissenschaftlicher Forschung fördern, die

Beiträge zur Lösung ökologischer, ökonomischer und sozialer Probleme der Region leisten. Hierzu gehören auch die Probleme der zivilen Weltraumnutzung,

sich mit den aktuellen und absehbaren Problemen von Arbeit im weitesten Sinne und besonders mit einer sozial verträglichen Technikgestaltung und der Rüstungskonversion befassen,

sich Ursachen, Formen, Folgen und die Beseitigung von Arbeitslosigkeit zum Thema gesetzt haben,

sich mit den Problemen der gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen wissenschaftlich auseinandersetzen ("Frauenforschung"),

den Interessen der Menschen an Bildung und an lebenslangem Lernen entsprechen;

- dafür sorgen, daß auch die eigene Drittmittelpolitik des Landes an diesen Zielen ausgerichtet wird.

Außerdem ist eine fächerübergreifende Forschungs- und Ausbildungseinrichtung für "Umweltforschung und Energietechnik" zu schaffen.

Hochschulen müssen eine ausgewogene Fächerstruktur haben. Der erforderliche Ausbau der Natur- und Ingenieurwissenschaften darf nicht zu einer Verdrängung der Geistes- und Sozialwissenschaften führen.

Sozialdemokratische Hochschulpolitik muß daher dafür sorgen, daß die Hochschulen

- eine ausreichende fachliche Breite, eine ausgewogene Fächerstruktur und eine leistungsfähige Ausstattung im einzelnen Fach haben,

- Schwerpunkte bilden können, in denen sie besondere Leistungen anstreben,

- an den Prinzipien des Gesellschaftsbezuges von Forschung und Lehre, von Interdisziplinarität und von Praxisbezug sowie den darauf gerichteten Ausbildungsformen (z.B. Projektstudium, sozialwissenschaftliche Anteile) festhalten und sie auf der Basis ihrer Erfahrungen weiterentwickeln.

### 3.2 Fachhochschulpolitik

Die Fachhochschulen erhalten unter innovationspolitischen Gesichtspunkten für die gesamte Region zunehmend größere Bedeutung, nicht zuletzt im Hinblick auf die notwendige Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen im Sinne

eines Wissenschaftstransfers. An der Hochschule Bremen sind moderne Ausbildungs- und Entwicklungsgebiete zu verstärken bzw. aufzubauen. Eine Modernisierung der bestehenden Studiengänge und Schwerpunkte im Bereich der neuen Techniken und Sprachen ist ebenso erforderlich, wie neue Schwerpunkte im Bereich der Umwelttechnik und angewandter Fremdsprachen.

In Bremerhaven muß der Forschungs- und Entwicklungsbereich in der nächsten Legislaturperiode über die gute Grundlage hinaus erweitert werden, die mit der Hochschule und dem Alfred-Wegener-Institut gegeben ist.

Die Hochschule Bremerhaven wird mit ihrem Ausbildungs- und Entwicklungsangebot durch den beschlossenen Aufbau des Studienganges Verfahrenstechnik erweitert und durch nachfolgende Arrondierungsschritte komplettiert. Dazu ist eine Modernisierung der bestehenden Studiengänge und Schwerpunkte im Bereich der neuen Technologien erforderlich. Neue Schwerpunkte im Bereich der Umwelt- und Meerestechnik, der Lebensmitteltechnologie und Systemanalyse sind zu verstärken bzw. aufzubauen.

Die Hochschule für Gestaltende Kunst und Musik wird zur Sicherung der überregionalen Vergleichbarkeit und Anerkennung ihrer Abschlüsse durch inhaltliche und strukturelle Einzelmaßnahmen zu einer wissenschaftlich-künstlerischen Hochschule angehoben, wobei die erforderliche Ressourcenausstattung im wesentlichen durch eine geringe Reduktion ihrer Kapazitäten erreicht werden soll. In ihrer neuen Gestalt wird die Hochschule für gestaltende Kunst und Musik dann verstärkt der vorhandenen Nachfrage nach künstlerisch-wissenschaftlichen Dienstleistungen in der Region entsprechen und als Bestandteil der bremischen Kulturlandschaft mitwirken können.

### 3.3 Forschungspolitik

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes sind konzentriert auf folgende Schwerpunkte auszubauen:

- Meeresforschung und Polarforschung (einschließlich maritime Geowissenschaften), Meerestechnik, Biotechnologie, Umweltforschung und Umweltforschung;
- Ingenieurwissenschaften mit den Disziplinen Werkstofftechnik, Lebensmitteltechnik, Oberflächentechnik und Materialforschung; Weltraumforschung und Raum- sowie Luftfahrttechnik, Mikroelektronik, Sensorik und Robotik;
- Arbeit und Technik; Informationswissenschaften, Logistik,

Seeverkehrswirtschaft;

- besondere Schwerpunkte der Gesellschaftswissenschaften, wie Sozialpolitik, Sozialforschung, europäische Rechtspolitik und Innovations- sowie Mittelstandsforschung;

Die Mitfinanzierung bremischer Forschungseinrichtungen durch die gesamte Forschungsförderung von Bund und Ländern muß über den bislang völlig ungenügenden Stand ausgedehnt werden.

### 3.4 Finanzierung

Die Hochschulen des Landes müssen zur weiteren Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit ihre Strukturen verändern. Dazu brauchen sie einen langfristigen Finanzrahmen.

## 4. Politik für mehr soziale Gerechtigkeit

### 4.1 Leitlinien bremischer Sozialpolitik

Seit es eine Arbeiterbewegung gibt, hat sie gegen Ungerechtigkeit, gegen Not und Ausbeutung gekämpft. Ergebnis dieses Ringens über Generationen hinweg ist eine breite Palette sozialer Leistungen. Das erkämpfte Sozialstaatsangebot des Grundgesetzes und unsere Landesverfassungen machen den Staat zum wesentlichen Träger sozialer Verantwortung. Seine Durchsetzung ist Teil unserer Geschichte. Ihn zu erhalten, ihn an neue Anforderungen anzupassen, und ihn auszubauen, gehört zu unserem sozialdemokratischen Selbstverständnis.

Sozialpolitik hat eine umfassende Aufgabe: Sie soll den Einzelnen vor Not und Entwürdigung schützen und zugleich die Arbeits- und Lebensverhältnisse verbessern. Sie soll soziale Gerechtigkeit verwirklichen und auf eine solidarische Gesellschaft hinarbeiten. Wir Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen auch in Zukunft für unsere Stadt und unser Land eine stabile und fortschrittliche soziale Ausstattung erhalten und entwickeln.

Einen ersten Schritt zur Weiterentwicklung haben wir bereits getan: Die im letzten Bremen-Plan angekündigte Neuorganisation der sozialen Dienste ist im Stadtbezirk Süd erfolgreich erprobt worden und wird ab 1987 auf das gesamte Stadtgebiet erweitert. Die traditionelle Ämterstruktur wird ersetzt durch ein an den Zielgruppen und an der Stadtteilstruktur orientiertes Netz sozialer Dienste. Mit diesem



Umbau der Verwaltung ist ein bundesweit beachtetes Reformprojekt umgesetzt worden.

Traditionelle und neue Aufgaben der Sozialpolitik sind am besten zu bewältigen, wenn öffentliche Hand, Solidarversicherungen und freie Wohlfahrtspflege sowie Selbsthilfeinitiativen ihre Arbeit aufeinander abstimmen und wenn sie, wo sich dies als sinnvoll erweist, projektorientiert zusammenarbeiten. Dies ist in Bremen gute Tradition. Dabei sind unsere Leitgedanken:

- Beteiligung der Bürger an Problemlösungen einschließlich der Entwicklung von Angeboten,
- Selbsthilfe, das heißt Unterstützung der Bürger mit dem Ziel, sie zu befähigen, ihr Leben selbständig zu gestalten,
- Eingliederung und Hilfen, um zu vermeiden, daß Menschen in Randstellung oder Isolierung gedrängt werden,
- Konzentration und Verlagerung vorhandener Möglichkeiten und Mittel zugunsten Benachteiligter bei gleichzeitiger Entwicklung von Versorgungsalternativen zum bisherigen Angebot, soweit dies erforderlich ist.

Diesen Prozeß werden wir nur gemeinsam mit den vielfältigen Selbsthilfegruppen und Betroffenen in Gang setzen können. Die stärkere Förderung von Selbsthilfe bedeutet für Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen aber nicht die Verlagerung von Lebensrisiken in den Privatbereich. Selbsthilfe setzt vielmehr eine durch Gesetz gebundene verlässliche öffentliche soziale Sicherung voraus. Selbsthilfe als solidarisches Füreinander kann aber die notwendige öffentliche soziale und gesundheitliche Sicherung ergänzen. Selbsthilfe, Selbstorganisation, gesellschaftliche Mitarbeit sind nicht möglich ohne ehrenamtliche Arbeit. Dies setzt angemessene Förderung in den Bereichen Beratung und Fortbildung voraus. Wir wenden uns aber auch gegen jeden Mißbrauch ehrenamtlicher Tätigkeit im Sinne "billiger Arbeitskräfte".

#### 4.2 Wirtschaftliche Hilfen, integrierte Grundsicherung und die Schaffung von Arbeitseinkommen

Arbeitslosigkeit, aber auch reale Einkommensrückgänge, haben die wirtschaftlichen Probleme vieler Familien verstärkt. 75 Prozent aller neuen Sozialhilfefälle sind inzwischen durch Arbeitslosigkeit bedingt. Die systematische Demontage der Arbeitslosenversicherung durch die konservative

Bundesregierung führte dazu, daß die Sozialhilfe - eigentlich geschaffen für besondere Notlagen des Lebens - insbesondere bei Langzeitarbeitslosen die Funktion einer existentiellen Grundsicherung erhält. Für die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen muß das Arbeitslosengeld angehoben und über längere Zeiträume gezahlt werden.

Die Kleinstrenten müssen durch Bundeszuschüsse auf einen bedarfsorientierten Sozialhilfesatz angehoben werden. Das Kindergeld soll nicht mehr auf die Sozialhilfe angerechnet werden.

Daher werden wir uns auf Bundesebene auch künftig für Gesetzesinitiativen einsetzen, die zu einer bedarfsorientierten integrierten Grundsicherung führen. Damit sollen Ausgrenzung und Armut bekämpft werden.

Auch in Bremen wollen wir die wirtschaftlichen Hilfen weiterentwickeln; das wird nicht ohne die Erhöhung der Sozialhilferegelsätze gehen. Zu prüfen ist, ob bei der Berechnung der Sozialhilfe - bei Kostenneutralität - künftig Pauschalierungen anstelle von Einzelanträgen eingeführt werden.

In den letzten Jahren haben wir Initiativen entwickelt, um an die Stelle von staatlichen Unterstützungsleistungen die Zahlung von Arbeitseinkommen zu setzen. So haben wir für arbeitslose Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeempfängerinnen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, deren Entlohnung tariflichen Entgelten entspricht. Diese Arbeitsverhältnisse und auch die Qualifikationsoffensive müssen in das Aktionsprogramm "Wirtschaft, Häfen, Arbeit und Umwelt" für Bremen eingepaßt werden. Die Umwandlung von kommunalen Unterstützungszahlungen in Arbeitseinkommen ist weiter auszubauen.

Geprüft werden soll, ob ein Sozialpaß eingeführt wird, damit Sozialhilfeempfänger bei der Benutzung öffentlicher und kultureller Einrichtungen eine Ermäßigung erhalten.

Wir werden die Entwicklung der Sozialpolitik in Bremen in einem regelmäßig erscheinenden Sozialbericht darlegen.

Die Folgen der unsozialen Bonner Politik erfordern eine Bestandsaufnahme und Bewertung der Probleme benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Auf Grund dieser Daten ist ein ressortübergreifender Maßnahmenkatalog zu entwickeln, wie Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Rahmen ihrer anerkannt engen Möglichkeiten Hilfen anbieten können.

Um unsere sozialpolitischen Konzepte weiterhin auf neue Aufgabenfelder hin zu entwickeln und auf eine sich immer

schneller wandelnde Gesellschaft eingehen zu können, unterstützen wir, gemeinsam mit Forschungseinrichtungen des Bundes, die Gründung eines sozialpolitischen Zentrums an der Bremer Universität. Wir verbinden damit eine Forderung nach dem konstruktiven Dialog zwischen sozialpolitischer Praxis und Forschung.

#### 4.3 Chancen für die Zukunft: Familien mit Kindern

In Bremen leben rund 67 000 Kinder im Alter bis zu 15 Jahren. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt 12,5 Prozent. Wenn man die Eltern dazurechnet, richtet sich Politik für Familien mit Kindern an ein Viertel der bremischen Bürger.

Die Erscheinungsformen der Familien haben sich in den letzten Jahren stark verändert. So nimmt zum Beispiel die Zahl der Alleinerziehenden ständig zu. In Ein-Eltern-Familien wachsen zur Zeit 11 Prozent der Kinder auf. Wir wollen den sich verändernden Lebensformen Rechnung tragen. Wir wollen auch soziale Benachteiligung durch gezielte Maßnahmen ausgleichen und so zur Verbesserung von Lebenschancen beitragen.

Gesellschaftliche Ungleichheit darf nicht zu einer frühen, nicht mehr rückgängig zu machenden Ausgrenzung führen. Die allgemeinen Förderangebote der Kindertagesheime, der Bürgerhäuser und der Jugendfreizeitheime bieten ebenfalls die Chance, sozialer Ausgrenzung und Spaltung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Daher sollen sich öffentliche Einrichtungen weiter öffnen, um so weitere Treffpunkte für die Bevölkerung zu schaffen. Kindergärten, Schulen und Bibliotheken sollten in diesem Sinne zu "sozialen Orten" werden. Die Unterstützung durch die örtlichen Beiräte ist wichtig, wenn dieses Ziel erreicht werden soll.

Von der notwendigen Verknüpfung aller Bemühungen um Kinder kann die Schule nicht ausgenommen werden. Vorschulische, außerschulische und schulische Konzepte müssen durch enge Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Bildungsressort umgesetzt werden.

Junge Familien und Alleinerziehende dürfen mit den vielen Fragen und Unsicherheiten, die Kinderbetreuung mit sich bringt, nicht alleingelassen werden. Elterninformation und -bildung, Beratungsangebote, Spielkreise, Spielplätze und Spielhäuser mit Möglichkeiten zu Kontakten und Gesprächen, sollen die Isolationsgefahr überwinden helfen. Bei der notwendigen Versorgung von Kleinstkindern sind familiennahe

Lösungen in Familienpflegestellen und Eltern-Kind-Gruppen der Betreuung in Krippen vorzuziehen. Der Hort darf trotz seiner Ausrichtung auf Familien, die besonders dringend auf diese Hilfe angewiesen sind, seinen integrierenden Ansatz nicht verlieren.

Unsere besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf diejenigen, die in vielfältiger Weise am Rande unserer Gesellschaft stehen. Kinder, die in benachteiligten Lebensumständen aufwachsen, behinderte Kinder und die Kinder ausländischer Mitbürger. Die Regelangebote müssen so gestaltet werden, daß sie den besonderen Anforderungen dieser Kinder genügen können.

Folgende Maßnahmen sind vordringlich:

- Familien und Alleinerziehende müssen bei der Erziehung von Kindern gestützt werden,
- die Beratungsangebote und die Elternbindung sind zu verstärken,
- ein Kindertagesheim- und Hortangebot muß sich auch auf berufstätige Eltern einstellen,
- "Sicherung des Bestandes von Kindertagesheim- und Hortplätzen",
- kein weiterer Personalabbau in Kinderhorten und Kindertagesheimen,
- Erhaltung von Ausbildungsplätzen für Berufspraktikanten,
- Orientierung der Versorgung nicht an der Bevölkerungszahl, sondern an der sozialen Lage, insbesondere durch Aufrechterhaltung und Qualifizierung des Programms "Benachteiligte Gruppen".

#### 4.4 Verbesserte Hilfe für Mitbürgerinnen und Mitbürger mit besonderen sozialen Schwierigkeiten

Wirtschaftliche und soziale Not führen dazu, daß immer mehr Mitbürger und Mitbürgerinnen ohne dauerhafte Wohnverhältnisse sind. Über die Versorgung mit Unterkunftsplätzen hinaus müssen Eingliederungshilfen durch Wohnraum gegeben werden. Kombinierte Wohn- und Beschäftigungsangebote können, auch nach Suchtbelastungen, stabilisierende Hilfen sein.

In der Suchtbekämpfung wollen wir durch Beratung der Arbeitnehmer in der betrieblichen Suchtkrankenhilfe neben den allgemeinen Beratungs- und Therapieangeboten einen neuen Schwerpunkt zur Hilfe setzen. Für diesen Bereich wollen wir ein Versorgungskonzept erstellen.

Im Drogenbereich unterstützen wir eine gemeindenahe Betreuung der Suchtabhängigen und fördern alternative Projekte zur besseren Wiedereingliederung in die Arbeits- und Lebensbereiche unserer Stadt.

Durch Nachsorge soll ein Zurückfallen Haftentlassener in strafbare Handlungen verhindert und ein besserer Übergang in eigenverantwortliches Leben ermöglicht werden. Wir unterstützen daher alternative Möglichkeiten zur Vermeidung von Haftstrafen.

#### 4.5 Mehr Integration für Behinderte

Wir wollen die Integration der Behinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft in unserem Lande weiter verbessern.

Wir wollen die betriebliche Schwerbehinderten-Politik mit Unterstützung von Schwerbehinderten, Vertrauensleuten und Arbeitgebern künftig verstärkt unterstützen. Die Pflichtquoten zur Beschäftigung von behinderten Bürgern sind vom Bundesgesetzgeber zu erhöhen. Wir unterstützen die vorbeugende Politik der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zur Verhinderung von Unfällen, schweren Krankheiten, Verschleiß am Arbeitsplatz oder zunehmender ökologischer Schäden, z.B. Allergien.

Der Bedarf an Arbeitsplätzen in beschützenden Werkstätten steigt deutlich. Wir wollen daher den Ausbau des Martinshofes zur Werkstatt Bremen mit vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten und sozialer Absicherung.

Verstärkte Aktivitäten wollen wir weiterentwickeln für

- den Ausbau eines regionalisierten und zwischen Öffentlichen und freien Trägern abgestimmten Systems der Versorgung/Betreuung schwer geistig Behinderter und psychisch kranker Erwachsener in Wohnheimen, Wohngemeinschaften und Tagesstätten sowie durch Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten;
- den Ausbau der Werkstätten für Behinderte, für schwerstbehinderte Schulabgänger sowie zur Aufnahme von arbeitsfähigen schwerkgeistig Behinderten und psychisch

Kranken aus psychiatrischen Krankenhäusern und Pflegeheimen;

- den Ausbau der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung zur Aufrechterhaltung der eigenen Lebensgestaltung;
- die Öffnung des ÖPNV für Rollstuhlfahrer und Rollstuhlfahrerinnen;
- die Fortsetzung der behindertengerechten Umgestaltung von öffentlichen Gebäuden, Straßen und Plätzen.

#### 4.6 Für unsere älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen: Mehr Selbständigkeit durch ambulante Hilfe

Die Mehrzahl unserer älteren Bürger und Bürgerinnen wünscht auch im hohen Alter eine selbständige Lebensführung und ein Verbleiben in der eigenen, vertrauten Umgebung, solange es die gesundheitliche Situation zuläßt. Unsere politische Aufgabe ist, ihnen die Teilnahme am Leben im Stadtteil zu ermöglichen. Die Hilfen zur allgemeinen Lebensführung, die ambulanten Hilfen sowie Essen auf Rädern, mobile Hilfsdienste sowie Haus- und Pflegehilfen wollen wir ausbauen.

Der Anteil der älteren Bürger und Bürgerinnen wird auch in den nächsten Jahren zunehmen. Wir sichern daher den Bestand der 38 Altentagesstätten und Begegnungsstätten in Bremen und wollen ihre Stützpunktfunktion im Stadtteil ausbauen. Elf Dienstleistungszentren der Wohlfahrtverbände mit sieben Außenstellen sollen die Versorgung sichern. Wir wollen auch Formen der Selbstorganisation, wie Eigenprogramme und gemeinsame Versorgung fördern; die Angebote der Altenerholung für derzeit jährlich 1 000 ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen sollen erhalten bleiben.

Wir unterstützen neue Formen des Wohnens und Lebens, wie z.B. Wohngemeinschaften, Mehr-Generationen-Wohnen. Bremen hat in den letzten Jahren die Qualität des Heimangebotes erheblich verbessern können.

Das Risiko der Pflegebedürftigkeit wird bisher allein von den pflegebedürftigen Personen und deren Angehörigen getragen. Oft müssen Sozialhilfeleistungen in Anspruch genommen werden. Da Pflegebedürftigkeit alle betreffen kann, treten wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen für eine bundesweite Pflegegeldversicherung ein.

#### 4.7 Hilfe für Opfer des Nazi-Regimes

42 Jahre nach Kriegsende ist noch immer nicht allen Opfern des Nazi-Regimes eine Anerkennung ihrer Verfolgung zuteil geworden. Nicht alle haben bisher eine angemessene Entschädigung erhalten.

In Anerkennung der politisch-moralischen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber diesen bisher vergessenen Opfern des Nazi-Regimes wird die SPD alle Bemühungen unterstützen, den Betroffenen eine angemessene Entschädigung für das von ihnen erlittene Unrecht zukommen zu lassen.

#### 4.8 Hilfen für Asylbewerber

Für die bei uns lebenden Asylbewerber und Defacto-Flüchtlinge werden wir unsere Hilfen zur humanen Eingliederung durch Beratung und Unterstützung in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsorganisationen und den Kirchen fortsetzen. Wir wollen Initiativen unterstützen, die Beschäftigungs- und Eigenversorgungsprojekte organisieren.

Für uns gilt: Flüchtlinge dürfen auch bei abgelehntem Asylantrag grundsätzlich nicht in Krisen- oder Hungergebiete abgeschoben werden. Diesen Flüchtlingen ist eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erteilen ("Kleines Asyl"). Diese Regelung soll auch für Flüchtlinge gelten, die wegen ihres Geschlechtes in ihrer Heimat diskriminiert und verfolgt werden.

#### 5. Junge Menschen brauchen Orientierung und berufliche Zukunft

Ein wichtiger Bestandteil bremischer Politik ist die Jugendpolitik. Unsere Aufgabe ist es, Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen bessere Entfaltungsmöglichkeiten zu geben und perspektivreiche Wege für die Zukunft zu eröffnen.

Der Protest der letzten Jahre muß als eine Antwort junger Menschen auf negative oder als negativ empfundene gesellschaftspolitische Entwicklungen verstanden werden. Die Krise, die zunehmende Schädigung der Umwelt und die Aufrüstungspolitik der militärischen Blöcke werden von der jungen Generation nicht mehr widerspruchslos hingenommen. Fehlende Lehrstellen und verbaute Wege in die berufliche Zukunft haben oft genug politischen Rückzug zur Folge.

Die neue industrielle Revolution mit Mikroelektronik und Biotechnik wird die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in den kommenden Jahren erheblich verändern. Neue ethische Orientierungsmuster und politische Strategien sind erforderlich, um diese tiefgreifenden Veränderungen in sozial verantwortlicher und ökonomisch sinnvoller Weise zu gestalten. In den 90er Jahren werden insbesondere junge Menschen ohne Arbeit sein. Bereits heute ist erkennbar, daß die Wirtschaft eine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen im kommenden Jahrzehnt nicht sichern kann. Vielmehr ist mit einem enormen Abbau von Arbeitsplätzen zu rechnen. Eine Fortdauer der Massenarbeitslosigkeit ist zu erwarten.

Wir wollen daher politische Initiativen ergreifen und den ausgebildeten, aber keine Beschäftigung findenden jungen Erwachsenen Erwerbs- und Arbeitsperspektiven bieten. Damit wollen wir die sogenannte zweite Schwelle in den Beruf überwinden. Die außerschulische politische Bildungsarbeit muß diesen Prozeß begleiten und Orientierungshilfen für die Auseinandersetzung mit den Zukunftsentwicklungen - Massenarbeitslosigkeit und die Folgen der technologischen Revolution - erarbeiten und vermitteln. Wir wollen uns durch die verstärkte Förderung der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung für eine Weiterentwicklung der politischen Kultur mit dem Ziel einer humanen und solidarischen Gesellschaft einsetzen, die Beteiligung möglich macht.

Folgende Maßnahmen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode umsetzen:

- Wir wollen uns dafür einsetzen, daß junge Menschen stärker und unmittelbar am politischen Prozeß teilhaben und auf ihn Einfluß nehmen können.
- Wir wollen außerbetrieblichen Ausbildungsstätten in Produktionseinrichtungen umwandeln und diesen Bereich der Beschäftigung kontinuierlich ausbauen.
- Wir wollen die vielfältigen Selbstorganisationsansätze junger Menschen fördern, indem wir unter anderem stadteigene leerstehende Räume zur Verfügung stellen.
- Wir garantieren das bestehende Grundangebot an Jugendfreizeitheimen und kleinen Jugendeinrichtungen einschließlich des noch bestehenden Personals, insbesondere für von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche.
- Wir fördern weiter den Ausbau der Selbstverwaltung in Jugendfreizeitheimen und Jugendclubs sowie deren Öffnung



für Stadtteilaktivitäten und berufsbezogene Projekte.

- Wir sichern die Existenz der emanzipatorischen außerschulischen Jugendbildung sowie die Förderung der freien Jugendorganisationen. Wir bereiten einen Bremer Jugendplan vor.
- Wir fördern integrative Angebote in Bürgerhäusern und Sportvereinen.
- Wir fördern die Bremer Jugendbildungsstätte Lidice-Haus.
- Wir verstärken die Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit und Schule.
- Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Jugendhilfe zur Vermeidung "krimineller Karrieren" jugendlicher Straftäter.
- Wir wirken durch schulische und Jugendbildungsarbeit den zunehmenden Rechtstendenzen in der Gesellschaft entgegen.
- Maßnahmen zur Medienerziehung und zum pädagogischen Jugendschutz werden weiterentwickelt.

#### 6. Für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

In allen Parteien wächst das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer gleichberechtigten Teilhabe der Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen. Die SPD hat mit der verstärkten Berücksichtigung von Frauen bei der Vergabe von Mandaten in der Bremischen Bürgerschaft einen ersten Schritt hierzu getan.

Politik, die beansprucht, den Interessen der Frauen gerecht zu werden, kann sich nicht auf die Lösung sogenannter frauenspezifischer Themen beschränken. Das ist vielmehr Aufgabe aller Politikbereiche. So hat sich z.B. Kulturpolitik ebenso verstärkt zu fragen, ob sie den kulturellen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird, wie Gesundheitspolitik auf die spezifischen Belastungen der Frauen einzugehen hat.

Eine sozial verantwortliche Arbeitsmarktpolitik muß darauf reagieren, daß Frauen von Erwerbslosigkeit überproportional betroffen und Mädchen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen benachteiligt sind. Qualifizierte Berufsausbildung der jungen Frauen ist gesellschaftspolitisch geboten und volks-

wirtschaftlich notwendig. Um dies zu erreichen, müssen neue Wege gesucht und beschritten werden.

Es ist ein Erfolg sozialdemokratischer Bildungspolitik der 70er Jahre, daß Mädchen die gleiche Schulbildung wie Jungen haben. Schulische Bildung wie Fort- und Weiterbildung müssen nun dafür Sorge tragen, daß die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien nicht zu einer weiteren Teilung des Arbeitsmarktes zwischen Frauen und Männern führen. Mädchen dürfen nicht länger auf sogenannte Frauenarbeitsplätze angewiesen sein.

Mit der Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst haben sich Senat und Magistrat bemüht, ihrer Vorbildfunktion als öffentliche Arbeitgeber gerecht zu werden. Für den Bereich der privaten Wirtschaft ist hier noch erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten. Aber auch die staatlichen Eigenbetriebe sind gefordert, die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben abzubauen.

Bessere Chancen der Frauen im Erwerbsleben und verstärkte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen setzen voraus, daß die Frauen mit der Erziehungs- und Familienarbeit nicht allein gelassen werden. Die von der CDU öffentlich immer wieder geäußerte Wertschätzung der grundgesetzlich geschützten Familie steht in deutlichem Widerspruch zu der tatsächlichen Verschlechterung, die die Übernahme von Familienarbeit für Frauen mit sich bringt. Wir wissen, daß die eigenständige ökonomische Sicherung von Frauen eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung der Gleichberechtigung ist. Deshalb setzt sich die Bremer SPD auf Bundesebene für die Verwirklichung der folgenden Forderungen ein:

- Eigenständiger Rentenanspruch von Frauen unter Anrechnung der Hausfrauentätigkeit,
- Anrechnung von Pflegejahren mit rentenbegründender und rentenerhöhender Wirkung,
- Anspruch auf Arbeitslosengeld nach nicht greifender Wiedereingliederungsmaßnahme.

Eine Verschlechterung des staatlichen Angebotes an vorschulischer Kinderbetreuung darf es in Bremen nicht geben.

Die zum Jahresbeginn 1987 erfolgte unmittelbare Zuordnung der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung und Gleichberechtigung der Frau beim Präsidenten des Senats ist Ausdruck der fachressortübergreifenden Aufgaben sowie der

Bedeutung der Arbeit der Zentralstelle. Das neu geschaffene Recht der Landesfrauenbeauftragten zur Teilnahme an den Sitzungen des Senats unterstreicht diese Bedeutung von Politik im Interesse von Frauen deutlich.

Wir werden weiterhin Einrichtungen fördern, die besonders der Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen oder der Förderung der Gleichberechtigung dienen. Wir werden Haushaltsmittel für die zwei bremischen Frauenhäuser bereitstellen. Weiterhin werden wir die Einrichtung einer Beratungsstätte der Pro-Familia in Bremerhaven unterstützen.

Wir werden die personelle Ausstattung der Gleichstellungsstelle verbessern. Wir unterstützen die Gleichstellungsstelle bei dem Vorhaben, ein drittmittelfinanziertes Frauenerforschungsprojekt einzurichten.

## 7. Mehr Gesundheit

Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik ist immer noch zu stark an Krankheit und Medizin und zu wenig an Gesundheit orientiert. Die Grenze der Finanzierbarkeit wird beschworen und trotzdem bestehen schwere Mängel:

- in der Prävention,
- in der Behandlung besonders der chronischen Krankheiten,
- in der Absicherung von Gesundheitsrisiken, besonders bei chronischen und Alterskrankheiten und bei den gesundheitlichen Folgen zunehmender Armut.

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, daß überfällige Strukturereformen vorbereitet und eingeleitet werden, die einen zielgerichteten Einsatz der vorhandenen Mittel im Sinne der Gesundheitsförderung, der Krankheitsvermeidung und der Bedarfsorientierung bei der Behandlung unter ständiger Qualitätskontrolle aller Dienste und Einrichtungen ermöglichen sollen. Wir werden gegen eine Kostendämpfungspolitik kämpfen, die die Solidargemeinschaft der Versicherten aushöhlt und spaltet.

In der Landes- und Kommunalpolitik werden wir die Wichtigkeit und Eigenständigkeit von Gesundheit in allen Lebensbereichen durch die schrittweise Erarbeitung eines regionalen Gesundheitsplanes betonen.

In enger Zusammenarbeit mit den Kosten- und Leistungsträgern wollen wir zunächst in Teilbereichen neue Versorgungs-

strukturen entwickeln bzw. ausbauen, die die notwendige Kontinuität von Vorbeugung, Früherkennung, Behandlung und Nachsorge gewährleisten.

Dies wird nur mit Unterstützung und Kooperation aller Betroffenen und Beteiligten, d.h. der Bürger und Bürgerinnen, der Selbsthilfegruppen, der Politiker, Gewerkschafter, der Arbeitgeber, der im Gesundheitswesen Tätigen und der Wissenschaftler möglich sein.

Folgende einzelne Aufgabenbereiche werden wir in den kommenden Jahren vorrangig anpacken:

Der öffentliche Gesundheitsdienst soll in die Lage versetzt werden, kommunale Gesundheitsberichtserstattung zu leisten. Die Teilnahme der Stadtgemeinde Bremen am nationalen und internationalen WHO-Netzwerk "Health-Cities" (gesunde Städte) schafft die Möglichkeit, Ansätze für eine kommunale Gesundheitsplanung zu entwickeln.

Angebote der Vorsorge und besonderen sozialmedizinischen Fürsorge wie z.B. die des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes und des Kinderzentrums werden aufrechterhalten.

Der gesundheitliche Umwelt- und Verbraucherschutz muß personell, technisch und organisatorisch dem steigenden Bedarf angepaßt werden.

Durch die Einrichtung eines Betriebsmedizinischen Dienstes für die Beschäftigung des öffentlichen Dienstes in Bremen ist ein wesentlicher Beitrag zum betrieblichen Gesundheitsschutz geleistet worden. Die Zusammenhänge zwischen Arbeit und Gesundheit müssen weiter politisch thematisiert und die entsprechenden Defizite behoben werden.

Durch gezielte Unterstützung der Selbsthilfebewegung und sozialmedizinischer Institutionen sollen Projekte zur Verbesserung der Gesundheitsorientierung der Bürger gefördert werden.

Spezielle Beratungsaufgaben wie z.B. die des Sozialpsychiatrischen Dienstes, der Prostituiertenfürsorge, die psychosoziale Betreuung Krebskranker und Risikoschwangerer müssen abgesichert bzw. intensiviert werden. Alle diese Dienste müssen Ausgrenzungstendenzen entschieden entgegenwirken.

Die weitere Ausbreitung von AIDS ist besorgniserregend. Da es bislang keine Impfung und keine ursächliche Behandlung gibt, müssen Aufklärungsarbeit und das bestehende vorbildliche Netz kommunaler Beratungs- und Betreuungsangebote (Hauptgesundheitsamt, Rat + Tat-Zentrum, Bremer AIDS-Hilfe) weiter ausgebaut werden. Die Kliniken müssen sich auf den zunehmenden Behandlungsbedarf durch schwer AIDS-krankte Mitbürger einstellen.

Polizeistaatliche Methoden bedrohen bei der Bekämpfung der Krankheit AIDS den Sozial- und Rechtsstaat. Wir werden der Ausgrenzung AIDS-Kranker mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Namentliche Meldepflicht, Zwangstestung oder gar Internierung wird es in Bremen nicht geben.

Die auch überregional sehr beachtete Psychiatriereform im Lande Bremen mit dem Ziel der weitgehenden Inegration seelisch kranker Menschen in die Gemeinschaft werden wir fortsetzen durch

- die vertragliche Abstimmung der regionalen Versorgungs- verpflichtung zwischen den kommunalen Trägern und den Trägern der freien Wohlfahrtsverbände und
- eine Verstärkung der Beteiligung und der Einflußmöglichkeiten von Betroffenen, Angehörigen, Selbsthilfegruppen.

Die Auflösung der Langzeiteinrichtung Kloster Blankenburg wird mit dem Aufbau gemeindenaher, gestufter Wohn- und Beschäftigungsangebote für geistig und mehrfach behinderter Menschen im Lande Bremen zum Abschluß gebracht.

Die Umstrukturierung der Krankenhäuser ist in den letzten Jahren vorangetrieben worden.

- Durch die Schaffung von Krankenhausbetrieben ist die Selbständigkeit der Krankenhäuser gewachsen. Es bleibt jedoch landes- und kommunalpolitische Aufgabe, Leistungsstandards und wirtschaftliche Entwicklung zu kontrollieren und durch geeignete organisatorische Vorgaben zu optimieren.
- Die laufenden Kosten der Krankenhäuser werden durch Pflegesätze von den Krankenkassen erstattet. In den jährlichen Verhandlungen muß auf der Grundlage einer bedarfsgerechten Personalbemessung eine weitere Humanisierung und Qualifizierung der Betreuung im Krankenhaus ermöglicht werden. Dazu müssen auch vermehrt betriebliche Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Gesundheitsberufe bereitgestellt werden.

Bei einer bedarfsgerechten Anpassung der Betten darf nicht in gleichem Maße das Personal reduziert werden. Entsprechend der höheren Arbeitsintensität und der notwendigen funktionellen Verbesserungen innerhalb des Krankenhauses muß die Personalausstattung dem Bedarf angepaßt oder entsprechend den Patientenbedürfnissen erhöht werden. Zur Ver-

besserung der Arbeitsfähigkeit der Krankenhäuser gehört auch die Verbesserung der Ausbildung.

- Durch die zukunftsorientierte Struktur- und Baumaßnahmen der letzten Jahre (Neubau der Frauenklinik ZKH St.-Jürgen-Straße, Integration der Klinik Holdheim in das ZKH Bremen-Ost, Umbau ZKH Bremen-Nord u.a.) sind zwar größere Baumaßnahmen in den nächsten Jahren nicht erforderlich, doch bleiben notwendige Investitionserfordernisse zur Sanierung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit von Teilbereichen, denen wir nachkommen werden.

In enger Abstimmung zwischen der Kommune und den Kostenträgern sind weitere Schritte in Richtung auf eine Verlagerung von Teilen der Behandlung und Betreuung aus dem stationären in den ambulanten und komplementären Bereich und eine Vernetzung dieser Bereiche erforderlich.

Jeder weitere Schritt in der Krankenhausreform darf nicht zu einer Belastung der Beschäftigten, sondern muß zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen und Arbeitsplatzsicherheit garantieren. Eine Privatisierung auch von Teilbereichen der kommunalen Krankenhäuser lehnen wir ab.

In den folgenden gesundheitspolitischen Bereichen werden wir gesetzgeberische Maßnahmen ergreifen:

- Die technologische Weiterentwicklung von künstlicher Befruchtung und Genforschung mit den vielen ethischen, sozialpolitischen und juristischen Problemen soll zum Schutz von Lebens- und Menschenwürde landesrechtlich begrenzt werden.
- Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht eine neue gesetzliche Grundlage. Das Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens aus dem Jahre 1934 wird durch eine Novellierung den heutigen Aufgaben entsprechend verändert.

## 8. Sport - Vereine - Freizeit

Der Sport ist für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen Teil unserer Kultur. Die gesundheitlichen Aspekte sind durch die dramatische zivilisatorische Entwicklung der letzten Jahrzehnte durch die Lebensverhältnisse der Menschen immer stärker in den Vordergrund gerückt. Bewegungsarmut und Streß haben die Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit über 51 Prozent zur Haupttodesursache werden lassen. Der

Anteil steigt weiter. Der Sport, vor allem die Ausdauerdisziplinen, ist für die Vorbeugung von großer Bedeutung. Deshalb muß auch die sportärztliche Versorgung mehr den Erfordernissen des Breitensports angepaßt werden.

Die Ziele des "Sports für alle" und die von der SPD 1978 formulierte und von den Sport-, Jugend- und Sozialorganisationen unterstützte "Soziale Offensive im Sport" sind Leitlinie unserer öffentlichen Sportförderung.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen halten es für unverzichtbar, daß der Sport als Teil sinnvoller Freizeitgestaltung in einer lebenswerten Umwelt staatliche Hilfen erhält. Die pädagogische und organisatorische Arbeit der Übungs- und Organisationsleiter wollen wir weiter durch Zuschüsse unterstützen. Die Sportförderung bleibt im bisherigen Umfang erhalten.

Besondere Bedeutung kommt dem Erhalt und der Instandsetzung von Sportanlagen zu. Wir werden besondere Anstrengungen unternehmen, um mit zusätzlichen Investitionen die Funktionsfähigkeit der bremischen Sportanlagen zu erhalten.

Bremen braucht als Oberzentrum ein großes Stadion für den Sport und für überregionale Veranstaltungen. Das Weser-Stadion ist in einem schlechten baulichen Zustand und erfüllt diese Zielsetzung nicht mehr.

Es soll deshalb in den nächsten Jahren durch schrittweise Teilsanierung zu einem modernen, leistungsfähigen Stadion umgebaut werden. An der Finanzierung dieses Vorhabens müssen sich neben der Stadt auch der Sportverein Werder Bremen und die Wirtschaft beteiligen. Aus dem knappen Sporthaushalt können die Mittel nicht genommen werden.

Die Weiterentwicklung einzelner Hallen- und Freibäder zu allgemeinen Freizeitstätten soll dem Freizeitverhalten Rechnung tragen.

Breiten- und Freizeitsport sowie der humane Leistungssport erhalten ihre Grundlagen durch den Sport an Schulen und Hochschule. Wir wollen verstärkt Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Verbänden und Schulen fördern.

#### 9. Liberalität bewahren und ausbauen - Bürgernähe und Bürgerbeteiligung verstärken

Die historisch gewachsene, demokratische Liberalität Bremens gilt es zu bewahren und auszubauen. Ein offenes politisches "Klima" ohne staatliche Bevormundung, gesellschaft-

liche Vielfalt und Toleranz, Bürgernähe der Politik, freiheitliche Arbeiterbewegung, Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen kennzeichnen das Leben in unserem Zwei-Städte-Staat.

### 9.1 Weiterentwicklung der Demokratie

Demokratie ist für die SPD kein Zustand, der mit der Stimmabgabe zur Wahl abgeschlossen ist. Demokratie lebt vom breiten Engagement der Bürger, von ihrer Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft.

Die bewährten demokratischen Institutionen wollen wir nicht verkrusten lassen, sondern für neue Fragestellungen öffnen.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden daher

- bei wichtigen Gesetzesinitiativen vor der endgültigen parlamentarischen Befassung öffentliche Foren durchführen, auf denen alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ihre Meinungen und Vorschläge einbringen können. Von Gesetzesvorhaben betroffene Verbände, Vereine und Initiativen werden wir im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen sowie bei den Diskussionen in Deputationen und Parlamentsausschüssen verstärkt beteiligen,
- das Recht zur Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse dahingehend ändern, daß auch eine qualifizierte Minderheit der Bürgerschaft die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durchsetzen kann,
- das Recht der Bürger, sich mit einer Petition an das Parlament zu wenden, so Öffentlichkeitswirksam und effektiv ausgestalten, daß es seiner historischen Bedeutung gerecht werden kann. Wir werden das Petitionsgesetz entsprechend novellieren.

Wir wollen die Beiratsarbeit stärken. Wir werden ein Modell für die Direktwahl (eigenständiger Wahlvorgang) der Ortsamtsbeiräte entwickeln. Ziel ist es, die Rechte der Beiräte auszuweiten und das kommunale Ausländerwahlrecht zu ermöglichen. Die gewachsene wohnortnahe Struktur der bisherigen Ortsamtsbeiräte soll erhalten bleiben. Die besondere Stellung der Stadtbürgerschaft ist dabei zu beachten.



## 9.2 Ausländerpolitik

In der Ausländerpolitik werden wir uns für eine weitere Stärkung der politischen Mitwirkungsrecht von Ausländern einsetzen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist für die hier lebenden ausländischen Mitbürger zur Heimat geworden. Wir erkennen an, daß in der Bundesrepublik Deutschland auf Dauer Menschen unterschiedlicher nationaler, religiöser und kultureller Herkunft in einer multikulturellen Gesellschaft zusammen leben werden. Wir wenden uns entschieden gegen jede Diskriminierung von Ausländern und werden unsere Integrationspolitik mit Nachdruck vorantreiben.

Wer in Bremerhaven und Bremen auf Dauer oder für längere Zeit lebt, soll auch das Recht haben, die politischen Entscheidungen mitzugestalten. Wir haben das passive Wahlrecht für ausländische Mitbürger im Beirat bereits eingeführt. Unser Ziel ist das kommunale Wahlrecht für ausländische Mitbürger. Wir folgen damit dem Beispiel vieler europäischer Länder und einer Vorgabe des Europäischen Parlaments.

Wir werden gemeinsam mit den anderen SPD-regierten Ländern und der SPD-Bundestagsfraktion den Entwurf eines neuen Ausländergesetzes erarbeiten sowie den Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Einbürgerung erneut einbringen. Die seit Jahren von den Bonner Koalitionsparteien geplanten Verschärfungen des Ausländerrechts lehnen wir entschieden ab.

Wir wollen damit einen Beitrag zur Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen und zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit leisten.

In Bremen werden wir weiterhin die Beratungs- und Förderangebote für die gesellschaftliche, soziale und kulturelle Integration für die ausländischen Bevölkerungsgruppen fortentwickeln.

## 9.3 Stärkung des Rechtsstaates

Auf Bundesebene ist die Innen- und Rechtspolitik durch einen nachhaltigen Abbau liberaler und sozialstaatlicher Elemente gekennzeichnet. Die Einschränkungen des Demonstrationsrechts gehen einher mit Ausweitung der Eingriffsmöglichkeiten in Strafprozessen und mit einer Zentralisierung der Verfolgungszuständigkeiten des Bundes. Zugleich will die Bundesregierung die Mittel der elektronischen Datenver-

arbeitung zu einer möglichst lückenlosen Überwachung der Bürger und Bürgerinnen nutzen.

### **Wir Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sagen dagegen:**

Zur Auseinandersetzung mit den Gegnern der Demokratie fehlt es keinesfalls an staatlichen Mitteln. Wir werden sie zur Bekämpfung der Terroristen und Neonazis angemessen einsetzen.

Zugleich kommt es maßgeblich darauf an, daß wir gegen die Ursachen politisch motivierter Gewalt auch politisch angehen.

Deshalb gilt:

Meinungs- und Informationsfreiheit sind tragende Elemente unserer Demokratie. Ohne Demonstrationsfreiheit und Meinungsvielfalt gibt es keinen offenen parlamentarischen Willensbildungsprozeß. Das Recht auf friedliche Demonstration hat im politischen Meinungsstreit herausragende Bedeutung. Es muß in jeder Hinsicht gewährleistet werden. Dies ist auch Aufgabe der Polizei. Wir werden uns deshalb auch künftig allen Bestrebungen widersetzen, die Meinungsfreiheit einzuengen und das Demonstrationsrecht zu beschneiden.

Vor allem muß die Politik die Kompetenz für die Lösung von Problemen behalten. Dies heißt: für Mehrheit und für Minderheiten glaubwürdig bleiben, sich mit den Argumenten anderer Denkender auseinandersetzen und Antworten auf existentielle Fragen suchen, wie die Erhaltung des Friedens und der Natur, die Sicherung von Ausbildung und Arbeit und die Entwicklung sozialer Gerechtigkeit.

Polizei und Justiz sollen auch in Zukunft ihre schützende Aufgabe zuverlässig erfüllen. Allerdings darf ihnen nicht die Lösung gesellschaftlicher Probleme und die Bewältigung ihrer Folgen aufgebürdet werden. Den Auftrag, die Bürger vor konkreten Gefahren und vor Verstößen gegen Gesetz und Verfassung zu schützen, können Polizei und Justiz nur erfüllen, wenn sie dabei ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit zu und mit den Bürgern behalten und wenn alle Politikbereiche diesen Auftrag akzeptieren und unterstützen.

Rechtsstaatlichkeit und Liberalität sind zu bewahren. Der Schutz der Bürger vor Gewalttaten setzt das staatliche Monopol voraus. Dies verpflichtet den Staat zur strikten Ein-

haltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.  
Das bremische Polizeigesetz hat sich bewährt.

Wir werden insbesondere

- einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Drogenkriminalität legen und dabei zur Vorbeugung mit sozialen Diensten eng zusammenarbeiten,
- die sozialschädliche Umwelt- und Wirtschaftskriminalität weiterhin schwerpunktmäßig bekämpfen,
- den Fahrrad- und Fußstreifendienst ausbauen,
- die kriminalitätsvorbeugende Öffentlichkeitsarbeit intensivieren,
- die kriminalpolizeiliche Beratung verstärken.

Die sachliche und personelle Grundlage für diese Planung sind die eingeleitete Modernisierung der Ausstattung und die Wiederaufnahme der Ausbildung auch für Frauen bei der Polizei ab 1987.

Außerdem wollen wir keine Aufrüstung der Polizei mit neuen, noch wirksameren Wasserwerfern, mit Gummigeschossen und ähnlichen Waffen. Wir wollen Abrüstung der Polizei, wie dies in Bremen geschehen ist.

Bei den Veränderungen der Verwaltung, die durch den Einsatz neuer Technologien notwendig werden, müssen gleichermaßen neben der Bürgernähe dieser Systeme und der Humangestaltung der Arbeitsplätze die Belange des Datenschutzes berücksichtigt werden. Wir haben das Bremische Landesdatenschutzgesetz neu gefaßt und dabei vor allem geregelt:

- den Anspruch auf Auskunft und Löschen der persönlichen Daten, sowie auf Aufklärung über die Datenverarbeitungsvorgänge,
- der Schutz gegen Zweckentfremdung der Daten durch Weitergabe und Verwertungsverbote.

Lesegeräte für den maschinenlesbaren Ausweis werden wir auch künftig nicht anschaffen.

#### 9.4 Einsatzbereitschaft der Feuerwehr

Die Sicherheit der Bremer Bürgerinnen und Bürger, gewährleistet durch eine gut ausgebildete Feuerwehr, hat weiter-

hin Priorität. Dazu gehört auch die Förderung der Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren, sowie den Hilfsorganisationen. Eine Privatisierung von Kranken- und Rettungstransporten wird von uns abgelehnt.

Der Personalbestand der Feuerwehr wird erhalten. Die Entscheidung, 1987 im Lande Bremen wieder Neu-Einstellungen vorzunehmen und Ausbildung durchzuführen, dient diesem Ziel.

### 9.5 Rechtspolitik

In der Justizpolitik ist für die Bürger der Zugang zum Recht von großer Wichtigkeit.

Die kostenlose Öffentliche Rechtsberatung, die wir 1975 eingeführt haben, hat sich bewährt. Sie dient jenen Bürgern, die sich bei geringem Einkommen eine Beratung durch einen Anwalt nicht leisten können. An dieser Einrichtung werden wir auch in Zeiten schwieriger Finanzlage festhalten.

Die neuen technischen Möglichkeiten erleichtern den staatlichen Stellen das Sammeln von Informationen über den Einzelnen und über Gruppen. Behördenakten sind demgegenüber dem Bürger grundsätzlich nicht zugänglich. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode prüfen, in welchem Umfang den Bürgern - natürlich unter Beachtung der Datenschutzinteressen anderer - ein weitergehendes Informationsrecht gegenüber der Verwaltung eingeräumt werden kann.

Wir wollen hier die folgenden Schwerpunkte setzen.

- Bei den Arbeits- und Sozialgerichten, die wegen der anhaltenden Arbeitsmarktkrise besonders wichtig sind.
- Neben der allgemeinen und der Wirtschaftskriminalität haben die Straftaten gegen die Umwelt eine besondere Bedeutung erlangt. Die Aufnahme des Umweltschutzes in die Bremische Landesverfassung, die 1986 einstimmig durch die Bürgerschaft beschlossen worden ist, verpflichtet auch die Justiz, die Bemühungen zur Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten gegen die Umwelt zu verstärken. Außerdem werden wir uns im Bundesrat mit der Stimme Bremens dafür einsetzen, daß die Vergiftung unserer natürlichen Lebensgrundlagen konsequent unter Strafe gestellt und verfolgt wird.
- Wir unterstützen die Initiativen, die Opfern von Straftätern helfen. Die Arbeit der besonderen Dezernate

bei Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft, die Sexualdelikte verfolgen und die Anerkennung gerade von Frauenorganisationen gefunden haben, wird verstärkt fortgeführt.

- Die Verhängung von Freiheitsstrafe ist die schärfste staatliche Reaktion auf kriminelles Unrecht. Das 1977 in Kraft getretene Strafvollzugsgesetz verpflichtet die Behörden, zur Resozialisierung der Gefangenen beizutragen. Die bremischen Bemühungen um die Ausgestaltung eines Vollzugs, der Rückfallkriminalität auch zum Schutze der Bevölkerung soweit wie möglich verhindert, sind allgemein anerkannt.
- Den Bestrebungen der Bundesregierung und der CDU-regierten Länder, zum reinen "Verwahrverschluss" zurückzukehren, werden wir uns im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung und im Interesse der straffällig gewordenen Mitbürger und Mitbürgerinnen widersetzen.
- Die Reform der Juristenausbildung mit ihrer intensiven Verknüpfung von Theorie und Praxis und der Einbeziehung von Sozialwissenschaften werden wir trotz bundesrechtlicher Hemmnisse fortsetzen.

#### 10. Weiterentwicklung der Bremischen Verwaltung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger

Die Bewältigung der künftigen Aufgaben erfordert eine weitere strukturelle Verbesserung der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Die Anpassung der öffentlichen Leistungen an die veränderten Problemlagen der Bevölkerung bei gleichzeitigem Zwang zur Haushaltskonsolidierung verlangt verstärkte Nutzung neuer Technologien, höhere Mobilität und Flexibilität sowie ständige Weiterqualifizierung. Stichworte für die Aufgabenbewältigung in der bremischen Verwaltung heißen also:

Fortbildung, Förderung, Mobilität, Verbesserung der eigenen Chancen, sozialverträgliche Technikgestaltung, effiziente Aufgabenerfüllung.

Die zukünftigen Aufgaben der öffentlichen Hand müssen künftig auch mit einem verringerten Personalbestand bewältigt werden. Für die Verwirklichung aufgabenkritischer Konzepte wird es wesentlich darauf ankommen, den Personaleinsatz entsprechend der Bedarfsentwicklung zu steuern. Aufgabekritische Umsteuerung bedeutet, sich rechtzeitig auf Be-

darfsveränderungen in den einzelnen Bereichen - in positiver wie in negativer Richtung - einzustellen.

Die Ausbildung bei Polizei und Feuerwehr wurde 1987 wieder aufgenommen. Durch Ausnahmen vom Einstellungsstopp wird auch weiterhin bei einem nachgewiesenen, anerkannten Bedarf u.a. zur Lösung von Problemen der Altersstruktur ausgebildet werden.

Die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes setzt eine Personalentwicklungsplanung und/oder eine höhere Qualifizierung und Mobilität voraus. Dem dient die Einrichtung und der Ausbau des zentralen Aus- und Fortbildungszentrums für den öffentlichen Dienst. Die zwischen Senat und Gesamtpersonalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarungen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei einem Personalausgleich bzw. für einen sozialverträglichen Einsatz neuer Technologien sind Grundlagen für die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes. Hierbei sind die Grundsätze von Freiwilligkeit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von hervorragender Bedeutung. Im Technologiebereich wird es darauf ankommen, den Anwendern die für ihr spezielles Einsatzfeld erwünschten Handlungsspielräume einzuräumen.

Eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird es nicht geben.

Die Erhaltung der Mitbestimmung ist eine der zentralen Säulen sozialdemokratischer Politik. Deswegen wird auch künftig das Bremische Personalvertretungsgesetz unangetastet bleiben.

Die Absicht, liberal-konservativ bestimmter öffentlicher Arbeitgeber, bei tariflichen Auseinandersetzungen Beamte als Streikbrecher einzusetzen, wird als Eingriff in die Tarifautonomie verurteilt. Die Bremer SPD und der von ihr getragene Senat wenden sich ausdrücklich gegen solche Absichten und werden dieses für Bremen ausschließen.

Eine Politik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger mit dem Ziel, unsere Städte noch attraktiver zu gestalten, setzt ein Dienstleistungsangebot der Verwaltung voraus, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Umwelt orientiert. In diesem Sinne werden wir den bremischen öffentlichen Dienst zu einer leistungsfähigen und modernen Verwaltung weiterentwickeln.

#### IV. Finanzsituation und Finanzperspektiven

Der Bremen-Plan 1987 beschreibt unsere zukünftige Politik und setzt Schwerpunkte in den Bereichen der Beschäftigung, der ökologischen Erneuerung und der Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.

Auch in der Verteilung der finanziellen Mittel werden wir diese Schwerpunkte berücksichtigen.

Gerade in finanziell schwieriger Zeit gilt es, mit neuen Ideen und mit Sachverstand politische Entscheidungen zu treffen und vorzubereiten, die am Gesamtwohl der Bevölkerung in unseren Städten orientiert sind.

Deshalb gehört zum Bremen-Plan auch Klarheit über die finanzielle Situation. Wir haben unsere politischen Perspektiven und Prioritäten vor dem Hintergrund äußerster finanzieller Enge entwickeln müssen. Wir haben sie so entwickelt, daß wir neue Handlungsspielräume eröffnen.

##### 1. Finanzsituation

Die Finanzsituation des Landes Bremen und seiner beiden Gemeinden hat sich im Vergleich zu den anderen Bundesländern dramatisch zugespitzt. Ende 1986 betrug der Schuldenstand 11,4 Milliarden DM. Statistisch ist jeder Einwohner mit 17 300 DM belastet.

Für diese Kredite mußte Bremen im Jahr 1986 ca. 835 Millionen DM an Zinsen zahlen. Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben beträgt 16,5 Prozent.

Für die Finanzschwäche Bremens sind folgende Ursachen verantwortlich:

- Die tiefgreifende Wirtschaftsstruktur-Krise der Küstenwirtschaft, insbesondere des Landes Bremen, hat eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Steuereinnahmen und einen überdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben für Sozialhilfe, aber auch für Stützungsaktionen in den Krisenbranchen zur Folge (Krisenkosten).
- Der Länderfinanzausgleich hat weder die Folgen des großstadttypischen Einwohnerverlustes (seit 1970 sind 80 000 Einwohner bzw. 11 Prozent der bremischen Bevölkerung verzogen), noch die steigenden Aufwendungen für die Häfen, die Universität und Infrastrukturkosten

für immer mehr Umlandbewohner berücksichtigt  
(Benachteiligung im Länderfinanzausgleich).

- Bremen sind in rechtswidriger Weise bis einschließlich 1985 Bundesergänzungszuweisungen vorenthalten worden.

Die Abkoppelung der bremischen Finanzsituation von der der anderen Bundesländer hat sich in den letzten Jahren aufgrund des Schulden-Zins-Mechanismus beschleunigt. Eine hohe Netto-Kredit-Aufnahme führt zu steigenden Zinsausgaben, die ihrerseits die Netto-Kredit-Aufnahmen erhöhen. Diesen Teufelskreis gilt es in Zukunft zu durchbrechen, um langfristig neue Handlungsspielräume zu gewinnen.

Vor allen Dingen muß Bonn seine Verpflichtungen erfüllen. Grundvoraussetzung dafür ist, daß Bremen seine Forderungen im Finanzausgleich erfüllt bekommt. Das für Bremen positive Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Finanzausgleich ist Grundlage der Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Bund.

Bonn und andere Bundesländer müssen nun auch ihre Verpflichtungen erfüllen, nachdem Karlsruhe dieses eindeutig bestätigt hat.

## II. Finanzplanerische Perspektiven

Um die ungewisse Situation deutlich zu machen, enthält der Finanzplan bis zum Jahre 1991 zwei Varianten und zeigt damit auf, wie die Finanzsituation sich entwickelt, falls Bonn die notwendigen Zahlungen gar nicht oder nicht ausreichend leistet.

In der Variante 1 wird bei der Nichterfüllung der Ansprüche an den Finanzausgleich unterstellt, daß lediglich ein einmaliger Nachteilsausgleich für vorenthaltene Bundesergänzungszuweisungen mit 5,3 Prozent gewährt wird. Diese Variante erzwingt eine strikte Ausgabenbeschränkung und ein weiteres unververtretbares Absinken der Investitionsquote von zur Zeit 14,2 Prozent auf 10 Prozent im Jahre 1991. Dabei kann die Nettokreditaufnahme allenfalls von 875 Millionen DM (1988) auf 584 Millionen DM (1991) reduziert werden. Die Zinsausgaben würden in diesem Fall im Jahre 1991 die Ein-Milliarden-Grenze überschreiten und rund 18 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen. Dabei sind in dieser Variante die finanziellen Konsequenzen einer weiteren Steuerreform, die nach dem derzeitigen Diskussionsstand für Bremen Steuerausfälle in der Größenordnung von 100 bis 200 Millionen DM jährlich mit sich bringen, noch nicht berücksichtigt.



In der Variante 2 wird eine volle Erfüllung der Ansprüche an den Finanzausgleich unterstellt. Bremen hat gegenüber dem Bundesverfassungsgericht und dem Bundesgesetzgeber folgende Ansprüche geltend gemacht:

- Anpassung des Abgeltungsbetrages für Hafenlasten von 25 auf 130 Millionen;
- Erhöhung der Einwohnerbewertung zum Ausgleich der Ländersteuern von 135 Prozent auf 150 Prozent;
- Aufstockung des Anteils an den Bundesergänzungszuweisungen von 5,3 Prozent auf 10 Prozent.

Wenn diese Ansprüche in den laufenden Verhandlungen voll durchgesetzt werden können, erhält Bremen Mehreinnahmen von rund 500 Millionen DM jährlich. Diese Mehreinnahmen sollen in erster Linie für die Erhöhung der Investitionen und für die Reduzierung der Netto-Kredit-Aufnahme verwendet werden.

Bei dieser Variante könnte die Netto-Kredit-Aufnahme von 852 Millionen (1986) sukzessive auf 155 Millionen (1991) zurückgeführt werden und die Investitionsquote auf einem Niveau zwischen 13 und 14 Prozent gehalten werden; die jährlichen Zinsausgaben würden ca. 900 Millionen (1991) betragen, das bedeutet: 15,4 Prozent vom Gesamthaushalt. Auch bei dieser Variante ist eine strikte Ausgaben-Beschränkung im konsumtiven und personellen Bereich erforderlich, Ausnahmen sind auf die politischen Schwerpunkte des Bremen-Plans zu konzentrieren.

Besonders schwierig ist die Situation der Gemeinde Bremerhaven:

Hier bestand Ende 1986 ein Schuldenstand von knapp 1,6 Milliarden DM; statistisch DM 12 000 je Einwohner.

In beiden finanzplanerischen Varianten würde die Zinslastquote für Bremerhaven bei ca. 15 Prozent liegen, allerdings auf Kosten einer sinkenden Investitionsquote.

Nachdem die Beteiligung Bremerhavens an den Bundesergänzungszuweisungen bereits erheblich verbessert worden ist, soll in der nächsten Legislaturperiode die Frage der Einwohnerbewertung Bremerhavens im Verhältnis zur Stadt Bremen überprüft werden.

### 3. Die finanzpolitische Strategie der Zukunft

Für die bremische Finanzpolitik und die Gewinnung neuer finanzieller Handlungsspielräume sind drei Eckpfeiler entscheidend:

- Gerechte Behandlung im Finanzausgleich:  
Das Bundesverfassungsgericht hat die derzeitige föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland bestätigt und den Bundesgesetzgeber verpflichtet, die finanzielle Basis auch und gerade der Stadtstaaten anhand objektiver Indikatoren sicherzustellen. Für Bremen bedeutet dies, alle Möglichkeiten zu nutzen, in den Verhandlungen mit Bonn und den Ländern die berechtigten Ansprüche Bremens durchzusetzen. Zusätzlich wird Bremen finanzpolitisch eigene haushaltsmäßige und politische Anstrengungen zur finanziellen Gesundung unternehmen.
- Stärkung der Steuerkraft:  
Die eigenen Steuereinnahmen können nachhaltig nur durch neue Steuerzahler, das heißt im wesentlichen durch neue Arbeitsplätze und neue Unternehmen erhöht werden. Deshalb ist die bremische Wirtschaftsstruktur-, Hafen- und Arbeitsmarktpolitik vorrangig auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und damit den Erhalt bzw. die Schaffung neuer Steuerquellen ausgerichtet. Die bereitgestellten investiven Mittel werden schwerpunktmäßig für eine arbeitsmarkt-, wirtschafts- und steuerkraftstärkende aktive Standortpolitik verwendet. Die Stärkung der originären Steuerkraft reduziert die Abhängigkeit vom Länderfinanzausgleich, bringt allerdings wegen dieses Substitutionseffektes nur geringfügige Mehreinnahmen. Auf der anderen Seite aber werden bei den Krisenkosten (Sozialhilfe) erhebliche Einsparungen erzielt, die die Ausgabenseite des Haushaltes wesentlich verändern können und neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen.
- Umstrukturierung des Haushaltes:  
Um die finanzpolitische Handlungsfähigkeit in der Zukunft zu bewahren, ist die Beibehaltung des Konsolidierungs- und Umstrukturierungskonzeptes der öffentlichen Haushalte dringend erforderlich. Wir müssen diese Anstrengung fortsetzen, um die Zukunft unserer Städte Bremen und Bremerhaven, um die Zukunft unseres Bundeslandes zu sichern. Wir sind auf dem richtigen Weg neue Perspektiven zu gewinnen

#### 4. Finanzausgleich - Gerechtigkeit für Bremen

Bremen wird auch in Zukunft alles unternehmen, um die bremischen Finanzen funktionsfähig zu erhalten. Alle eigenen Anstrengungen sind aber wenig wirksam, wenn das Karlsruher Urteil verfälscht und nicht buchstabengetreu umgesetzt wird.

Was die Bundesregierung jedoch bisher vorgelegt hat, beseitigt die fundamentalen finanzwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Ländern nicht. Sie bedroht vielmehr langfristig das Ziel gleicher Lebensverhältnisse für die Bevölkerung. Bremen wird weiter abgekoppelt.

Die Bundesregierung sieht nur marginale Korrekturen in der Finanzverteilung vor:

- die Einwohnerbewertung wird bei 135 belassen;
- für die Hafenlasten sollen künftig lediglich 75 Millionen DM abgegolten werden. Bremen muß aber mindestens 200 Millionen DM Nettoausgaben für den Hafen leisten. Bremen erfüllt mit den Häfen eine nationale Aufgabe. Bund und Länder profitieren davon, übernehmen jedoch nicht ihren Anteil;
- der Bund kommt seiner Pflicht bei der Bundesergänzungszuweisung nicht nach;
- die bisherigen Benachteiligungen Bremens werden im Widerspruch zum Karlsruher Urteil nur unzureichend ausgeglichen.

Wenn diese Politik der Bundesregierung Realität würde, dann könnte Bremen zwangsläufig noch weniger investieren und müßte noch mehr Kredite aufnehmen. Bezieht man zusätzlich die Auswirkungen der Konjunkturabschwächung und der utopischen Steuersenkungspläne der Bundesregierung ein, würde sich die finanzwirtschaftliche Abkoppelung Bremens verstärkt fortsetzen. Bremen würde zur Groß- und Hauptstadt zweiter Klasse gemacht, der Seehafenfunktion würde buchstäblich das Wasser abgegraben, die ökonomischen Probleme würden verschärft. Der Stadtstaat Bremen und damit die norddeutsche Küstenregion würden zunehmend ausgetrocknet. Weitere Arbeitsplatzverluste und Bevölkerungsabwanderung wären die Folge.

Seit 1980 ist Bremen von allen Bundesländern am sparsamsten. Die Gesamtausgaben des Landes und seiner beiden Gemeinden sind bis 1986 um nur 13 Prozent gestiegen gegenüber einem Durchschnitt der Länder einschließlich ihrer Gemeinden von 19 Prozent. Dabei mußte Bremen bei Sozialhilfe- und

Zinsausgaben weit höhere zwangsläufige Zuwachsraten hinnehmen. In den übrigen Ausgabenarten, bei Investitionen, laufendem Sachaufwand und Personalausgaben ist Bremen ebenfalls das sparsamste Land. Zur gleichen Zeit muß Bremen seine gewaltigen Umsteuerungsaufgaben bewältigen. Dies weiß auch Bonn.

Wir Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen fordern die Bundesregierung auf, ihre Pflicht wahrzunehmen und die Verteilung der Finanzmittel so gerecht zu gestalten, daß in Bremen und Bremerhaven den Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft gleichwertige Lebenschancen wie in anderen Groß- und Hauptstädten der Bundesrepublik gewährleistet werden können.

Ein kleines Bundesland zu sein, ein Zwei-Städte-Staat zu sein, soll nicht zu finanzpolitischen Privilegien führen. Es darf aber auch nicht zur Strafe werden.

Wir Bremer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen appellieren deshalb an alle Bremer Bürgerinnen und Bürger, uns und Bürgermeister Klaus Wedemeier gegenüber Bonn in dieser entscheidenden Lebensfrage zu unterstützen.

Wir leisten, was wir können - wir fordern, was uns zusteht.

## V. Ausblick

Dieser Bremen-Plan der SPD wurde mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, mit Vertretern aus Verbänden, Organisationen und Initiativen erarbeitet.

Gemeinsam wollen wir diese Politik auch umsetzen. Wenn neue Erkenntnisse einen Wandel erfordern, dann muß auch die Bereitschaft zum Wandel vorhanden sein.

Gemeinsam können wir die Gestaltung der Zukunft jetzt vorbereiten.

Ohne Konflikte wird das nicht gehen, eine offene Erörterung der schwierigen Themen ist notwendig.

Wir Sozialdemokraten stellen uns der kritischen Auseinandersetzung, wir wollen mit unserem Programm überzeugen.

Und wir bitten alle Bürgerinnen und Bürger, alle Organisationen und Verbände, Gewerkschaften und Kammern, Gruppen und Bürgerinitiativen an der Zukunftsgestaltung unserer Städte aktiv mitzuwirken.

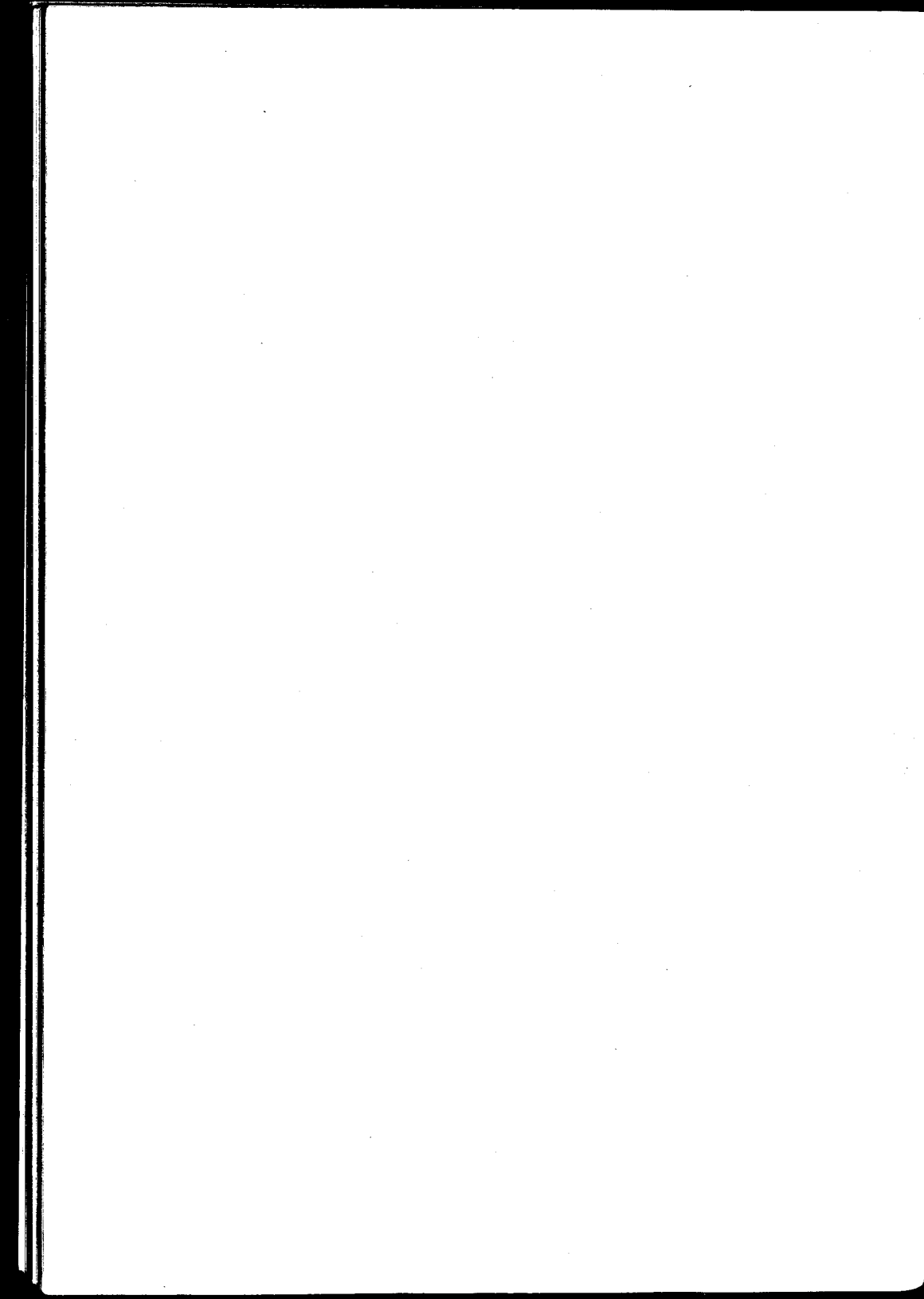
Wenn die Bevölkerung uns mit der Regierungsbildung beauftragt, werden wir auch einen neuen aufgabenbezogenen und sachgerechten organisatorischen Zuschnitt der Senatsressorts vornehmen.

Wir müssen die ungünstigen Rahmenbedingungen - Gesellschaft im Umbruch, Wirtschaft in der Krise, Verweigerung der Bonner Regierung Bremens Recht auf Finanzausgleich zu erfüllen - verändern.

Wir wollen eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft, wir wollen mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit.

So wollen wir Bremen und Bremerhaven zu Städten der Zukunft weiter entwickeln.

Für diese Aufgabenstellung bitten wir um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes Bremen.



Bibliothek der FES



1053850



**SP** | A87

**Mit neuer Kraft auf Kurs**

SPD-Landesorganisation, Findorffstraße 108, 2800 Bremen 1